

Studie „Echte Vielfalt“

Ergebnisse der Online-Befragung zur Lebenssituation von
LSBTIQ* und ihrer Angehörigen in Schleswig-Holstein



Herausgeber:
Ministerium für Soziales, Gesundheit,
Jugend, Familie und Senioren
des Landes Schleswig-Holstein
Adolf-Westphal-Str. 4
24143 Kiel

Ansprechpartnerin:
Julia Marberth
Tel. 0431/988-2451

November 2019

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Personen, die Wahlwerbung oder Wahlhilfe betreiben, im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden. Diese Broschüre formuliert geschlechtersensibel und möchte Menschen aller Geschlechter und Geschlechtsidentitäten ansprechen. Die Landesregierung im Internet:
<http://www.schleswig-holstein.de/sozialministerium>
<http://www.facebook.com/Sozialministerium.SH>
www.twitter.com/sozmiSHH

Studie „Echte Vielfalt“

Ergebnisse der Online-Befragung zur Lebenssituation von LSBTIQ* und ihrer Angehörigen in Schleswig-Holstein

Vorwort des Ministers

Liebe Leser*innen,

fünf Jahre ist es her, dass sich der Schleswig-Holsteinische Landtag mit deutlicher Mehrheit für den „Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten“ stark gemacht hat. Seit fünf Jahren bemühen sich verschiedene Akteur*innen darum, die Lebensbedingungen für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) in unserem Land zu verbessern.

Nun ist es an der Zeit, einen Zwischenstand zu erheben. Wie leben LSBTIQ* in Schleswig-Holstein, wie können sie leben? Werden sie diskriminiert? Wenn ja, wo geschieht dies? Gibt es ausreichende Strukturen, die sie unterstützen können?

Um diese Fragen beantworten zu können, hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren die vorliegende Studie beauftragt.

Die Antworten zeigen eindeutig: Es besteht weiterhin ein großer Handlungsbedarf. Bis alle Menschen so leben und lieben können, wie es ihnen entspricht, ist es noch ein weiter Weg.

Diesen Weg möchte die Landesregierung Schleswig-Holstein mit den Bürger*innen weiter gehen.

An dieser Stelle gilt mein besonderer Dank den ehrenamtlich engagierten Bürger*innen der queeren Community.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Ministers	4
Abbildungsverzeichnis	6
1. Einleitung	7
2. Methodik.....	8
2.1 Zielgruppen und Ansprache der Teilnehmer*innen	8
2.2 Entwicklung und Aufbau der Befragung	10
3. Soziodemografie der Stichprobe.....	12
4. Sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität und Coming-Out.....	16
4.1 Berichtete sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten	16
4.2 Coming-out / Verbergen der eigenen Identität oder Orientierung aus Sicht von LSBTIQ*	17
5. Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen unter LSBTIQ*	20
6. Diskriminierungserfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen	25
6.1 Familie, Partnerschaft und Kinder	26
6.2 Bildungswelt.....	29
6.3 Arbeitswelt	33
6.4 Gesellschaftliche Teilhabe, Freizeit, Kultur und Sport.....	35
6.5 Gesundheit, Alter und Pflege.....	37
6.6 Polizei und Justiz	40
7. Erfahrungen der Angehörigen von LSBTIQ*	45
7.1 Status der Angehörigen zu ihrem Familienmitglied	45
7.2 Sicht der Familienangehörigen auf ein Coming-Out in der Familie	47
7.3 Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen der Familienangehörigen.....	49
8. Bekanntheit der Marke „Echte Vielfalt“ und der aus dem Landesaktionsplan geförderten Maßnahmen	52
8.1 Bekanntheit des Slogans und der Bildmarke „Echte Vielfalt“	52
8.2 Ungestützte und gestützte Bekanntheit der geförderten Maßnahmen	55
9. Angebots- und Verbesserungswünsche aus Sicht der Befragten.....	58
10. Zusammenfassende Bewertung der Ergebnisse	62
Literaturverzeichnis	66
Glossar.....	67

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kanäle, über die die Befragten zur Studie gelangten.....	9
Abbildung 2: Altersverteilung der Stichprobe unter LSBTIQ* und Angehörigen	13
Abbildung 3: Verteilung aller Befragten auf Wohnortgröße.....	14
Abbildung 4: Altersverteilung je sex. Orientierung und geschlechtl. Identität der befragten LSBTIQ* .	15
Abbildung 5: Berichtete sexuelle Orientierung	16
Abbildung 6: Berichtete geschlechtliche Identitäten.....	17
Abbildung 7: Coming-Out-Quote je Orientierung bzw. Identität	18
Abbildung 8: Alter bei erstem Outing.....	18
Abbildung 9: Anteil Diskriminierter im Bundesland-Vergleich	21
Abbildung 10: Anteil berichteter Diskriminierung je Identität.....	21
Abbildung 11: Anteil berichteter Diskriminierung je Altersgruppe	22
Abbildung 12: Anteil berichteter Diskriminierung nach Wohnortgröße	23
Abbildung 13: Diskriminierungshäufigkeit je Lebensbereich.....	25
Abbildung 14: Partnerschaftsstatus und Lebensformen bei jüngeren und älteren Befragten.....	27
Abbildung 15: Elternstatus bei jüngeren und älteren Befragten.....	28
Abbildung 16: Negative Erfahrungen in der Schule, Berufs-/Fachschule oder Hochschule	31
Abbildung 17: Anteil der Befragten mit Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Unterricht, je Fach und Altersgruppe	33
Abbildung 18: Anteil berichteter Diskriminierung am Arbeitsplatz.....	34
Abbildung 19: Diskriminierungsformen am Arbeitsplatz.....	35
Abbildung 20: Anteil kompetent beratender Befragter bei medizinischem Bedarf.....	38
Abbildung 21: Anteil der Opfer von Straftaten in den vergangenen fünf Jahren.....	41
Abbildung 22: Anzeigequoten im Bundesland-Vergleich	42
Abbildung 23: Erfahrungen vs. Befürchtungen gegenüber der Polizei	43
Abbildung 24: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung 2015 zu sex. Vielfalt im Bekanntenkreis	45
Abbildung 25: Verwandtschaftsverhältnis der befragten Familienangehörigen	46
Abbildung 26: Reaktionen auf das Coming-Out aus Sicht der Familienangehörigen	48
Abbildung 27: Heutige Sicht der Angehörigen auf das Coming-Out.....	49
Abbildung 28: Orte von Diskriminierung Angehöriger	51
Abbildung 29: Bekanntheit der Wortmarke "Echte Vielfalt".....	52
Abbildung 30: Die Bildmarke (Logo) "Echte Vielfalt".....	53
Abbildung 31: Bekanntheit der Bildmarke "Echte Vielfalt"	53
Abbildung 32: Bekanntheit der Wortmarke "Echte Vielfalt" je Altersgruppe.....	54
Abbildung 33: Erinnernte Medienkanäle des Logos "Echte Vielfalt"	54
Abbildung 34: Gestützte Bekanntheit der geförderten Maßnahmen	56
Abbildung 35: Gestützte Bekanntheit der geförderten Maßnahmen unter Engagierten vs. Nicht-Engagierten	57
Abbildung 36: Zustimmung zu Angeboten für bessere Sichtbarkeit sex. und geschlechtlicher Vielfalt	58

1. Einleitung

Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat mit dem Aktionsplan für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten im Jahr 2014 beschlossen, Maßnahmen gegen Homo-, Bi- und Transphobie zu ergreifen und Projekte zur Akzeptanz vielfältiger geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen zu fördern. Im Landtagsbeschluss vom 23.01.2014 heißt es dazu: „Schleswig-Holstein tritt für ein gesellschaftliches Klima ein, in dem Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und ihrem Geschlecht ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben führen können.“

Fünf Jahre später steht eine erste Standort-Bestimmung an: Wie gut leben lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* sowie queere Menschen (LSBTIQ*) im „Echten Norden“ heute? Diese Frage bildet den Anlass für die vorliegende Studie.

Bislang gab es keine landesweite Erhebung über die Lebenssituationen, Diskriminierungserfahrungen und Wünsche von LSBTIQ* im Land. Mit dem vorliegenden wissenschaftlichen Ergebnisbericht legt die Landesregierung die erste umfängliche empirische Studie zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in Schleswig-Holstein vor. Dazu wurden vom 04. März 2019 bis 24. April 2019 interessierte LSBTIQ* sowie – bundesweit erstmalig für eine derartige landesweite Befragung – auch ihre Familienangehörigen zu einer Teilnahme an einem anonymen Online-Fragebogen „Echte Vielfalt“ eingeladen.

Dieser Teilnahme-Aufforderung sind letztlich knapp 1.000 Menschen im Land gefolgt. Alleine diese auch im Vergleich mit ähnlichen Befragungen anderer Bundesländer hohe Zahl zeigt, wie wichtig das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt für viele Bürger*innen ist. Den Fragebogen schließlich beantwortet haben 587 lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Schleswig-Holsteiner*innen sowie 175 Familienangehörige wie Eltern oder Geschwister von LSBTIQ*. Letzteren ist ein eigenständiges Kapitel (7) gewidmet.

Die Antworten der befragten LSBTIQ* sollen aufzeigen, welche Herausforderungen sich ihnen in zentralen Lebensfeldern wie Arbeit, Bildung, Gesundheit, Familie und Alltag stellen. Die entscheidende Frage ist, ob sie wie andere Bürger*innen auch, offen leben können, ohne Nachteile zu erfahren. Entsprechend sind die folgenden Kapitel nach Fragen zum Umgang mit der eigenen Identität (Kapitel 4), der Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen (Kapitel 5) sowie Erfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen (Kapitel 6) gegliedert. An einigen Stellen können die Ergebnisse in den Vergleich zu Befunden aus anderen Bundesländern mit ähnlichem Frage-Instrumentarium (Baden-Württemberg, Brandenburg, Rheinland-Pfalz) gesetzt werden.

Neben der Erhebung der Ist-Situation ist das zweite Ziel dieser Studie, die Wahrnehmung der umgesetzten Maßnahmen, die Bekanntheit der Marke „Echte Vielfalt“ sowie Verbesserungswünsche aus Sicht der Befragten zu ermitteln. Diese Ergebnisse werden in den Kapiteln 8 und 9 berichtet.

Zu Beginn des Berichts finden sich ausführliche Informationen zur Methodik der Erhebung (Kapitel 2) sowie zu den Merkmalen der Befragten-Stichprobe (Kapitel 3), um die Ergebnisse für alle nachvollziehbar einordnen zu können. Zentrale Begrifflichkeiten sind in einem angehängten Glossar erläutert. Der Bericht folgt außerdem einer gender-gerechten Schreibweise (*), um alle Geschlechter, inklusive nicht ausgeschriebener Identitäten, einzubeziehen.

2. Methodik

Das Kapitel schildert zunächst, wer durch die anonyme Befragung erreicht werden sollte, wie der tatsächliche Rücklauf ausgefallen und wie dieser einzuordnen ist. Es gibt außerdem einen Überblick über die Themen der Befragung und schildert den Entstehungsprozess des Fragebogens.

2.1 Zielgruppen und Ansprache der Teilnehmer*innen

Die Befragung „Echte Vielfalt“ hat die Zielstellung, eine Ist-Erhebung der Lebenssituation und Erfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* sowie queeren Menschen (LSBTIQ*) im Bundesland durchzuführen. Entsprechend waren folgende spezifische Zielgruppen zur Teilnahme aufgefordert:

- in erster Linie **LSBTIQ***,
- die in Schleswig-Holstein leben oder sich hier häufiger aufhalten (denn nur sie können über Erfahrungen Auskunft geben, die sie im Echten Norden erlebt haben)
- zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 16 Jahre alt waren
- oder in zweiter Linie **enge Angehörige, definiert als (Schwieger-)Eltern, Geschwister, Kinder, Partner*in, Großeltern, Onkel/Tanten, Cousins oder Cousinen von LSBTIQ***. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass auch diese engen Verwandten in ihrem Umfeld Nachteile erfahren können, die von negativen Reaktionen auf die geschlechtliche oder sexuelle Identität ihres Familienmitglieds verursacht werden, oder aber positive Erfahrungen im Umgang mit dieser Vielfalt erleben. Ebenfalls können sie Anregungen dazu geben, welche Maßnahmen und Aktionen zur Förderung von Akzeptanz aus ihrer familiären Perspektive wichtig erscheinen.

Teilnehmende, auf die die genannten Merkmale nicht zutreffen, wurden bei der Auswertung des Antwort-Datensatzes nicht berücksichtigt.

Die Befragung „Echte Vielfalt“ ist bewusst als online-gestützte Befragung statt alternativer postalischer, telefonischer oder persönlicher face-to-face-Befragungen angelegt und durchgeführt worden. Eine Online-Befragung erreicht die primäre Zielgruppe der LSBTIQ* in Schleswig-Holstein am besten, da sie

- im Flächenland Schleswig-Holstein auch eine Teilnahme fernab der größeren Städte ermöglicht,
- eine anonyme Beantwortung der Fragen möglich macht, so dass auch nicht-geoutete Menschen teilnehmen können
- als effizienteste Methode mit machbarem monetären und zeitlichen Aufwand viele in Schleswig-Holstein lebende LSBTIQ* erreichen kann und die selbstrekrutierende Weiterleitung des Befragungslinks ermöglicht. Schließlich werden die Merkmale sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität nach den Erfahrungen der NS-Zeit bewusst nicht mehr staatlich erhoben. Dies schließt eine repräsentative Zufallsstichprobenziehung, wie bei anderen amtlichen Befragungen oftmals praktiziert, aus.

Die Studie erhebt daher keinen Anspruch auf Repräsentativität, gibt aber Hinweise zur Einordnung der Ergebnisse und ist die bislang umfangreichste, wissenschaftlichen Standards der Sozialforschung folgende, empirische Grundlage für zukünftiges politisches Handeln.

Die Befragung war in einer siebeneinhalb-wöchigen Feldzeit vom 04. März 2019 bis 24. April 2019 online, auch für mobile Endgeräte optimiert, erreichbar. Sie wurde über die öffentlichen Kanäle des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren Schleswig-Holsteins sowie über den Verteiler der Geschäftsstelle „Echte Vielfalt“, LSBTIQ*-Ansprechpersonen bei Polizei sowie Hochschulen des Landes beworben.

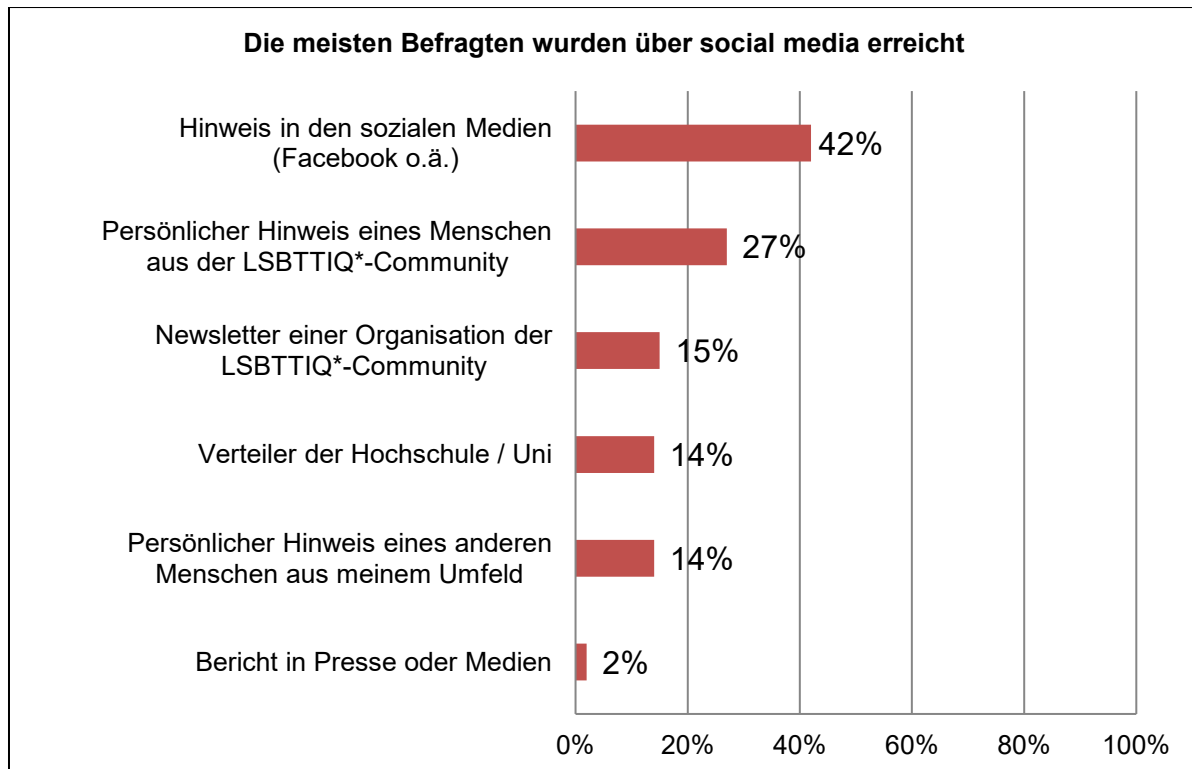


Abbildung 1: Kanäle, über die die Befragten zur Studie gelangten
Fragewortlaut: „Wie wurden Sie auf diese Befragung aufmerksam?“ N = 430

Grundlegende Legende: Unterhalb jeder Abbildung und Tabelle werden der Fragewortlaut und ggf. die Antwortoptionen der abgebildeten Ergebnisse aufgeführt. Die Abkürzung „N =“ steht für die Anzahl der Befragten, die auf die jeweilige Frage geantwortet haben. Diese kann von Frage zu Frage sowie im Verlauf des Fragebogens u.a. durch Abbruch oder aufgrund von Filterfragen, die nur einem Teil der Befragten sinnvoll gestellt werden können, variieren.

Wie Abbildung 1 zeigt, sind letztlich die meisten Befragten (42 %) über soziale Medien sowie über persönliche Hinweise aus der LSBTIQ*-Community (27 %) oder dem persönlichen Umfeld (14 %) auf die Befragung aufmerksam geworden. Auch Rundschreiben wie Newsletter der LSBTIQ*-Community (15 %) und Emailverteiler der Hochschulen (14 %) sind Wege, über die viele Befragte auf die Studie hingewiesen wurden. Über Berichterstattung in der klassischen Presse hingegen sind kaum (2 %) Befragte aufmerksam geworden. Diese Ergebnisse unterstreichen noch einmal den selbstrekrutierenden Charakter der Studie. LSBTIQ*, die nicht über Vereinsverteiler, Facebook-Gruppen oder die Hochschulen erreichbar sind, sind in den Antworten unterrepräsentiert.

Insgesamt haben 993 Menschen an der Befragung teilgenommen. Von ihnen haben 588 den Fragebogen vollständig ausgefüllt.

2.2 Entwicklung und Aufbau der Befragung

Inhaltlich wurde der Fragebogenentwurf in Teilen an Vergleichsstudien aus Baden-Württemberg¹, Brandenburg² und Rheinland-Pfalz³ angelehnt. Zwei Fragebatterien sind zudem der Studie „Coming-Out – und dann?“ des Deutschen Jugendinstituts⁴ sowie einer Befragung von Familienangehörigen zum Coming-Out⁵ angelehnt.

Dieses Vorgehen dient zum einen dazu, durch etablierte Frageformulierungen sicherzustellen, dass die Befragten Fragen korrekt verstehen und möglichst das gemessen wird, was gemessen werden soll (Kriterium der Validität). Zum anderen erlaubt es, die Ergebnisse dort, wo Fragen vergleichbar sind, miteinander in Beziehung zu setzen und so die schleswig-holsteinischen Befunde gegenüber denen anderer Bundesländer einzuordnen. Inhaltlich gliedert sich das Fragespektrum in

- soziodemografische Fragen,
- Fragen zur sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität der befragten LSBTIQ* bzw. des LSBTIQ*-Familienmitglieds des befragten Angehörigen,
- Erfahrungen rund um das Coming-Out und die Wahrnehmung innerhalb der Familie,
- Erfahrungen im Bildungssektor, während der Schul- oder Hochschulzeit,
- Erfahrungen in der Ausbildungs- und Arbeitswelt,
- Erfahrungen in der Freizeit, bei kulturellen, religiösen und sportlichen Veranstaltungen,
- Erfahrungen im Gesundheitsbereich,
- Erfahrungen mit der Polizei und dem Justizwesen,
- sowie die Bekanntheit der Marke „Echte Vielfalt“ und der unter ihrem Dach geförderten Maßnahmen des Landesaktionsplans und schließlich
- den Verbesserungswünschen aus Sicht der Befragten.

Die Studienteilnehmer*innen hatten in jedem Abschnitt des Fragebogens zudem die Möglichkeit, ihre Erfahrungen auch in eigenen Worten zu schildern. Diese offenen Antworten sind in den Tabellen als wörtliche Zitate gekennzeichnet und sollen den Befragten eine Stimme geben.

Der Fragebogen-Entwurf wurde im Herbst 2018 Vertreter*innen der LSBTIQ*-Community bei einer Sitzung des Runden Tisches „Echte Vielfalt“ vorgestellt. Sie konnten sich im Anschluss daran an einer zweiwöchigen Pretest-Phase beteiligen und ihre Hinweise und Änderungs-

¹ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (2014): Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTIQ-Menschen in Baden-Württemberg.

² Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2018): Queeres Brandenburg. Ergebnisse der Online-Befragung zur Lebenssituation von LSBTIQ* in Brandenburg.

³ Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (2013): Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen in Rheinland-Pfalz. Auswertungsbericht zur Online-Befragung von Juni bis Oktober 2013.

⁴ Krell, Claudia / Oldemeier, Kerstin (2015): Coming-out – und dann...?! Ein Forschungsprojekt des Deutschen Jugendinstituts zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

⁵ Dieckmann, Janine / Steffens, Melanie (2014): Herausforderungen und Umgangsweisen von Familienmitgliedern nach einem Späten Coming-out in der Familie.

wünsche online anmerken. Auf dieser Basis wurde der Fragebogen fertiggestellt. Entwicklung und Durchführung der Befragung wurden durch die im Themenfeld etablierte Change Centre Consulting GmbH unter Projektleitung von Frau Dr. Christina Rauh vorgenommen.

3. Soziodemografie der Stichprobe

In diesem Kapitel wird berichtet, wie die Merkmale der Stichprobe, das heißt der Befragungsteilnehmenden, ausfallen. Damit soll vor allem die Frage geklärt werden, in welchen Ortsgrößen von dörflich bis Großstadt die Befragten leben, wie alt sie durchschnittlich sind, über welchen Bildungsabschluss und welches Einkommen sie verfügen und ob sie damit einem repräsentativen Durchschnitt Schleswig-Holsteins nahe kommen.

Ziel ist es nicht, ein repräsentatives Bild der Lebensorte, der Bildungs- und Einkommenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren Schleswig-Holsteiner*innen zu zeichnen. Dies vermögen selbstrekrutierende Stichproben nicht.

Wichtig ist die soziodemografische Beschreibung deswegen, weil sie helfen kann, die in diesem Bericht geschilderten Ergebnisse einzuordnen. Sie zeigt auf, in welchen Eigenschaften sich die Befragten vom Bevölkerungsdurchschnitt und mutmaßlich auch vom Durchschnitt der LSBTIQ* unterscheiden. Aus Repräsentativstudien in den USA⁶ sowie Großbritannien⁷ ist bekannt, dass eher jüngere Bevölkerungsgruppen angeben, sich als lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter* oder queer zu identifizieren. Dies wird mit dem Aufwachsen in einer toleranteren Gesellschaft und damit einer höheren Wahrscheinlichkeit für inneres und äußeres Coming-Out in Umfragen erklärt.

868 Befragte haben die Eingangsfragen zu ihrem Alter und der Einwohnerzahl ihres Wohnorts beantwortet. Diese beiden Merkmale sind auch die auffälligsten der Stichprobe. Ihr durchschnittliches Alter liegt weit unter dem der schleswig-holsteinischen Bevölkerung: Die Befragten sind im Mittel 34 Jahre – gegenüber einem Landesdurchschnitt von 45 Jahren⁸. Die Hälfte der Befragten ist 29 Jahre oder jünger. Es haben damit mehrheitlich junge LSBTIQ* an der Befragung teilgenommen, gleiches gilt auch für die befragten Angehörigen (Durchschnittsalter bei 31 Jahren, siehe Kapitel 7).

⁶ The Williams Institute, UCLA School of Law (2019): LGBT Demographic Data Interactive.

⁷ Office for National Statistics (2019): Sexual identity, UK: 2017. Experimental Official Statistics on sexual identity in the UK in 2017 by region, sex, age, marital status, ethnicity and socio-economic classification.

⁸ Vgl.: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2018): Durchschnittsalter in den Kreisen und kreisfreien Städten von Schleswig-Holstein. Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011.

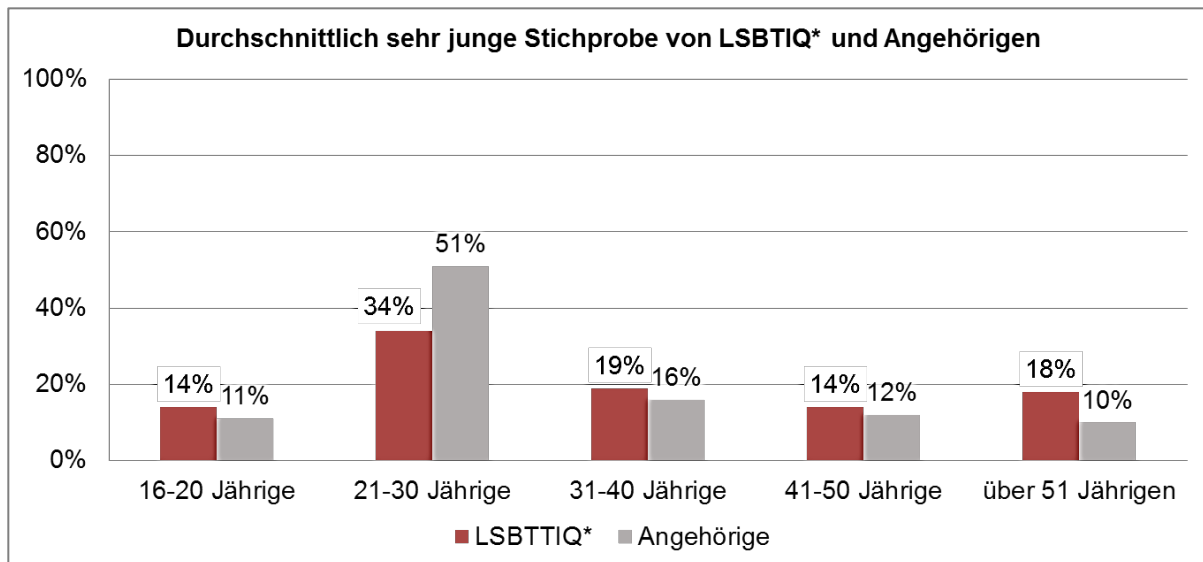


Abbildung 2: Altersverteilung der Stichprobe unter LSBTIQ* und Angehörigen
 Fragewortlaut: „Wie alt sind Sie“. Antwortoption offene Angabe, hier regroupiert in Altersklassen. N = 587.

Ein Blick in den Erwerbstatus der Befragten zeigt, dass das junge Befragungsalter maßgeblich von einem hohen Anteil an teilnehmenden Studierenden und Menschen in Ausbildung herrührt. Mehr als ein Drittel der Stichprobe (37 %) studiert, ist in Ausbildung oder in der Schule. Ein vergleichbarer Anteil (38 %) ist angestellt, 9 % arbeiten als Beamt*innen, nur 6 % sind im Ruhestand, 5 % selbstständig tätig. Die Arbeitslosenquote unter den Befragten beträgt 4 %.

Entsprechend hoch (43 %) ist auch der Anteil derjenigen, die über weniger als 1.300 € Netto-Einkommen im Monat verfügt. In der nächst höher erfragten Einkommenskategorie bis 2.000 € befindet sich knapp ein Fünftel der Befragten (19 %), ein gutes weiteres Fünftel (23 %) verfügt über 2.001 bis 3.500 € im Monat. Über 3.500 € monatliches Nettoeinkommen haben 7 % der Befragten, genauso viele machten keine Angabe dazu.

Die Hochschulstandorte erklären zum Teil auch, warum eine Mehrheit der Befragten (61 %) in Großstädten über 50.000 Einwohner*innen lebt. Die Verteilung auf Wohnortgrößen weicht damit deutlich vom schleswig-holsteinischen Durchschnitt ab.

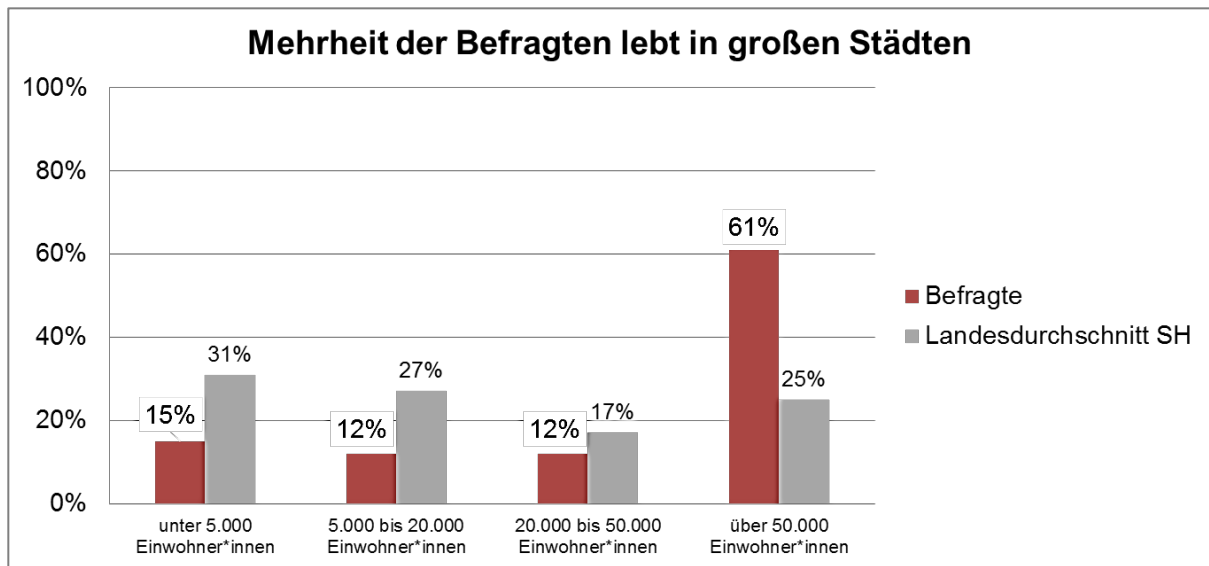


Abbildung 3: Verteilung aller Befragten auf Wohnortgröße
 Fragewortlaut: „Wie viele Menschen wohnen in Ihrer Stadt/Ihrem Ort in Schleswig-Holstein ungefähr?“ N = 868

Als höchsten Bildungsabschluss gibt die relative Mehrheit der Befragten (44 %) ein Hochschulstudium an, 10 % eine Berufsausbildung. Ein knappes Drittel (32 %) verfügt als höchsten Abschluss über Fachhochschulreife oder Abitur, nur 15 % über einen Haupt- oder Realschulabschluss. Damit ist die Stichprobe formal überdurchschnittlich gebildet.⁹

Abgefragt wurden auch die Konfession sowie der Migrationsstatus. Eine Mehrheit von 54 % der Befragten gibt an, konfessionslos zu sein; 38 % evangelisch, 6,5 % katholisch, 0,9 % (4 Befragte) jüdisch und 0,7 % (3 Befragte) muslimisch zu sein. Der Migrationsanteil¹⁰ in der Stichprobe liegt mit 10,4 % (49 Befragte) unter dem Landesdurchschnitt von 15,3 %¹¹.

Für die weitere Einordnung der Ergebnisse ist auch von Interesse, ob sich Wohnort-, Alter- und Bildungsverteilung in den einzelnen Befragten-Gruppen der lesbischen, schwulen, bisexuellen, queeren, trans* und inter* Befragten unterscheiden. Dies ist nennenswert nur beim Alter, wie die folgende Abbildung veranschaulicht, der Fall.

Insbesondere trans* und inter*, pansexuelle / queere sowie bisexuelle Befragte sind jünger als lesbische und schwule Befragte. Dies kann verschiedene Gründe haben: unterschiedliche Begriffsverwendungen („pansexuell“ / „queer“) in jüngeren Generationen oder Offenhalten der eigenen Sexualität in jüngeren Jahren. Außerdem spielt die Verbreitung des Umfrage-Links eine wichtige Rolle. Gegebenenfalls ist dieser in sozialen Netzwerken und Gruppen älterer Lesben und Trans* häufiger geteilt worden.

⁹ Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2017): Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung nach Beteiligung am Erwerbsleben, Alter und beruflichem Bildungsabschluss. Mikrozensus 2017.

¹⁰ Der Fragewortlaut lautete: „Haben Sie einen Migrationshintergrund? Sind also Sie selbst, Ihre Eltern oder Ihre Großeltern aus einem anderen Land nach Deutschland eingewandert?“ Es erfolgte keine differenzierte Erhebung nach Herkunftsland.

¹¹ Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2017): Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung nach Migrationsstatus und ausgewählten Merkmalen. Mikrozensus 2017.

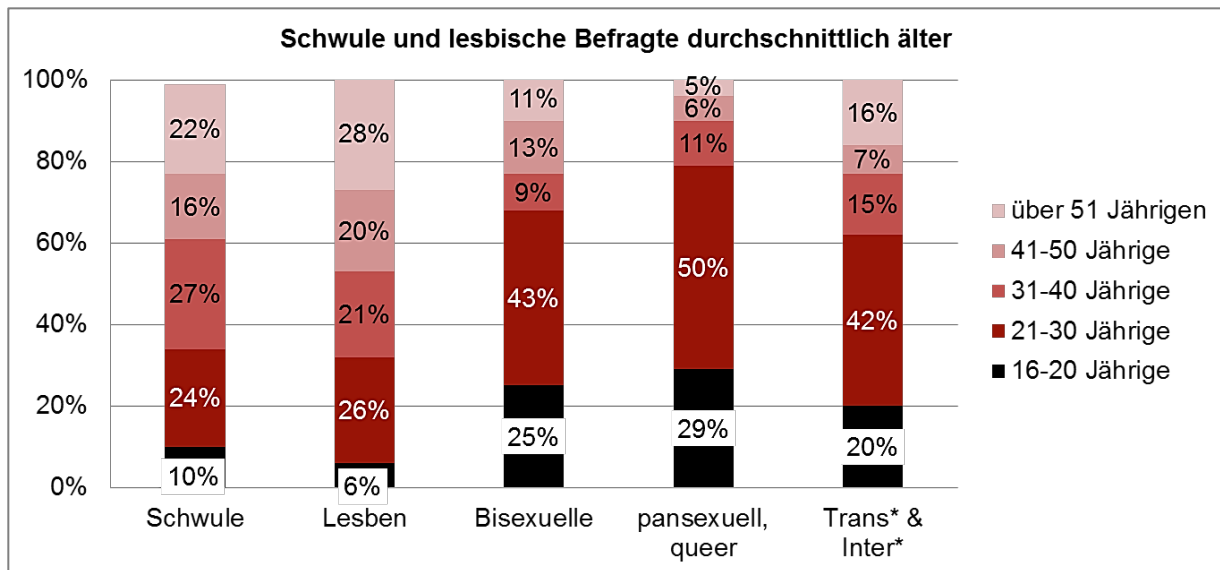


Abbildung 4: Altersverteilung je sexueller Orientierung und geschlechtlichen Identität der befragten LSBTIQ*. N = 558

Für die Wohnortgröße ergeben sich dagegen keine nennenswerten Differenzen für die unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten. Beim Bildungsabschluss fällt auf, dass trans* und inter* Befragte seltener angeben, über einen Hochschulabschluss zu verfügen (33 %), verglichen mit LSBQ* (46 %).

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die Stichprobe maßgeblich durch eine hohe Verbreitung des Umfrage-Links an den Hochschulen des Landes und die hohe Teilnahmebereitschaft der Studierenden geprägt ist – junges Alter und Großstadt-Wohnort kennzeichnen die Mehrheit der Befragten.

Für die weitere Ergebniseinordnung ist darauf zu achten, dass Unterschiede in verschiedenen Altersgruppen auch auf das unterschiedliche Alter der Gruppen je sexueller Orientierung zurückzuführen sein kann¹².

¹² Aufgrund der geringen Zellgrößen, das heißt Verteilungen der Untergruppen innerhalb der Gruppen, kann keine Drittvariablenkontrolle durchgeführt werden. Es bleibt daher im Einzelfall offen, ob die sexuelle Orientierung eines Befragten oder das Alter im Folgenden ausschlaggebend für signifikante Antwortunterschiede sind.

4. Sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität und Coming-Out

Dieses Kapitel berichtet über die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der befragten LSBTIQ*. Es widmet sich zweitens dem Coming-Out-Prozess aus Sicht dieser Gruppe.

4.1 Berichtete sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten

Wie sehen nun die von den Befragten berichteten sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten aus?

Von den 561 LSBTIQ*, die eine Angabe zu ihrer eigenen sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität gemacht haben, sind 176 (31 %) schwul, 143 (26 %) lesbisch, 93 bisexuell (17%), und beinahe ebenso viele (88 Befragte, 16 %) pansexuell / queer. 37 Befragte (7 %) geben an, sich nicht festlegen zu wollen oder zu können.

Die bisexuellen Befragten teilen sich wiederum auf in 61 (66 %) weibliche, 25 (27 %) männliche und 4 diverse Befragte, 3 weitere haben keine Angabe zu ihrer geschlechtlichen Identität gemacht. Unter den pansexuellen / queeren Befragten dominieren weibliche (51 %), gefolgt von 19 % männlichen und 16 % diversen sowie 5 % inter*. Weitere 13 Befragte haben in der Kategorie „sonstiges“ Asexualität als offene Angabe gemacht. Rund drei Prozent sind heterosexuell – dies trifft ausschließlich auf trans*-Befragte zu.

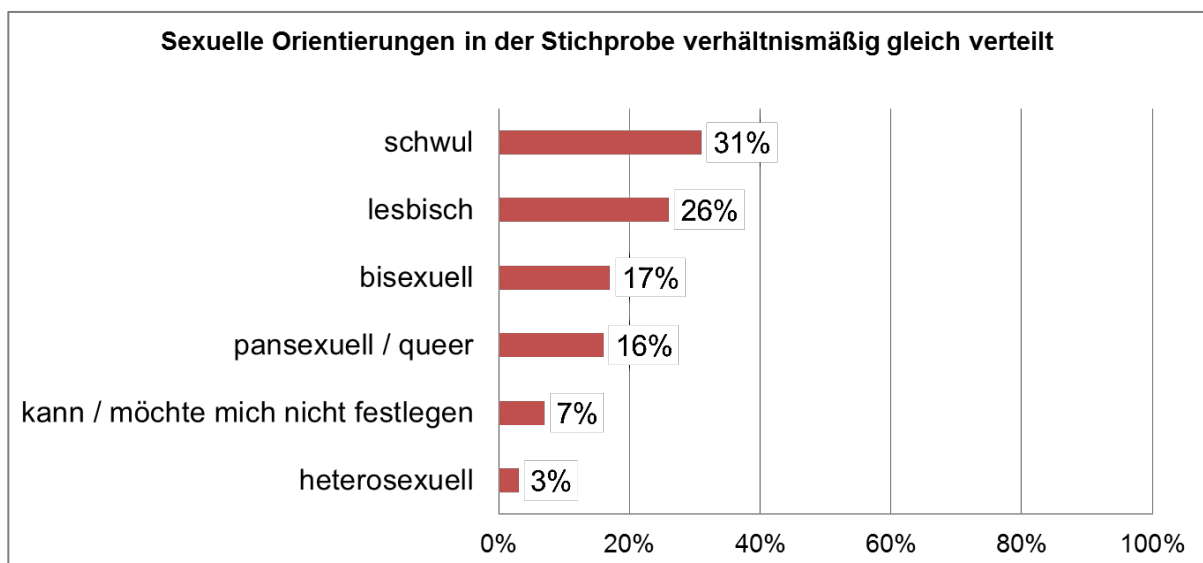


Abbildung 5: Berichtete sexuelle Orientierung

Fragewortlaut: „Wie bezeichnen Sie Ihre jetzige sexuelle Orientierung?“ Antwortoptionen siehe Abbildung, sowie „sonstiges“ (2 %). N = 561.

Wie sehen nun die geschlechtlichen Identitäten der LSBTIQ*-Befragten aus? Ein hoher Anteil von 18 % dieser Stichprobe, absolut 105 Befragte, geben an, trans* (transsexuell, transgender), oder inter* zu sein. Mit 75 Personen (13 %) ist die Gruppe der Transgender am stärksten vertreten, noch vor Transsexuellen (41 absolut, respektive 7 % relativ). Damit scheint die Befragung die Zielgruppe der Trans* sehr gut erreicht zu haben.

Die Werte in der Abbildung zeigen die einzelnen Identitäten auf. Sie ergeben in der Summe deswegen mehr als 105 Befragte, da einige Befragte eine Mehrfachangabe aus transsexuell und transgender oder trans* und intersexuell gewählt haben. Als intersexuell bezeichnen sich absolut 9 Befragte.

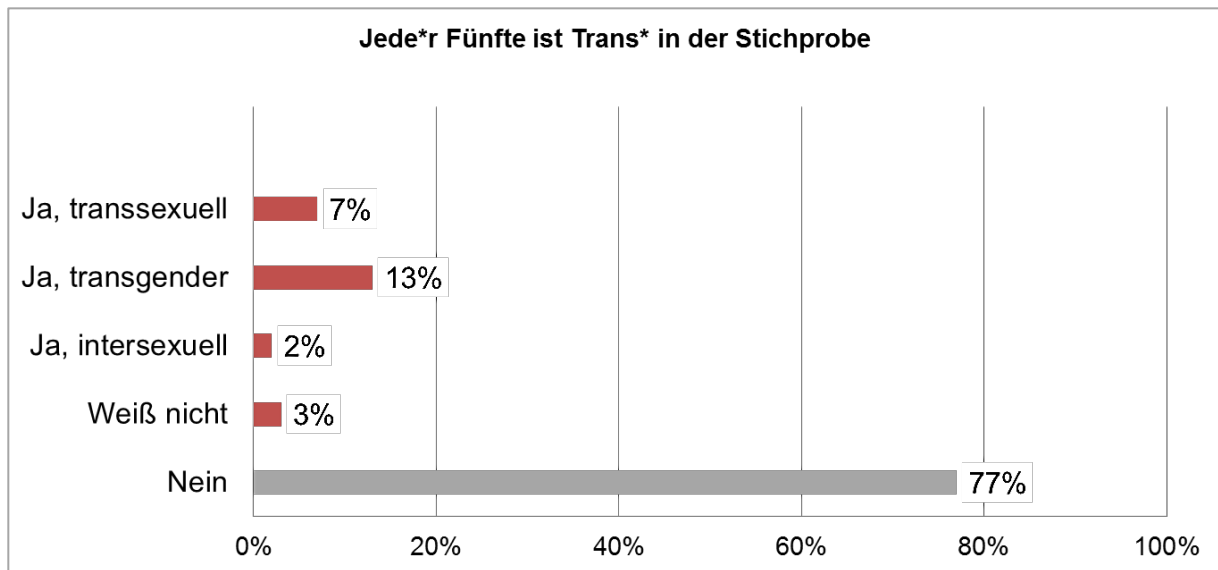


Abbildung 6: Berichtete geschlechtliche Identitäten

Fragewortlaut: „Gehören Sie einer der Personengruppen transsexueller, transgender oder intersexueller Menschen an?“ N = 581.

Als Ausprägung ihrer geschlechtlichen Identität geben 48 % aller LSBTIQ*-Befragten „weiblich an“, darunter 31 % der Trans* und Inter*. 41 % sehen sich als männlich, darunter 33 % der Trans* und Inter*. Als divers bezeichnen sich 6 % (unter den TI* sind es 19 %), als intergeschlechtlich 1,4 %. Die in den offenen Antworten am häufigsten genannte geschlechtliche Identität ist „non-binär“ bzw. „nicht-binär“.

4.2 Coming-out / Verbergen der eigenen Identität oder Orientierung aus Sicht von LSBTIQ*

Der Prozess des Coming-Outs ist auch im 21. Jahrhundert für einen Großteil der lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren Menschen eine Herausforderung, so zeigt unter anderem die Studie „Coming-Out – und dann?“ des Deutschen Jugendinstituts.

Die Ergebnisse der Studie „Echte Vielfalt“ zeichnen für Schleswig-Holstein ein sehr positives Bild¹³: Zusammengenommen nur 7 % der Befragten sind nicht geoutet. Die große Mehrheit von 72 % lebt ihre sexuelle Orientierung und/oder geschlechtliche Identität offen, darunter 87 % der Schwulen und 82 % der Lesben. Hinzu kommen weitere 21 %, die sagen, dass ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität einem kleineren Kreis nahestehender Menschen bekannt ist. Dies trifft auf Trans* und Inter* leicht häufiger zu als auf Lesben, Schwule und Bisexuelle¹⁴. Letztere leben am seltensten vollkommen offen (nur 48 %).

¹³ Dabei sollte man stets berücksichtigen, dass die Stichproben selbstselektiv sind und ggf. offenere Menschen eher teilgenommen haben, als solche, die noch ungeoutet sind.

¹⁴ Bei bi- und pansexuellen Menschen ist ihre sexuelle Orientierung in der Zeit, in der sie sich in einer heterosexuellen, das heißt, gemischtgeschlechtlichen Beziehung befinden, für Außenstehende nicht beobachtbar und wird ggf. nur durch verbale Äußerungen der Person deutlich. Bei vielen Trans* und Inter* ist die geschlechtliche Identität ebenfalls für Außenstehende nicht zu erkennen.

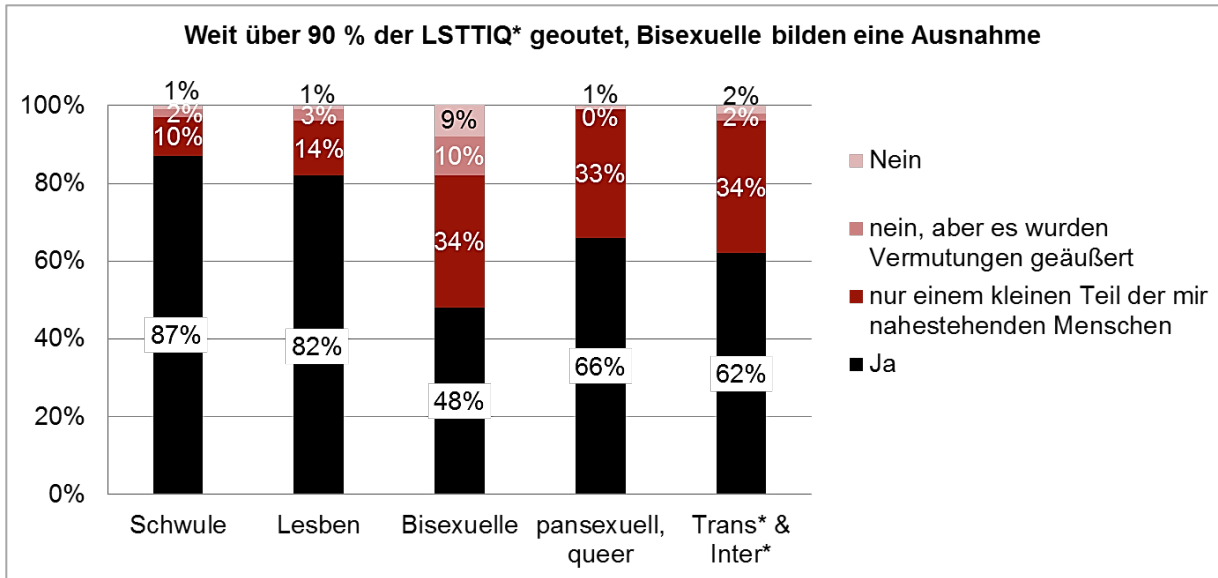


Abbildung 7: Coming-Out-Quote je Orientierung bzw. Identität
 Fragewortlaut: „Ist Ihren Mitmenschen in der Regel Ihre sexuelle Orientierung und/oder Ihre geschlechtliche Identität bekannt, weil Sie es ihnen gesagt haben?“ N = 571

Der Anteil der offen Lebenden nimmt erwartungsgemäß mit steigendem Alter zu. So sind bei den unter 30 Jährigen nur 59 % vollkommen geoutet, bei den über 30 Jährigen dann 83 %. Das durchschnittliche Outing-Alter beträgt 21 Jahre. Trans* und Inter* outen sich im Durchschnitt mit 22 Jahren beinahe zum gleichen Zeitpunkt wie Lesben, Schwule und Bisexuelle.

Gefragt nach dem Zeitpunkt ihres ersten äußeren Coming-Outs, antwortet die Mehrheit, sich mit 17 bis 20 Jahren geoutet zu haben (31 %). Fast jede*r Fünfte (18 %) outet sich früher, mit 15 bis 16 Jahren. Bis zum 14. Lebensjahr haben sich sogar bereits 15 % der Befragten das erste Mal gegenüber einem Mitmenschen geoutet.

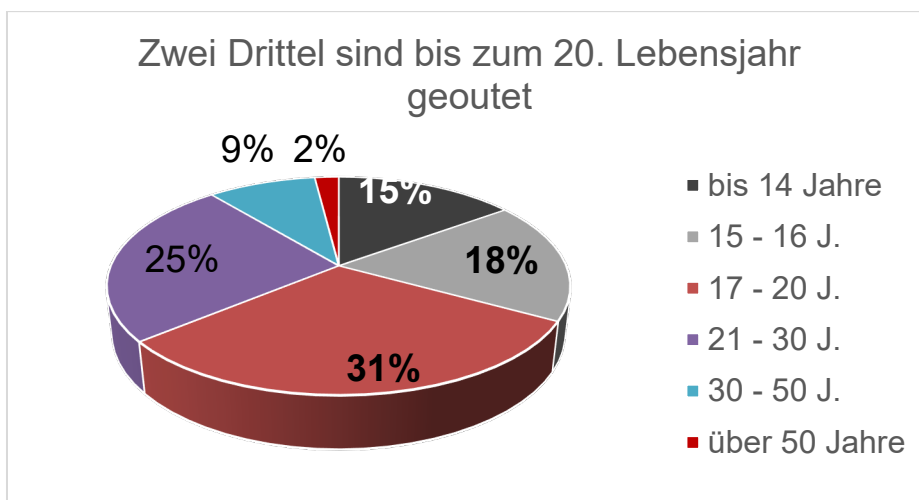


Abbildung 8: Alter bei erstem Outing
 Fragewortlaut: „Wie alt waren Sie, als Sie zum ersten Mal mit Ihren Mitmenschen über Ihre sexuelle Orientierung bzw. Ihre geschlechtliche Identität gesprochen haben?“ N = 529.

Die Frage, ob sie ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität im Alltag offen zeigen, bejahen also gut drei Viertel der Befragten. Die restlichen 24 % wurden gefragt, warum sie diese nicht offen zeigten. Für die Hälfte dieser Befragten liegt der Grund darin, dass ihre

sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität ihre Privatsache sei. Fast ein Drittel sagt aber, sie fürchteten negative Reaktionen wie den Verlust des Arbeitsplatzes. Und gut ein Fünftel befürchtet, dass nicht sie selbst, aber ihnen nahestehende Menschen dadurch negative Reaktionen erfahren würden. Dass diese Sorge für einen kleineren Teil der Angehörigen nicht unberechtigt ist, zeigt Kapitel 7.3.

Antworten, die Befragungsteilnehmer*innen offen geäußert haben, finden sich exemplarisch in der folgenden Übersicht:

- ❖ *„Am Arbeitsplatz Kontakt mit sehr vielen Menschen, meine Orientierung sollte hier nicht in den Vordergrund geraten.“*
- ❖ *„Hauptsächlich Angst vor einer abweisenden familiären Reaktion“*
- ❖ *„Die Befürchtung auf Aggressivität in der Öffentlichkeit“*
- ❖ *„Durch ein öffentliches Ausleben der sexuellen Orientierung fühlt man sich der heteronormativen Gesellschaft immer entfremdet, daher ist es besser verborgen zu bleiben, damit Menschen einen nicht ‚anders‘ behandeln.“*
- ❖ *„Es ist momentan irrelevant. In einer heterosexuellen Beziehung lebend, ist meine Bisexualität ohne Belang.“*
- ❖ *„Ich fühle mich selbst unwohl, da mein äußeres Erscheinungsbild meiner geschlechtlichen Identität noch nicht weit genug angepasst ist.“*
- ❖ *„Ich habe nicht immer Bock auf die verständnislosen Blicke / Kommentare oder die vereindeutigenden Zuschreibungen.“*
- ❖ *„Ich muss sie nicht wie ein Schild vor mir hertragen. Ich identifiziere mich nicht über meine Sexualität.“*

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die große Mehrheit der befragten LSBTIQ* geoutet ist. Es scheint ein positives Klima in Schleswig-Holstein zu herrschen, das Coming-Outs grundsätzlich begünstigt. Nicht zu verschweigen bleibt aber, dass ca. jede*r Zehnte größere Angst vor einem Coming-Out hat.

5. Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen unter LSBTIQ*

Dieses Kapitel ist der zentrale Prüfstein dafür, ob lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen in Schleswig-Holstein diskriminierungsfrei leben können. Bis hierher hat sich gezeigt, dass ein Großteil von ihnen offen lebt. Erfahren sie durch diese Offenheit aber Nachteile in ihrem Leben? Gibt es Teilgruppen, die von negativen Erfahrungen seltener und solche, die davon überdurchschnittlich häufig betroffen sind?

In diesem Fragebogenabschnitt wurde von den Teilnehmenden erfragt, ob sie Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität in Schleswig-Holstein erfahren oder in den vergangenen Jahren erfahren haben. Was Menschen aber unter dem Begriff der Diskriminierung¹⁵ verstehen, ist sehr unterschiedlich. Daher wurde dieser Begriff im Fragebogen bewusst nicht direkt verwendet, sondern nach erfahrenen negativen Reaktionen gefragt. Bei den Antworten handelt es sich stets um subjektive Einschätzungen der Befragten, die von Individuum zu Individuum variieren können.

In der Befragung „Echte Vielfalt“ lautete der konkrete Fragewortlauf wie folgt: „Jetzt zu einer kurzen grundsätzlichen Frage: Haben Sie in den letzten 5 Jahren aufgrund Ihrer bekannt gemachten oder bekannt gewordenen sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität negative Reaktionen wie z.B. Benachteiligungen, Ablehnungen oder Ausgrenzungen erfahren? Denken Sie dabei zum Beispiel an die Situation in Ihrer Familie, an Ihren Arbeitsplatz oder Ihre Schule/Hochschule, an den Freizeitbereich oder an Situationen in öffentlichen Verkehrsmitteln.“

Das Ergebnis: Jede*r Zweite hat innerhalb der letzten fünf Jahre diskriminierende Erfahrungen gemacht (51 %). Dieser Wert ist mit den aus anderen Bundesländern in den letzten Jahren berichteten Werte vergleichbar und zeigt, dass durchaus Handlungsbedarf zum Schutz von LSBTIQ* in Schleswig-Holstein besteht. Dafür lohnt eine genauere Betrachtung der abgefragten Diskriminierungen: der Diskriminierungsformen, der offenen Antworten der Betroffenen sowie die Analyse spezifischer Untergruppen.

¹⁵ Für das bessere Verständnis der Lesenden dieses Berichts, sei hier eine sozialwissenschaftliche Definition vorangestellt, wie sie im Sozio-Ökonomischen Panel formuliert ist: „Diskriminierung bedeutet, dass eine Person aus bestimmten Gründen schlechter behandelt wird als andere Menschen, ohne dass es dafür eine sachliche Rechtfertigung gibt. Diskriminierung kann auf sehr unterschiedliche Weise ausgeübt werden, etwa durch Beleidigung, Ausgrenzung, sexuelle Belästigung bis hin zu Gewalt. Es handelt sich aber auch um Diskriminierung, wenn Menschen durch Regeln und Gesetze benachteiligt werden.“ (Zweck / Glemser 2018).

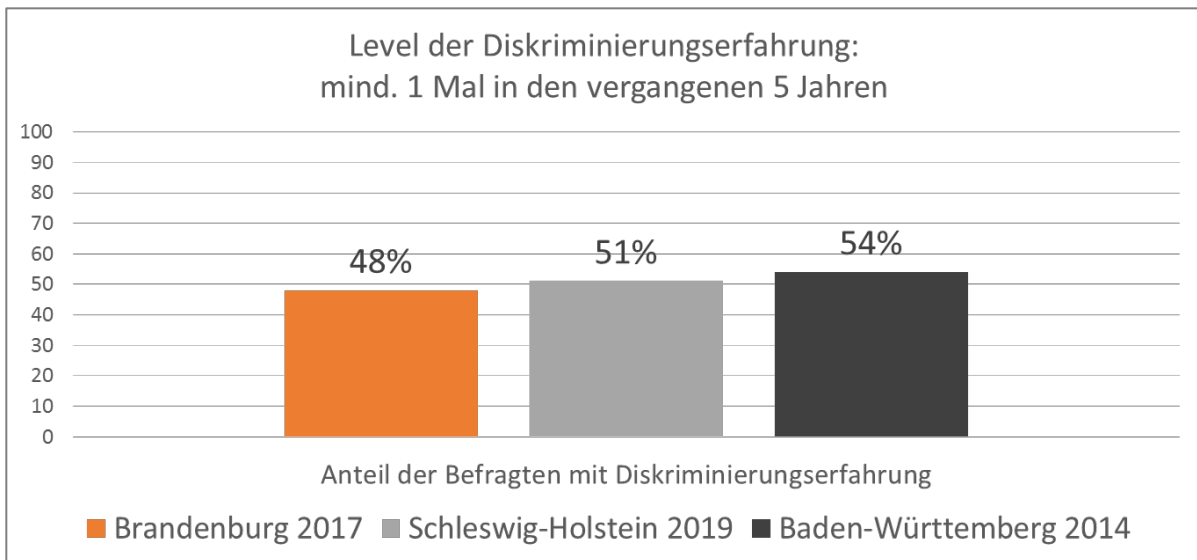


Abbildung 9: Anteil Diskriminierter im Bundesland-Vergleich
Fragewortlaut siehe oben. N = 568.

Zunächst die Analyse von Untergruppen: Hier interessiert zum einen, ob Trans*-Personen häufiger von Diskriminierung betroffen sind bzw. häufiger von dieser berichten – was Ergebnisse aus Brandenburg und Rheinland-Pfalz erwarten lassen – oder ob das Diskriminierungslevel gegenüber Schwulen, Lesben, Bi- sowie Pansexuellen / Queeren auf gleicher Höhe liegt. Wie die Abbildung veranschaulicht, sind hier durchaus die erwarteten Unterschiede zu erkennen: Zwei Drittel der befragten Trans*- und Inter*-Personen (66 %) berichten von diskriminierenden Erfahrungen innerhalb der letzten fünf Jahre. Unter den cis-geschlechtlichen Befragten sind es dagegen 48 %, knapp jede*r Zweite.

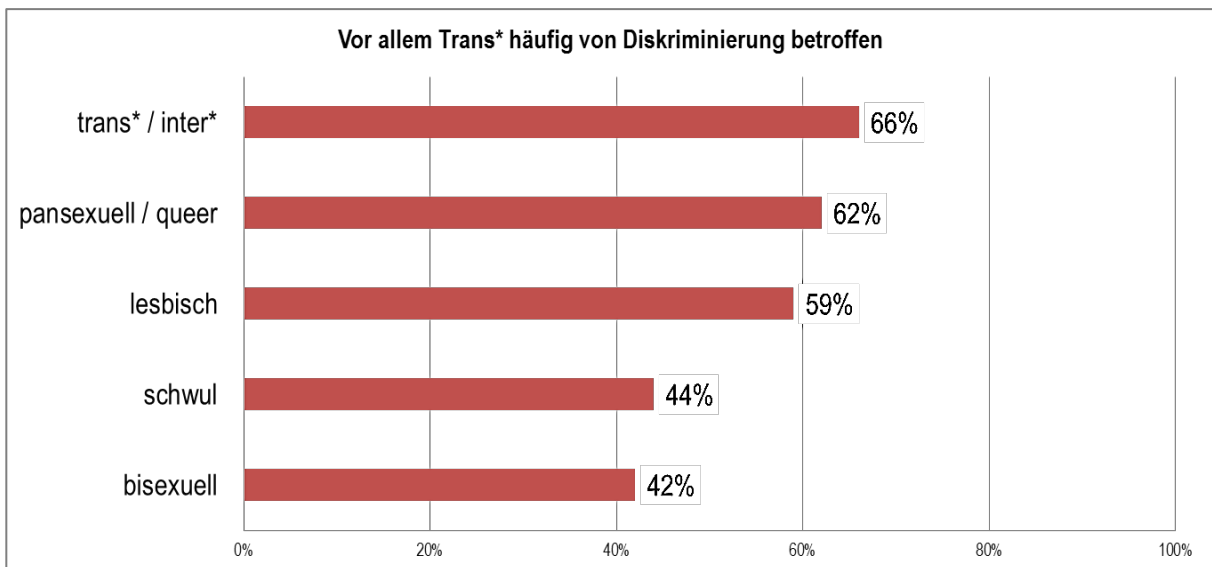


Abbildung 10: Anteil berichteter Diskriminierung je Identität
Fragewortlaut siehe oben. N = 531.

Unter den aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminierten Befragten befinden sich vergleichsweise mehr Pansexuelle / Queere (62 %) sowie Lesben (59 %). Schwule (44 %) und bisexuelle (42 %) Schleswig-Holsteiner*innen berichten etwas seltener von Diskriminierung.

Zum anderen kann die Analyse nach Subgruppen die Fragen beantworten, wo Diskriminierung von LSBTIQ* am häufigsten vorkommt (Stadt – Land), ob sie bestimmte Altersgruppen besonders trifft oder mit anderen Merkmalen der Befragten wie dem Bildungs- oder Migrationsstatus zusammenhängt.

Die Ergebnisse zeigen, dass Diskriminierung von LSBTIQ* in Schleswig-Holstein in gewissem Umfang auch vom Alter der Betroffenen abhängt, und das in überraschender Richtung: Jüngere Befragte berichten am häufigsten von negativen Erfahrungen innerhalb der letzten fünf Jahre. Zwar ist dies kein lineares Muster, doch liegen die Werte in den beiden höchsten Altersklassen ab 41 Jahren teils deutlich unter den der jüngeren, vor allem der jüngsten Gruppe der 16 bis 20 Jährigen.

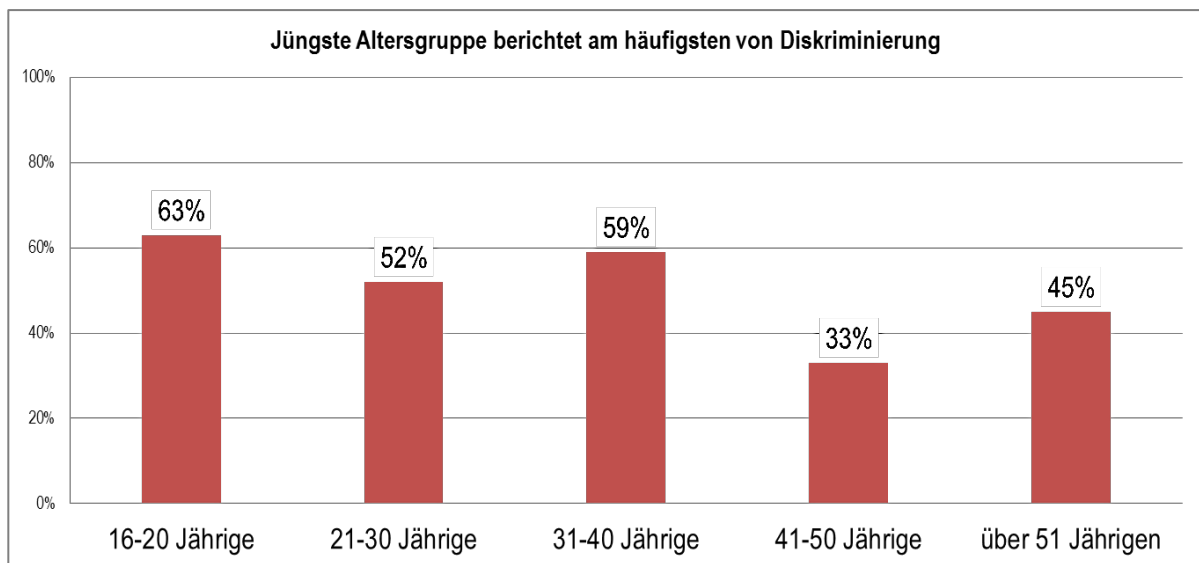


Abbildung 11: Anteil berichteter Diskriminierung je Altersgruppe
Fragewortlaut siehe oben. N = 568.

Dieses Ergebnis kann unterschiedlich interpretiert werden. Es ist denkbar, dass in jungen Altersgruppen tatsächlich mehr Diskriminierung erlebt wird. Da Personen grundsätzlich häufiger Kontakt mit Altersgenossen in ihrem Umfeld haben, würde dies bedeuten, dass von jüngeren Menschen mehr Diskriminierung gegenüber ihren Altersgenossen ausginge. Überprüft werden kann diese These nur teilweise, da die Studie insgesamt nicht nach den Verursachenden der Diskriminierung gefragt hat. Ein Blick in das Themenfeld Schule / Bildung zeigt allerdings, dass dort relativ häufig negative Erfahrungen gerade mit Gleichaltrigen bzw. Mitschüler*innen und Mitstudierenden gemacht werden (siehe Kapitel 6.2).

In der Stadt-Land-Betrachtung zeigen sich hingegen keine großen Unterschiede: Mit 46 % der Befragten haben LSBTIQ* in Orten unter 5.000 Einwohner*innen sowie unter 20.000 Einwohner*innen nur geringfügig seltener negative Erfahrungen gemacht als LSBTIQ*-Großstädter*innen (53 %).

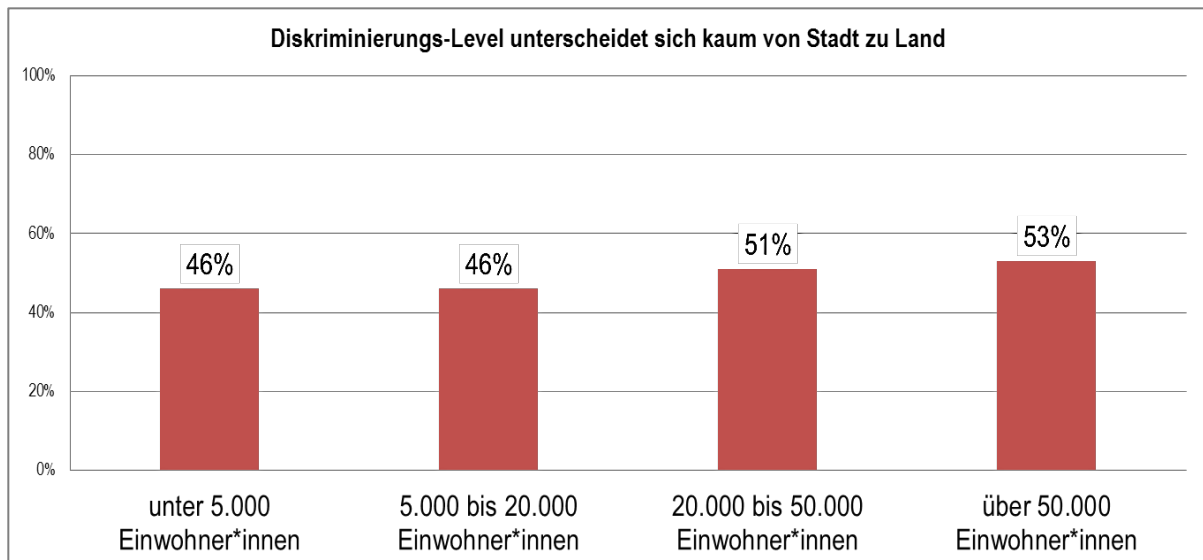


Abbildung 12: Anteil berichteter Diskriminierung nach Wohnortgröße
Fragewortlaut siehe oben. N = 568.

Die Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen hängt ebenso wenig vom Bildungsstand eines Betroffenen ab. In allen Bildungsklassen liegt das berichtete Diskriminierungs-Level zwischen 49 % und 54 %, so dass hier keine signifikanten Unterschiede vorliegen. Das heißt, diese geringfügigen Unterschiede könnten auch zufallsbedingt in der Stichprobe vorhanden sein.

Leichte Unterschiede sind allerdings entlang der Einkommensklassen zu erkennen. So berichten 57 % derjenigen mit einem Netto-Monatseinkommen von unter 1.300 € von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, und 41 % derjenigen mit mehr als 3.500 € Netto-Monatseinkommen. Diese Unterschiede sind auf der einen Seite plausibel, da aus der Forschung Formen von Mehrfachdiskriminierung bekannt sind, auf der anderen Seite aber auch auf das junge Alter der Befragten mit entsprechend geringem Einkommen (insbesondere bei Studierenden) zurückzuführen.

Eine Mehrfachdiskriminierung aufgrund des Migrationsstatus' hingegen ist statistisch kaum zu erkennen: 55 % der LSBTIQ* mit Migrationshintergrund berichten von Diskriminierung, gegenüber 51 % derjenigen ohne Migrationsherkunft.

Bei diesen negativen Erfahrungen stellt sich die Frage, ob LSBTIQ* in Schleswig-Holstein Anlaufstellen bekannt sind, an die sie sich wenden können. Die genaue Frage im Fragebogen lautete: „Wenn Sie als lesbischer, schwuler, bisexueller, trans*- oder intergeschlechtlicher oder queerer Mensch Schwierigkeiten, Sorgen usw. haben, gibt es dann für Sie Menschen / Anlaufstellen, die sich Ihrer annehmen, Ihnen weiterhelfen, Sie informieren usw.?“ Darauf antwortet eine Mehrheit von 60 % der Befragten, dass sie sich an Menschen in ihrem Umfeld wenden können. Die Suche nach Rat und Unterstützung ist damit in erster Linie eine private.

Aber auch staatliche sowie zivilgesellschaftliche Anlaufstellen bilden für jede*n Dritte*n eine wichtige Hilfestellung. 32 % sagen, dass es für sie bei Problemen eine solche Stelle gäbe. Dagegen steht eine kleine Gruppe von LSBTIQ*, die weder private noch staatliche oder zivil-

gesellschaftliche Anlaufstellen hat – 11 % der Befragten sind auf sich alleine gestellt. Darunter sind überproportional viele Trans* und Inter* (16 %). Allerdings sind sie es auch, die überproportional häufiger von Anlaufstellen wissen (43 % gegenüber 30 % unter LSB).

Das Vorhandensein von nicht-privaten Anlaufstellen in der Stadt versus auf dem Land ergibt kein einheitliches Muster. So haben nach eigenen Angaben 36 % der Befragten aus Städten mit über 50.000 Einwohner*innen Zugang zu solchen Stellen und sogar 40 % der Befragten in kleineren Städten zwischen 5.000 und 20.000 Einwohner*innen. Demgegenüber stehen nicht nur die Dörfer (unter 5.000 Einwohner*innen: 20 % der Befragten mit Zugang zu Anlaufstellen), sondern auch die mittelgroßen Städte (zwischen 20.000 und 50.000 Einwohner*innen), in denen weniger als 19 % Zugang zu Anlaufstellen haben.

Dafür zeigt sich der Trend: Je älter die Befragten, desto eher berichten sie von nicht-privaten Anlaufstellen. Unter den über 50 Jährigen haben 43 % solche Kontaktpunkte. Dagegen kennen nur 16 % der jüngsten Zielgruppe von 16 – 20 Jährigen solche Beratungsstellen – und dass, obwohl sie vermutlich den größten Informations- und Beratungsbedarf haben. 86 % dieser Altersklasse berichten aber immerhin von privaten Kontakten, bei denen sie Hilfe suchen könnten.

Welche Anlaufstellen die Befragten konkret kennen, zeigt sich in den offenen Antworten: Neben den vom Land geförderten Beratungsstellen wurden auch die Queer-Referate und Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen, Therapeut*innen, bis hin zu Stadtjugendpfleger*innen, Sozialarbeiter*innen oder die Antidiskriminierungsstelle des Landes oder die Bürgerbeauftragte des Landes genannt.

Zusammenfassend lässt sich am Ende dieses Teilkapitels sagen, dass – bei aller Offenheit – ein Handlungsauftrag besteht: Jede*r zweite LSBTIQ* erlebt Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität. Diese, anderen Bundesländern vergleichbare¹⁶, aber immer noch hohe Quote liegt bei gewissen Teilgruppen, so insbesondere Trans* sowie jüngeren Befragten, nochmals über dem Durchschnitt. Sie wären als Zielgruppen von Gegenmaßnahmen besonders in den Blick zu nehmen.

¹⁶ Bei aller inhaltlichen Vergleichbarkeit muss berücksichtigt werden, dass die Studien in Baden-Württemberg 2014 sowie Rheinland-Pfalz 2013 mehrere Jahre vor der Befragung in Schleswig-Holstein durchgeführt wurden. Unter der Annahme, dass sich in diesen Jahren das Klima für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt bundesweit u.a. durch rechtliche Gleichbehandlung bei der Ehe für alle verbessert hat, sind die 2019er-Werte in Schleswig-Holstein ein Stück weit ernüchternder.

6. Diskriminierungserfahrungen in verschiedenen Lebensbereichen

Das vorherige Kapitel hat gezeigt, dass jede*r Zweite in den vergangenen fünf Jahren Diskriminierungserfahrungen aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität gemacht hat. In welchem Lebensbereich LSBTIQ* in Schleswig-Holstein diese Nachteile erleben, ist eines der Hauptfrageinteressen der Studie. Sind es Bereiche, auf die das Land besondere Einflussmöglichkeiten hat, beispielsweise durch seinen Gestaltungsraum im Schul- und Bildungswesen oder in der Eigenschaft als Arbeitgeber bzw. Dienstherr? Oder solche, in denen das Land mittelbar Anstöße geben kann, Diskriminierung zu mindern, wie gegenüber privatwirtschaftlichen Arbeitgeber*innen?

Aus diesem Grund wurden diejenigen Befragten, die von Diskriminierung berichtet haben, weiter gefragt, wie häufig sie diese an verschiedenen Orten ihrer Umgebung gemacht haben. Dabei konnte von „nie“, über „ein Mal“ und „mehrmals“ bis „regelmäßig“ angekreuzt werden. Die Abbildung zeigt das summierte Ergebnis der Antworthäufigkeiten für „mehrmals“ und „regelmäßig“. Demnach hat fast jede*r zweite Diskriminierte mehrfach Diskriminierung im Freizeitbereich erlebt oder erlebt sie weiterhin dort regelmäßig.

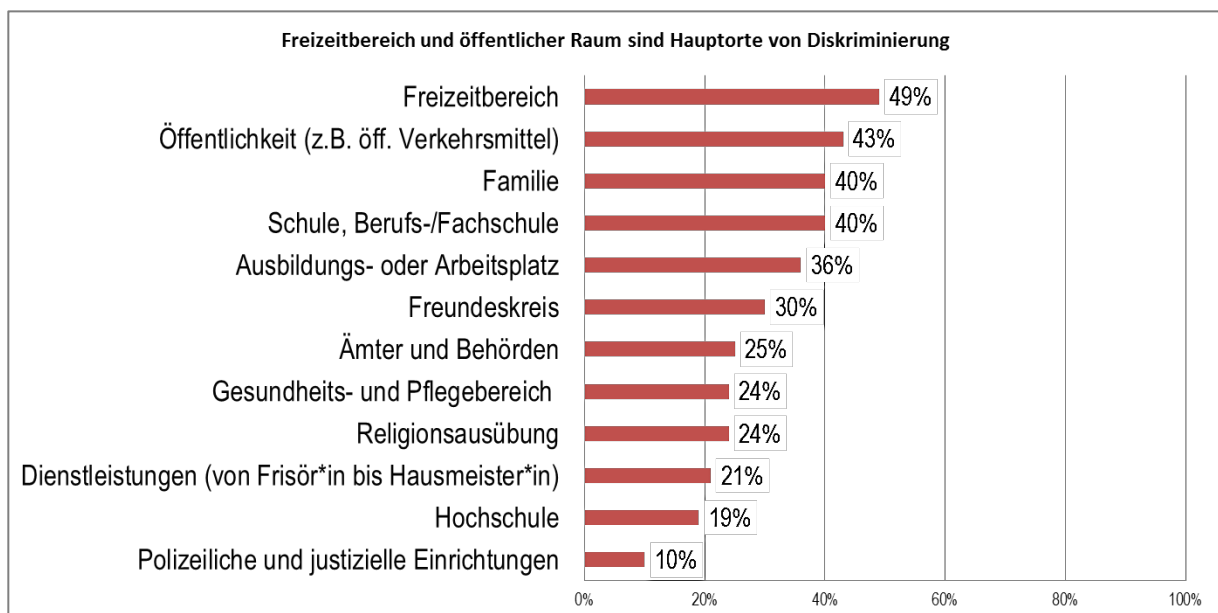


Abbildung 13: Diskriminierungshäufigkeit je Lebensbereich

Fragewortlaut: „Wie häufig haben Sie in den letzten 5 Jahren aufgrund Ihrer sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität negative Erfahrungen in folgenden Lebensumfeldern gemacht?“ Antwortoptionen: „regelmäßig“, „mehrmals“, „ein Mal“, „nie“ (abgebildet sind die summierten Angaben für „regelmäßig“ und „mehrmals“). N = 131 – 262.

Auch die Öffentlichkeit, wie öffentliche Verkehrsmittel, sowie der Nahbereich der Familie und schließlich die Schule sind Orte, an denen mehr als 40 % der von Diskriminierung betroffenen LSBTIQ* häufiger negative Erfahrungen gemacht haben. Andere Orte sind seltener als benachteiligend erlebt worden (jeweils von denen, die überhaupt Zutritt oder Kontakt dazu hatten), wie insbesondere Polizei und Justiz sowie die Hochschulen des Landes.

6.1 Familie, Partnerschaft und Kinder

Familie ist Schutzraum für die meisten Menschen. Sei es die sogenannte Herkunftsfamilie in den ersten Lebensjahren des Aufwachsens, sei es im Erwachsenenalter eine Partnerschaft, Ehe und eine selbst gegründete Familie. Die Fragen, die sich auf die Erfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren Menschen in Schleswig-Holstein beziehen, können folglich unterschieden werden in Erfahrungen mit der Herkunftsfamilie, und solchen, die erwachsene LSBTIQ* in ihrer eigenen Partnerschaft und ggf. Familie machen.

Ein beachtlicher Teil derjenigen Befragten, die in der Vergangenheit negative Erfahrungen gemacht haben, hat diese nach eigenen Angaben regelmäßig oder mehrmals in der Herkunftsfamilie erlebt. Die am häufigsten genannten Diskriminierungsformen innerhalb der Familie betreffen das Ignorieren oder Totschweigen der sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität (57 % der Betroffenen) sowie das Nicht-Ernstnehmen dieser (58 %). Auch die gegenteilige Reaktion, übertriebenes Interesse am Privatleben und Überbetonen der sexuellen Orientierung / geschlechtlichen Identität durch die Familie werden von rund einem Drittel als negativ erlebt.

Jede*r Dritte bis Vierte muss außerdem Ausgrenzung (30 %) oder Beleidigungen, Beschimpfungen und Lächerlich-Machen (27 %) von seiner Familie ertragen. Jedem*r Zehnten wurde / wird zudem Gewalt angedroht. Zu physischen Übergriffen kommt es in 5 % der Fälle. Mit 15 % Betroffenen kommt schließlich das Androhen eines Outings bzw. ein Zwangs-Outing relativ häufig vor.

In der Summe sagt eine Mehrheit von 62 %, dass ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität positiv aufgenommen wird bzw. wurde. Dabei ähneln sich die Akzeptanz-Werte unter Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Pansexuellen bzw. Queeren (durchschnittlich 67 %), grenzen sich aber deutlicher ab gegenüber Werten in Herkunftsfamilien, die trans* oder inter* Familienmitglieder haben (42 %).

Eigene, von LSBTIQ* gegründete Familien – wie sehen diese aktuell im Land aus? Welche Familienformen wählen die Befragten, mit welchen Personen leben sie im Haushalt?

Die Antwort fällt je nach Altersgruppe naturgemäß unterschiedlich aus. So leben junge LSBTIQ* bis 30 Jahren mehrheitlich als Single, während ein Drittel der über 30 Jährige alleinstehend ist. Fast genauso viele der über 30 Jährigen (29 %) leben in einer gleichgeschlechtlichen Ehe, weitere 24 % in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Nimmt man die in einer heterosexuellen Ehe (Trans* sowie Bisexuelle) lebenden hinzu (6 %), ist der Anteil der langfristig gebundenen, auch juristisch füreinander verantwortlichen LSBTIQ* in dieser Altersklasse bei knapp 50 % – jedem*r Zweiten. Erstaunlich hoch ist auch der Anteil der unter 30 Jährigen, die bereits verheiratet sind (28 % gleichgeschlechtlich sowie 1 % gemischtgeschlechtlich).

Weitere Beziehungsformen, die unter „sonstiges“ genannt werden, beziehen sich auf queere Menschen (hier passen die binären Bezeichnungen „gleich-“ bzw. „verschiedengeschlechtlich“ nicht) sowie das Führen von Beziehungen mit mehreren Personen gleichzeitig (Polyamouröse) von zehn Befragten genannt.

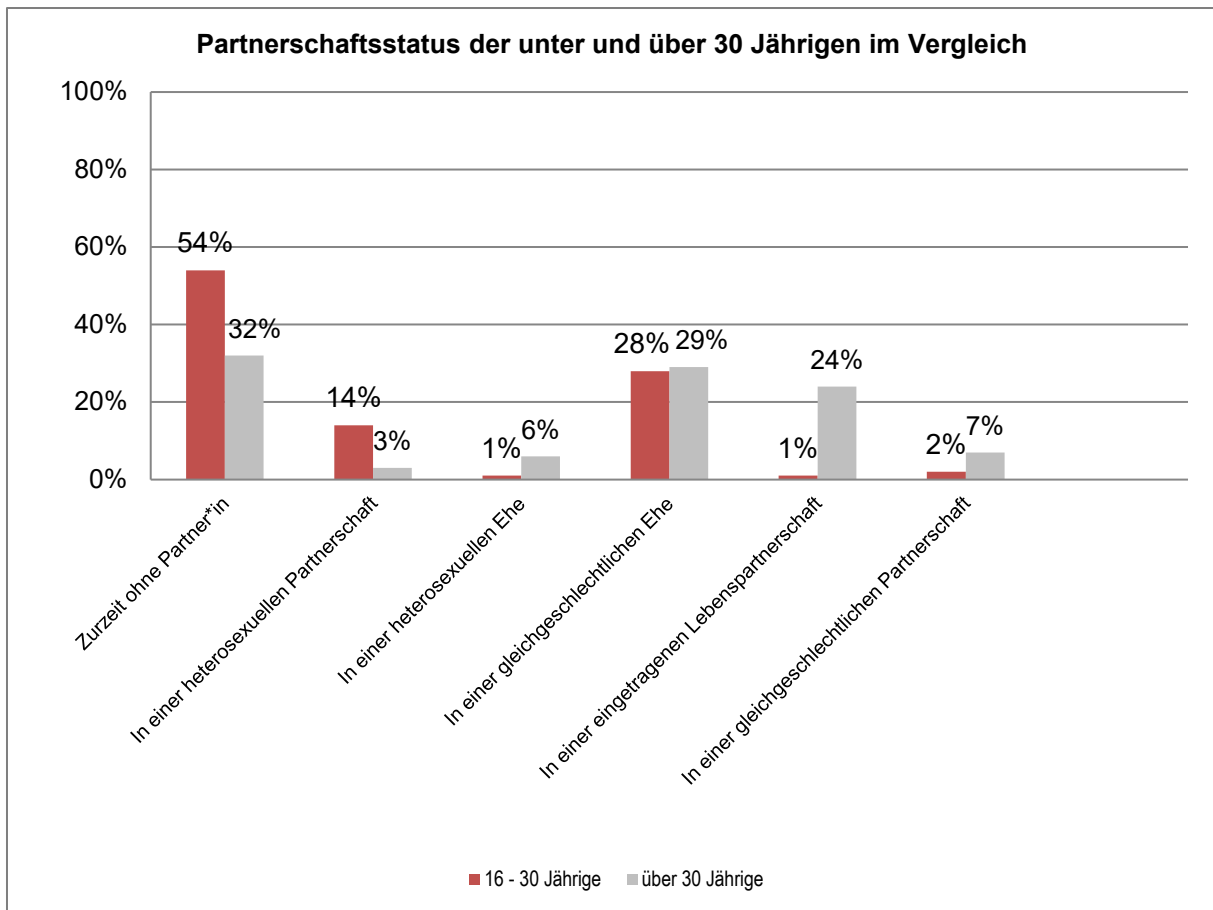


Abbildung 14: Partnerschaftsstatus und Lebensformen bei jüngeren und älteren Befragten. Fragewortlaut: „In welcher Beziehungsform leben Sie derzeit?“ N = 523

Gefragt wurde zudem, ob die Befragten ein Kind oder mehrere Kinder haben und wie die Eltern-Konstellationen aussieht. Das Ergebnis zeigt: Eine Mehrheit der LSBTIQ* im Land wünscht sich Kinder (insgesamt 47 %). Das trifft sogar auf fast zwei Drittel der jüngeren Befragten unter 30 Jahren zu. Dass der Kinderwunsch je Altersgruppe unterschiedlich hoch ausfällt, überrascht wenig – schließlich hat ein Teil gerade der über 30 Jährigen bereits eigene Kinder.

Die meisten dieser Kinder kommen aus einer vorherigen heterosexuellen Beziehung, sagen 12 % der Befragten ab 30 Jahren. Weitere 7 % haben ein Kind oder Kinder in ihrer jetzigen Partnerschaft gezeugt, zum Beispiel auch durch Samenspende oder zusammen mit einem anderen Paar. Einige wenige haben Kinder in Pflege, Adoptionen kommen am seltensten vor. 3 % der Befragten sind sogenannte Co-Eltern ohne rechtliche Anerkennung, weil das Kind bzw. die Kinder von ihm* ihr weder gezeugt, noch adoptiert sind. Bei den unter 30 Jährigen sticht die Zahl (knapp ein Drittel) derjenigen heraus, die keine Kinder für sich wünschen.

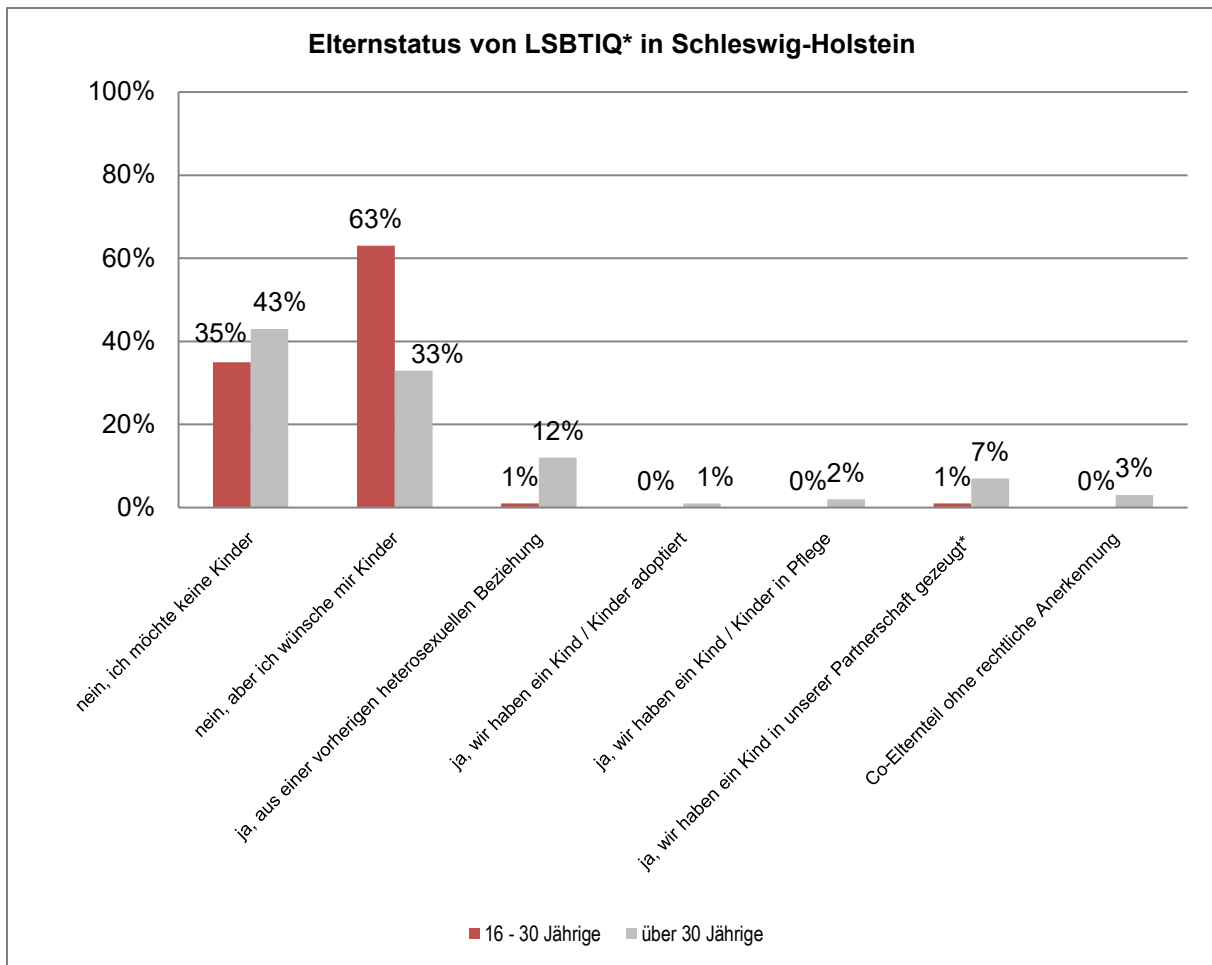


Abbildung 15: Elternstatus bei jüngeren und älteren Befragten.
 Fragewortlaut: „Haben Sie Kinder?
 (zum Beispiel auch durch Samenspende, zusammen mit einem anderen Paar etc.)“ N = 525.

Die LSBTIQ*-Befragten mit eigener gegründeter Familie wurden ihrerseits danach gefragt, ob ihre Partner, Kinder, Eltern oder weitere Angehörige in den vergangenen 5 Jahren negative Reaktionen erfahren haben, die auf die sexuelle Orientierung oder die geschlechtliche Identität des Befragten bzw. ihre Familienkonstellation als Regenbogenfamilie zurückzuführen sind. Demnach haben eigene Kinder von LSBTIQ*-Eltern nur selten Diskriminierung erfahren, nämlich in 2 % der Fälle. Auch Geschwister (6 %) und die eigenen Eltern (10 %) erfahren sehr selten Diskriminierung. Am häufigsten sind Partner*innen betroffen – gut jede*r Vierte berichtet davon. Ebenfalls häufiger betroffen sind andere nahestehende Menschen (18 %). Aus den offenen Antworten wird teilweise klar, welche Personen und welche Vorfälle damit gemeint sind. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass gut jede*r Zweite LSBTIQ* berichtet, Angehörige hätten Diskriminierung in irgendeiner Form erfahren. Einige der offenen Angaben finden sich exemplarisch in der folgenden Übersicht:

- ❖ „Anfeindungen, keine Akzeptanz unserer Lebensform, Beleidigungen, Gewalt...“
- ❖ [Co-Eltern:] „Probleme nach der Geburt eines Kindes und der damit verbundenen Stiefkindadoption“
- ❖ [Partnerschaft:] „Aberkennung seiner Männlichkeit. Da ich bisexuell bin, könne die ja nicht so stark ausgeprägt sein. Dabei hat das eine nichts mit dem anderen zu tun.“
- ❖ [Partnerschaft:] „Unverständnis in der Familie meiner Partnerin für meine Transition. Unverständnis von Freundinnen, dass wir unsere Beziehung weiterführen.“

- ❖ *[Kinder:] „Ablehnung und Diskriminierung innerhalb einer Schulklasse.“*
- ❖ *„Bedrohungen und Sachbeschädigungen (rechtsradikale Nachbar*innen)“*
- ❖ *„Beleidigungen und Lästereien über meine Partnerin; Tratschen über (Schwieger-)Eltern durch Umfeld“*
- ❖ *„Geschwister wurden aufgrund meiner Sexualität und Auftretensweise blöd angemacht, gerade die jüngste hat negative Reaktionen für ihre queer positive Haltung erfahren.“*

6.2 Bildungswelt

Die Schulzeit ist neben dem Aufwachsen in der eigenen Familie eine der prägendsten Lebensphasen. Dies gilt für alle Kinder und Jugendlichen im Land. Für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Jugendliche gibt es nicht selten prägende Erfahrungen in der Schulzeit, positive wie negative. Das Ergebnis der Studie zeigt:

Knapp jede*r dritte Befragte (30 %) sagt, in einer schleswig-holsteinischen Schule, Berufs-/ Fachschule oder Hochschule negative Erfahrungen aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität gemacht zu haben. Von ihnen sagen wiederum drei Viertel, dass sie die stärksten negativen Erfahrungen an ihrer allgemeinbildenden Schule gemacht haben. Für 10 % war die Berufs-/Fachschule, für 15 % die Hochschule oder Universität der Ort, an dem sie die deutlichsten Diskriminierungserfahrungen im Bildungsbereich erlebt haben.

Die Häufigkeit dieser negativen Schulerfahrungen zieht sich dabei durch alle Generationen – insbesondere unter den heute 16 bis 20 Jährigen (37 %) und 31 bis 40 Jährigen (40 %) mach(t)en überdurchschnittlich viele Diskriminierungserfahrungen (zum Vergleich: 41 bis 50 Jährige: 11 %). Eine Erklärung hierfür ist das ebenfalls abgefragte Outing-Alter: Befragte, die sich bereits vor ihrem 14. Lebensjahr (45 %) oder zwischen 14 und 16 Jahren (38 %) geoutet haben, machen aufgrund ihrer Sichtbarkeit während der Schulzeit häufiger negative Erfahrungen als diejenigen, die sich erst Jahre oder Jahrzehnte später geoutet haben.

Betrachtet man die sexuelle Orientierung sowie die geschlechtliche Identität derjenigen Schüler*innen und Studierenden, die diskriminiert wurden, zeigt sich, dass die Betroffenheit unter Trans* und Inter* mit 44 % höher liegt als unter schwulen Schülern bzw. Studierenden (36 % von ihnen mit negativen Erfahrungen), lesbischen Schülerinnen und Studierenden (30 %) und Bisexuellen (11 %).

Dass an ländlichen Hoch-, Berufs-/ Fachschulen oder Schulen Schleswig-Holsteins mehr oder weniger diskriminiert wird als in Großstädten, dafür gibt es keine systematischen Hinweise in den Daten. In Städten mit über 50.000 Einwohner*innen berichten 29 % der Schüler*innen von negativen Erfahrungen, in Dörfern unter 5.000 Einwohner*innen 33 %. In den dazwischen liegenden Siedlungsgrößen (Städte zwischen 5.000 und 20.000 Einwohner*innen: 28 %, sowie Städte zwischen 20.000 und 50.000 Einwohner*innen: 36 %) schwankt das Diskriminierungsrisiko nur leicht.

Wie sehen diese negativen Erfahrungen in der Schule bzw. Berufs-/ Fachschule und Hochschule konkret aus? Darüber haben rund 100 betroffene Befragte Auskunft gegeben (siehe Abbildung). Zunächst fällt die hohe Quote ungeouteter Schüler*innen bzw. Studierender auf. 69 % sind vor ihren Lehrkräften, knapp die Hälfte vor ihren Gleichaltrigen nicht geoutet. Unter schwulen Schülern / Studierenden sind es sogar 76 %. Vermutlich kann dies bei einigen jungen Menschen darauf zurückgeführt werden, dass sie selbst noch im Findungsprozess ihrer Identität sind.

Wie die weiteren berichteten negativen Erfahrungen zeigen, gibt es durchaus Gründe für das Verbergen der Identität während der Schulzeit. So geben 41 % der Befragten an, sich vom Lehrpersonal aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität ungerecht behandelt gefühlt zu haben. Gut jede*r Zweite (52 %) sagt, dass sich Mitschüler*innen oder Mitstudierende abwertend über sie äußerten. Entsprechend fühlt sich auch nur ca. die Hälfte der jungen Betroffenen anerkannt und wertgeschätzt. 16 % berichten davon, dass sich Lehrpersonal abwertend über sie geäußert hätte, unter Trans*- und Inter*-Schüler*innen / - Studierenden sagt dies sogar jede*r Vierte.

Auch drastischere Formen der Diskriminierung kommen vor, so die Befragten. So wurden 19 % von Gleichaltrigen bedroht, 9 % und damit fast jede*r Zehnte nach eigenen Angaben sogar vom Lehrpersonal. Sogar von sexueller Belästigung berichten 10 % respektive 7 %. In der Summe der negativen Erfahrungen lässt sich auch verstehen, warum 7 % der betroffenen Befragten angeben, aufgrund der negativen Reaktionen der Mitschüler*innen / Mitstudierenden die Schule, Berufs-/ Fachschule bzw. Hochschule in Schleswig-Holstein gewechselt zu haben. Für 4 % der Betroffenen waren die negativen Reaktionen des Lehrpersonals Grund für einen Schulabbruch / Wechsel.

Trans*- und intersexuelle Schüler*innen und Studierende berichten zudem mit großer Mehrheit davon, von ihren Lehrkräften im falschen Geschlecht angesprochen zu werden / worden zu sein: 83 % von ihnen müssen mit dieser für viele schweren alltäglichen Diskriminierung leben. Immerhin ist auch die Quote derjenigen, die aufgrund negativer Reaktionen ihrer Lehrkräfte die Schule, Berufs-/Fachschule oder Hochschule abgebrochen oder gewechselt haben, mit 8 % doppelt so hoch wie unter cisgeschlechtlichen Schüler*innen bzw. Studierenden.

Wichtig ist auch, ob den Betroffenen jemand zu Hilfe kam oder ob sie mit ihrer negativen Erfahrung alleine geblieben sind. Das Ergebnis: Mehr als jede*r zweite Schüler*in oder Student*in (57 %) berichtet, dass ihnen niemand zu Hilfe kam. In nur jedem zehnten Fall standen sowohl Mitschüler*innen / Mitstudierende, als auch Lehrkräfte oder Dozent*innen bei. In 28 % der Fälle halfen Mitschüler*innen / Mitstudierende, in 5 % Lehrkräfte oder Dozent*innen. Damit ist in der Summe die Hilfestellung, die durch pädagogisches Personal erfolgte, sehr selten, nämlich bei nur 15 % der Betroffenen. Diese niedrige Hilfequote kann zu einem Teil durch die niedrige Coming-Out-Quote erklärt werden – wenn das Lehrpersonal nichts von dem Vorfall weiß, kann es nicht einschreiten.

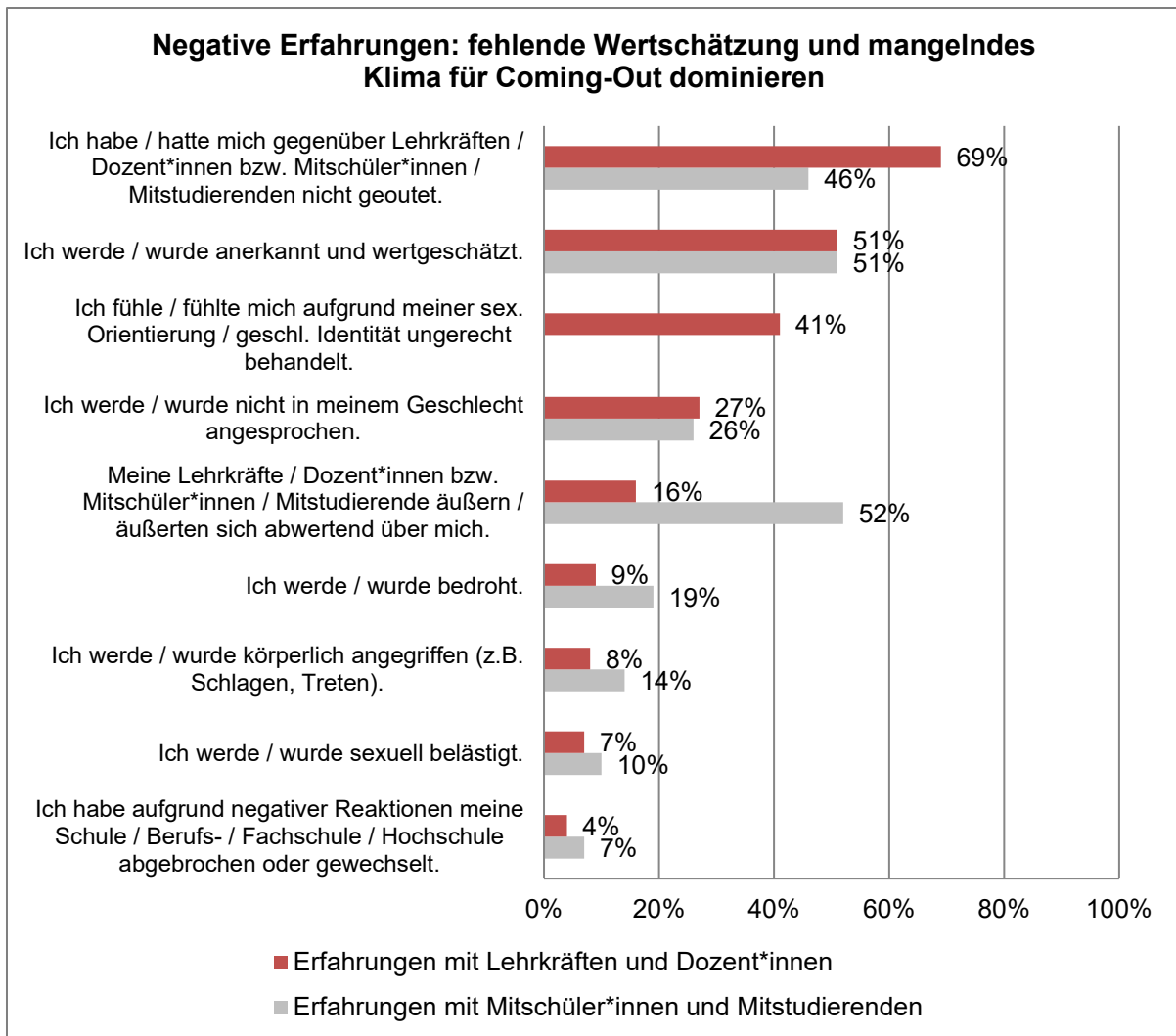


Abbildung 16: Negative Erfahrungen in der Schule, Berufs-/Fachschule oder Hochschule
 Fragewortlaut: „Welche Erfahrung machten Sie in Bezug auf Ihre sexuelle Identität und/oder Ihre geschlechtliche Identität mit Ihren Lehrkräften oder Dozent*innen bzw. Mitschüler*innen und Mitstudierenden?“, summierte Antworten: „trifft voll und ganz“ und „trifft weitgehend zu“. N = 69 – 105.

Welche konkreten Situationen die Befragten in Schulen, Berufs-/Fachschulen und Hochschulen erleben, zeigt ein Ausschnitt der offenen Antworten:

- ❖ „Da ich vor vielen Lehrkräften nicht geoutet war, waren homo- und bifeindliche Aussagen natürlich nicht gegen mich direkt gerichtet. Solche Äußerungen kamen trotzdem vor und haben mir geschadet.“
- ❖ „Meine ‚Hilferufe‘ wurden von Lehrer*innen ignoriert und heruntergespielt.“
- ❖ „Eine Lehrkraft, die bei Schwulenwitzen immer laut mitgelacht hat.“
- ❖ „Eine Sportlehrerin sagte, ich sei kein richtiger Mann“
- ❖ „Meine Klassenlehrkraft war mit der Situation völlig überfordert und hat es nur noch schlimmer gemacht.“
- ❖ „Ich bin Lehrkraft. Die Diskriminierungen erfahre ich von Schüler*innen.“
- ❖ „In der Hochschule wurden queere Themen im Unterricht behandelt, dabei wurde immer so darüber gesprochen als seien nur hetero-cis- Menschen anwesend und als wäre es spannend 'das Andere' [die Queers] zu beforschen, ich habe mich dann immer geoutet und das versucht zu problematisieren, ich wusste auch dass ich nicht die einzige queere Person in den Kursen war... Später habe ich dann selbst ein paar Semester Queer Studies unterrichtet und habe versucht, Praxis und Theorie zu verbinden, ich hatte viele Queers in meiner Sprechstunde, die mir ihre Probleme in anderen

*Kursen geschildert haben und dankbar waren, dass sich ein*e Dozent*in outet und als Vorbild fungiert.“*

Damit LSBTIQ*-Schüler*innen keine negativen Erfahrungen mehr machen müssen, ist es wichtig, über Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Unterricht aufzuklären, queeres Leben als Normalität auch in gesellschaftlichen, sprachlichen, mathematischen und künstlerischen Fächern zu zeigen.

Neben Diskriminierungserfahrungen wurde daher auch nach der Abbildung von Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Unterricht gefragt. Im Ergebnis berichtet nur ein Bruchteil der LSBTIQ*-Befragten, dass vielfältige Lebensformen Thema in der Schule war. Dabei rangieren die Werte je nach Unterrichtsfach.

Dass Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Biologie-Unterricht häufiger vermittelt wurden, sagen 15 % der Befragten, 85 % verneinen dies für ihre Schulzeit („kam kaum bis überhaupt nicht im Unterrichtsfach vor“). Für den Geschichtsunterricht verneinen dies sogar 96,9 % aller Befragten, für den Sozialkunde-Unterricht ebenfalls 96 %, für den Religionsunterricht 95 %, für den Kunstunterricht 97 %, für Textaufgaben im Mathe-Unterricht sogar 99 %. Im Sprachunterricht, Deutsch oder Englisch, sagen 7 % der Befragten, Vielfalt sei in Texten Gedichten etc. vorgekommen. Gezielte Themenwochen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt haben nach eigenen Angaben nur 5 % wahrgenommen. Auch einen Besuch von Gastredner*innen wie des Schulaufklärungsprojektes SCHLAU haben nur 4 % der Befragten häufiger erlebt.

Nun macht es Sinn, diese Angaben nach dem Alter der Befragten differenziert zu betrachten. Sowohl Schulaufklärungsprojekte und Themenwochen, als auch die sukzessive Modernisierung von Lehrplänen haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Ältere Generationen, so die Vermutung, werden noch seltener mit diesen Themen während ihrer Schulzeit konfrontiert worden sein. Tatsächlich wird das durch das Ergebnis bestätigt. So haben rund 22 %, respektive 21 % der 16 bis 20 Jährigen solche Themen im Biologie-, respektive Sprachunterricht häufiger behandelt. Auch unter den 21 bis 30 Jährigen liegt der Anteil deutlich höher als in den älteren Kohorten, wie die Abbildung zeigt.

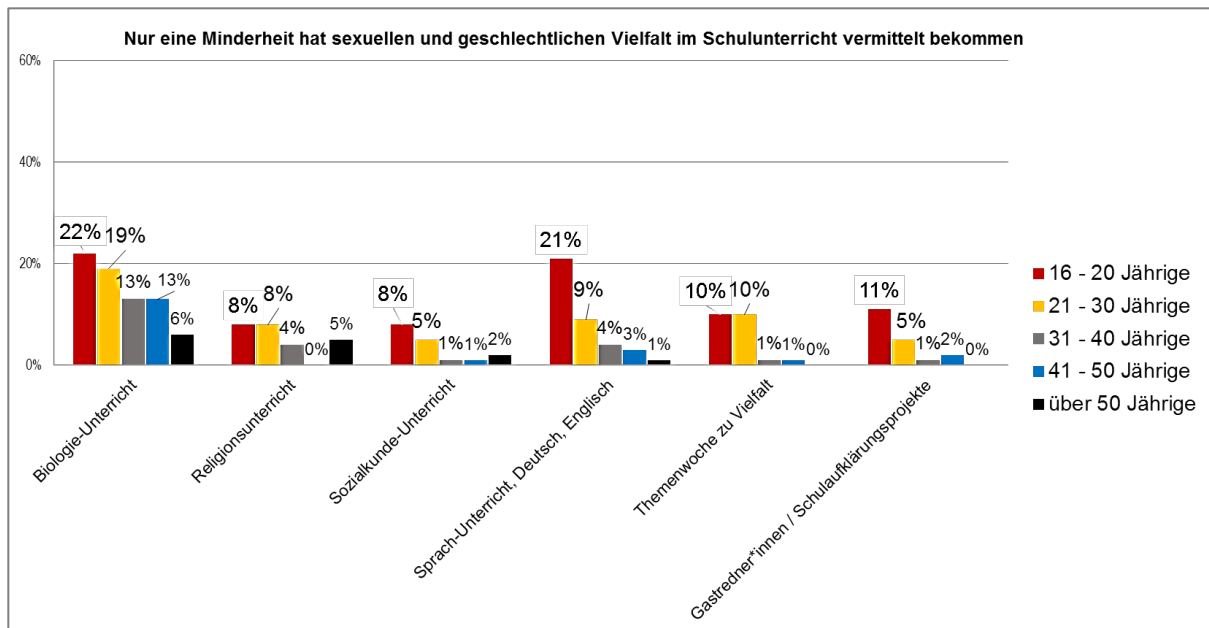


Abbildung 17: Anteil der Befragten mit Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Unterricht, je Fach und Altersgruppe

Fragewortlaut: „Wurden / werden während Ihrer Schulzeit Themen zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt im Unterricht vermittelt?“ Antwortoptionen: „nein, das kam kaum bis überhaupt nicht im Unterrichtsfach vor“; „ja, das kam häufiger im Unterrichtsfach vor“. Letztere hier abgebildet. N = 444 – 508.

Es bleibt allerdings festzuhalten, dass die deutliche Mehrheit selbst der jüngsten befragten Generation, der 16 bis 20 Jährigen, die im Jahr 2019 teilweise noch zur Schule gehen oder in den vergangenen zwei bis drei Jahren zur Schule gegangen sind, keinen häufigeren Kontakt zu Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Unterricht gehabt haben.

6.3 Arbeitswelt

Auf die Bildung folgt biografisch in der Regel der Lebensbereich „Arbeit“. Aus Studien¹⁷ ist bereits bekannt, dass insbesondere Trans*-Personen schwieriger Arbeit finden und am Arbeitsplatz häufiger Diskriminierungen durch Vorgesetzte, Kolleg*innen oder Kund*innen ausgesetzt sind. Daher wurden hier für Schleswig-Holstein zum einen der Erwerbsstatus, zum anderen die Erfahrungen in der Arbeitswelt untersucht.

Bei der Erwerbsquote fällt zunächst auf, dass ca. die Hälfte der befragten Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Pansexuellen bzw. Queeren angestellt, rund 10 % verbeamtet, rund 6 % selbstständig, rund 5 % im Ruhestand, und rund ein Drittel aktuell studierend sind. Die Arbeitslosenquote unter den befragten Lesben (4 %), Schwulen (3 %) und Bisexuellen (3 %) liegt mit 3,9 % fast auf Vollbeschäftigungsniveau. An dieser Stelle muss noch einmal betont werden, dass es sich hierbei nicht um repräsentative Zahlen für alle LSB* in Schleswig-Holstein handelt, da die Teilnahme an der Studie „Echte Vielfalt“ selbstselektiv war. Klar wird, dass bei gleichen Teilnahme-Voraussetzungen die Erwerbsquote der befragten Trans* und

¹⁷ Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017): "Out im Office?!" Erste Ergebnisse zur Arbeitssituation lesbischer, schwuler, bisexueller und Trans*-Beschäftigter in Deutschland. S. 13. Sowie: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2018): Queeres Brandenburg, S. 25.

Inter* deutlich schlechter ausfällt: Von ihnen sind nach eigenen Angaben aktuell 10 % arbeitslos.

Trans* und Inter* geben hier auch häufig an, von Diskriminierung am Arbeitsplatz betroffen zu sein – so werden 15 der 18 betroffenen Befragten regelmäßig oder häufig nicht im gewünschten Geschlecht angesprochen, gut jeder*em Zweite*n wird der Zugang zur Toilette des neuen Geschlechts verweigert. In der Summe geben 32 % der befragten Trans* und Inter* im öffentlichen Dienst und 45 % der in der Privatwirtschaft tätigen an, Diskriminierung am Arbeitsplatz zu erfahren. Hier scheint es vor allem bei Arbeitgebern in der freien Wirtschaft noch Aufklärungsbedarf in Sachen geschlechtlicher Vielfalt zu geben.

Insgesamt sagen 38 % der im öffentlichen Dienst tätigen LSBTIQ* sowie 26 % der in der Privatwirtschaft tätigen LSBTIQ*, dass sie am Arbeitsplatz diskriminiert werden / wurden. Damit gibt es auch im öffentlichen Dienst, der sich zumindest was die Landesregierung betrifft, im Landesaktionsplan gegen Homo- und Transphobie eine Selbstverpflichtung auferlegt hat, auf Basis dieser Befunde noch Umsetzungsschwächen.

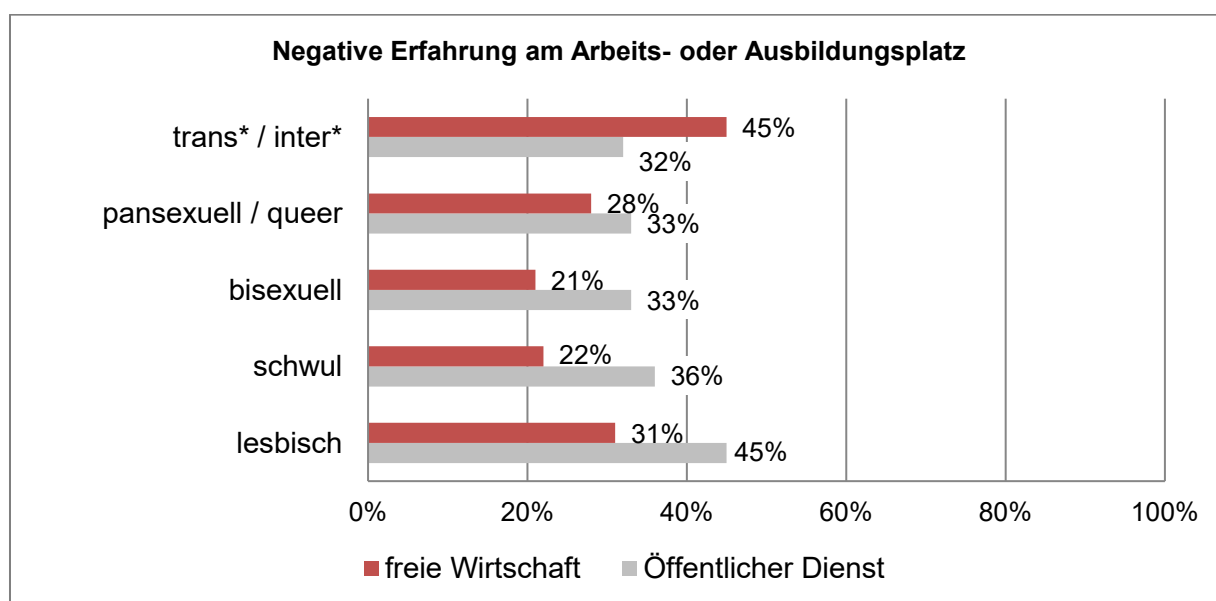


Abbildung 18: Anteil berichteter Diskriminierung am Arbeitsplatz
 Fragewortlaut: „Haben / hatten Sie aufgrund Ihrer sexuellen Orientierung und/oder Ihrer geschlechtlichen Identität negative Reaktionen an Ihrem Arbeits- oder Ausbildungsplatz erfahren?“ Antwortoptionen: ja / nein. Freie Wirtschaft: N = 250, öffentlicher Dienst: N = 152).

In immerhin gut der Hälfte der Fälle berichten die Betroffenen im öffentlichen Dienst, dass ihnen entweder Kolleg*innen (29 %), Vorgesetzte (4 %) oder Kolleg*innen und Vorgesetzte gemeinsam (18 %) beigestanden hätten. Das heißt aber auch, dass die andere Hälfte mit ihrer Situation alleine gelassen wurde. Die Zahlen für die Privatwirtschaft sind ähnlich, auf leicht niedrigerem Niveau: Hier standen in 61 % der Fälle niemand, in 5 % Vorgesetzte, in 21 % Kolleg*innen und in 12 % der Fälle Kolleg*innen und Vorgesetzte gemeinsam bei.

Dabei erleben Lesben, Schwule, Bisexuelle sowie Trans* und Inter* überraschend häufig dieselben Diskriminierungsformen. Schwule Befragte geben lediglich etwas häufiger an, dass über sie Witze gemacht sowie dass sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung nicht ernst genommen werden. Aufgrund der ähnlich hohen Diskriminierungs-Level werden im Folgende die Ergebnisse für alle Befragten pauschal berichtet:

Rund die Hälfte der Befragten im öffentlichen Dienst ist gegenüber allen Kolleg*innen und Vorgesetzten ungeoutet. In der Privatwirtschaft ist gut jede*r Dritte (37 %) am Arbeitsplatz ungeoutet. Auch hier scheint die Sorge um mögliche Diskriminierung, ähnlich den Befunden im Bildungsbereich, nicht unbegründet: Immerhin haben 79 % (Privatwirtschaft) bzw. 64 % (öffentlicher Dienst) bereits Tuscheleien, Witze oder Gerüchte zu ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität ertragen müssen. Fast zwei Drittel fühlen sich aufgrund dieser Merkmale regelmäßig oder mehrfach nicht ernst genommen. Ein Drittel (Privatwirtschaft) bis die Hälfte (öffentlicher Dienst) werden im Kollegenkreis ausgegrenzt. Je ca. ein Drittel glaubt, wegen der eigenen Orientierung bzw. Identität eine Stelle nicht bekommen zu haben. Ebenfalls recht häufig kommen sexuelle Belästigungen und Übergriffe vor – davon berichtet immerhin fast jede*r Fünfte. Ein Drittel der in der Wirtschaft tätigen sagt zudem, wegen Benachteiligungen, Ablehnungen und Ausgrenzungen gekündigt zu haben (nicht abgebildet).

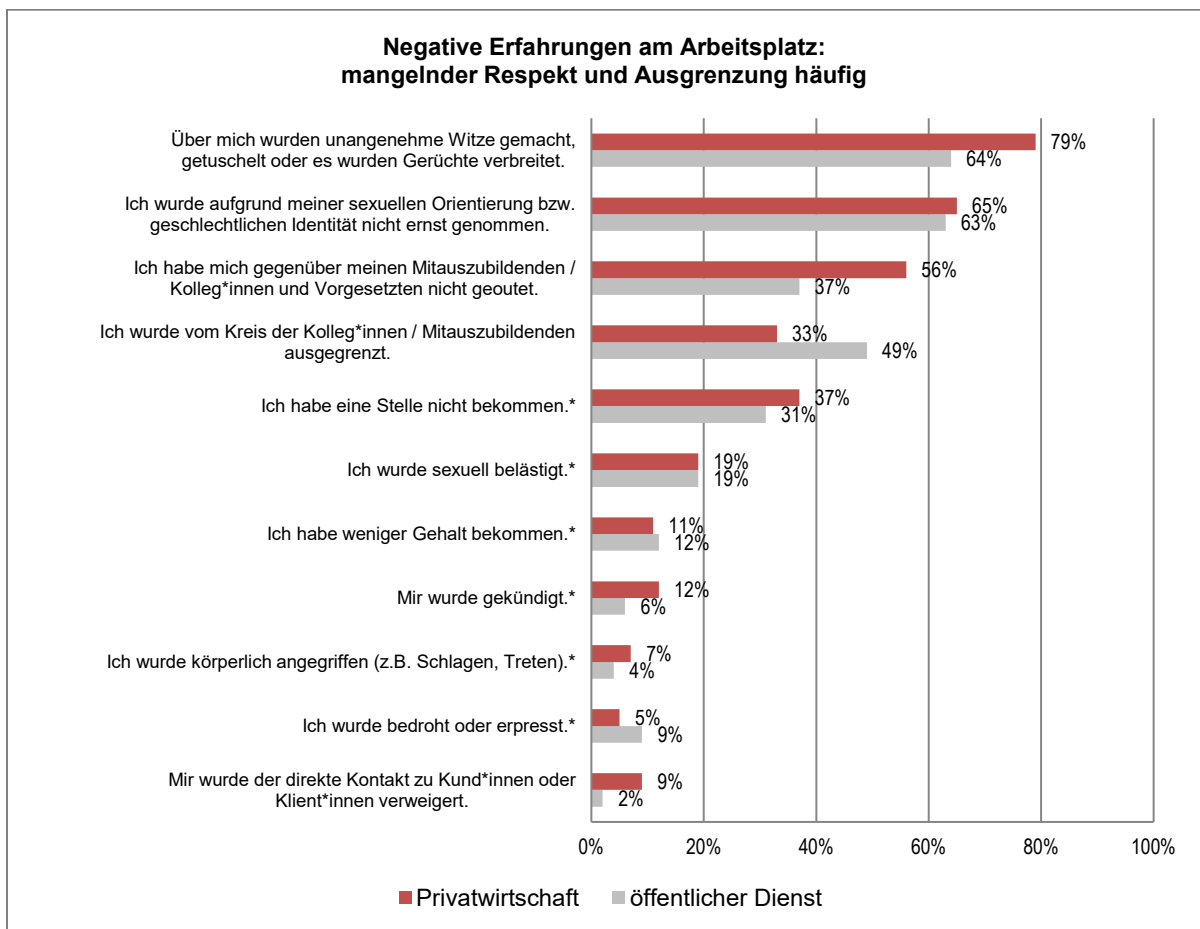


Abbildung 19: Diskriminierungsformen am Arbeitsplatz

Fragewortlaut: „Welche Art von negativen Reaktionen aufgrund Ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität haben Sie an Ihrem Arbeits- oder Ausbildungsplatz erfahren und wie häufig waren diese?“ Abgebildete Antwortoptionen: „regelmäßig“ sowie „mehrfach“; bei allen mit * gekennzeichneten harten Diskriminierungsformen inkl. der Nennung „einmal“. Freie Wirtschaft: N = 26 - 58, öffentlicher Dienst: N = 27 - 53.

6.4 Gesellschaftliche Teilhabe, Freizeit, Kultur und Sport

Neben Familie, Bildung und Arbeit ist der Freizeitbereich, der Besuch von Kultur- und Sportveranstaltungen für den Großteil der Menschen ein selbstverständlicher Bereich des Lebens.

Müssen LSBTIQ* im Echten Norden fürchten, in ihrer Freizeit negative Erlebnisse zu machen?

Von denjenigen Befragten, die sagen, dass sie in ihrer Freizeit eine kulturelle oder religiöse Veranstaltung / einen religiösen oder kulturellen Verein besuchen oder sich sportlich betätigen, gibt eine deutliche Mehrheit von 73 % an, keine Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität erfahren zu haben. Unter Trans* und Inter* liegt der Wert allerdings signifikant niedriger, bei 58 % ohne Diskriminierungserfahrungen.

Unter denjenigen, die Diskriminierung erfahren haben, ist es der Sportbereich, in dem die häufigsten negativen Erfahrungen gemacht wurden. Jede*r Fünfte (20 %) berichtet davon. Die Situationsschilderungen reichen von Witzen, über Ekel und Furcht in Umkleide- und Duschsituationen, bis hin zum faktischen Ausschluss vom Sport aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes und/oder Geschlechts:

- ❖ *[Schwuler Befragter] „Man ist nicht so stark oder schnell wie ‚echte‘ Männer obwohl man das gleiche stemmt, rennt und wiegt“.*
- ❖ *„Ich musste mich auf der Toilette umziehen, da die Männer Angst hatten, ich gehe ihnen an die Wäsche.“*
- ❖ *„Mit der gehe ich nicht duschen, die steht auf Frauen“.*
- ❖ *[Trans*-Befragte*:] „Beschimpfungen während mehrerer Fußballspiele (‚Schwuchtel, das ist ein Junge, der darf gar nicht in einer Mädchenmannschaft spielen, er soll sich ausziehen und zeigen, dass er ein Mädchen ist...‘)“*
- ❖ *„Das Problem Umkleiden für mich als Transperson wurde in meinem Verein nie wirklich geklärt!“*

Beinahe genauso viele Befragte (19 %) berichten, dass sie während der Religionsausübung bzw. im religiösen Kontext Diskriminierung erfahren haben. Auch hier geben die offenen Antworten Einblick in den teilweise hohen individuellen Leidensdruck, wie auch in strukturell benachteiligende Mechanismen.

- ❖ *„In Predigten werden gleichgeschlechtliche Paare verurteilt.“*
- ❖ *„Ich stehe allein im Taufregister, der katholische Pfarrer, der unseren Sohn getauft hat, lehnte es ab, meine Frau auch einzutragen.“*
- ❖ *„Seelsorger-Gespräche zum umpolen“*
- ❖ *„Die Bezeichnung von Homosexualität als krank und falsch.“*
- ❖ *„Ich war katholisch bzw. bin katholisch sozialisiert. Menschen inkl. die gesamte Leitung der Organisation sind offen homophob. Auf Gemeindeebene auch viele gute Erfahrungen. Aber religiös motivierter Hass gegenüber Schwulen usw. ist noch Gang und Gäbe. Sowohl unter einzelnen Amtspersonen als auch unter ‚Gläubigen‘.“*
- ❖ *„Mir wurde gesagt, dass ich mich mit meinem Körper abfinden müsse, schließlich habe Gott gewollt, dass ich ein ‚Mann‘ sei. Mir wurde mehrfach gesagt, dass ich mich wider der von Gott geschaffenen Natur stelle.“*

Im kulturellen Bereich haben 9 % der Befragten negative Erfahrungen gemacht. Entsprechend wenig konkrete Beispiele wurden genannt, einige bei kulturellen Großveranstaltungen wie der Kieler Woche, andere beim Feiern und Tanzen.

- ❖ *„Tanzen, sexuelle Belästigung, ‚brauchst mal einen echten Mann‘.“*
- ❖ *„Insbesondere beim Feiern scheinen Männer zu denken, dass wir sie mit unserem Händchen halten oder Küssen nur aufreißen wollen und werden teilweise schon sehr bedrängt, sowohl verbal als auch körperlich.“*

- ❖ „Auf die Frage nach einer All-Gender-Toilette wurde ich auf die behindertengerechte Toilette verwiesen - mehrfach bei Großveranstaltungen (Kieler Woche, Rum-Regatta etc.)“

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Befragten vergleichsweise wenig Diskriminierung im Bereich Freizeit, Sport, Kultur und Religion erleben.

6.5 Gesundheit, Alter und Pflege

Der Gesundheitsbereich ist eines der wichtigsten Felder für das persönliche Wohlergehen aller Menschen im Land und ein Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Anspruch auf eine gute Gesundheitsversorgung und den Wunsch nach einem respektvollen Umgang haben alle Patient*innen. Das Land kann den individuellen Kontakt nicht beeinflussen. Es kann aber für eine gute, kompetente Ausbildung des ärztlichen und pflegerischen Personals durch Vorgabe von Lehrplänen sorgen. Fachwissen über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen adäquat behandelt werden können.

Je nach medizinischem Fachgebiet ist das Wissen um die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität der Patient*innen unterschiedlich wichtig. Für die Behandlung bei Zahnärzt*innen zum Beispiel sind sie kaum relevant. Bei Frauenärzt*innen bzw. Urolog*innen oder dem persönlichen Hausarztbesuch hat die Kenntnis durchaus große Relevanz für die Diagnostik und Behandlung. In der Studie wurde deswegen zunächst gefragt, ob die Befragten ihre sexuelle Orientierung / geschlechtliche Identität gegenüber dem medizinischen bzw. therapeutischen Personal bei Allgemein-, Haus-, Haut- und Frauenärzt*in / Urolog*in erwähnt haben. Das bejahen 51 %, in 49 % der Fälle kann das medizinische Personal demnach nichts über eine ggf. spezielle Behandlungssituation wissen.

Dies liegt, wie die Ergebnisse andeuten, nur zu einem Teil am medizinischen Personal selbst. „Ich habe das Klima als positiv und offen wahrgenommen, so dass ich jederzeit von meiner sexuellen Orientierung / geschlechtlichen Identität berichten konnte“ sagen immerhin 69 % der befragten LSBTIQ*. Bei den übrigen 31 % der Fälle ist es bedenklich, dass eine Vertrauensbasis für ein medizinisch ggf. relevantes Outing nicht gegeben ist.

Welche Folgen das haben kann, ist einem großen Teil der Befragten nicht nur bewusst, sie haben es auch am eigenen Leib erfahren: Dass sie bei einem besonderen Bedarf aufgrund ihrer sexuellen Orientierung / geschlechtlichen Identität¹⁸ kompetent informiert und beraten wurden, dem stimmt nur eine deutliche Minderheit von 34 % zu. Fast zwei Drittel der befragten LSBTIQ* sagen, keine adäquate Beratung erhalten zu haben.

¹⁸ Für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen haben medizinische Studien jeweils besondere Bedarfe u.a. im Bereich des Kinderwunsches, der sexuell übertragbaren Krankheiten, der psychischen Gesundheit sowie des Nikotin- und Alkoholmissbrauchs und dadurch begünstigten Herz-Kreislauf-Erkrankungen festgestellt. Vgl. als Übersichtsartikel zum Stand der Forschung: Institute of Medicine (2011): The Health of Lesbian, Gay, Bisexual, and Transgender People: Building a Foundation for Better Understanding.

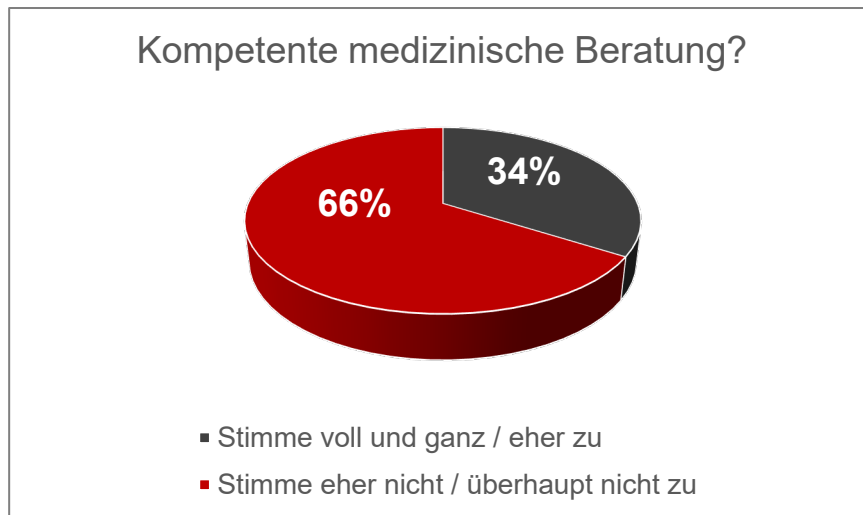


Abbildung 20: Anteil kompetent beratender Befragter bei medizinischem Bedarf
 Fragewortlaut: „Ich wurde bei einem besonderen Bedarf aufgrund meiner sexuellen Orientierung / geschlechtlichen Identität kompetent informiert und beraten“ N = 224.

Ein Blick in die offenen Angaben der Befragten zeigt, dass dafür in vielen Fällen Unkenntnis und mangelnde Ausbildung des medizinischen Personals verantwortlich gemacht werden (siehe unten).

Diese mangelnde Information bei besonderem Beratungsbedarf trifft – etwas überraschend – stärker auf das Merkmal sexuelle Orientierung zu als auf geschlechtliche Identität. So fühlen sich 67 % der LSB, 61 % der TI* nicht kompetent beraten. Die Quote ist unter Bissexuellen (77 %), Pansexuellen (69 %) nochmals höher, als bei Lesben (66 %) und wiederum bei Schwulen (52 %). Im Umgang mit all diesen Gruppen, im Besonderen mit Bissexuellen, scheint für das medizinische Personal in Schleswig-Holstein noch großer Schulungsbedarf zu bestehen.

Trans*-Personen berichten dafür häufiger von größerer Unsicherheit in den Reaktionen auf ihre geschlechtliche Identität (52 % Zustimmung, unter LSB 16 %), sowie explizit negativen Reaktionen im Gesundheitswesen. So berichten 40 % der TI*, dass Ärzt*innen ihre Identität als Krankheit oder Störung bezeichnet hätten (3 % bei Lesben, Schwulen und Bissexuellen). Dass die Identität oder Orientierung absichtlich tot geschwiegen oder ignoriert worden wäre, geben insgesamt 13 % an. Ebenso viele berichten von unangenehmen Fragen dazu. Als weitgehend positiv ist zu werten, dass bei 73 % Partner*innen selbstverständlich als Angehörige akzeptiert wurden.

- ❖ *„Bei einem Krankenhausaufenthalt war alles ok. Mein Mann wurde ganz selbstverständlich nach einer OP informiert.“*
- ❖ *„Nicht unbedingt aktive Diskriminierung - eher ein ‚nicht-auf-dem-Schirm-haben‘ der sexuellen Orientierung (Hepatitis B bspw.)“*
- ❖ *„Bei der gynäkologischen Behandlung wurde ich komisch behandelt als ich sagte, ich bin in einer Beziehung mit einer Frau und wünsche mir Beratung zu Verhütungsmitteln und Geschlechtskrankheiten. Die Ärztin fühlte sich nicht kompetent und verwies mich an eine Beratungsstelle.“*
- ❖ *[Trans*-Befragte:] „Beim Frauenarzt: Ohne, dass ich gefragt hatte/das Thema angesprochen hatte, sagte der Arzt: ‚Ach ja, und ich verschreibe Ihnen noch die Pille, wir kriegen das männliche an Ihnen schon weg und machen ne ganz hübsche Deern aus Ihnen.‘...“*

- ❖ *„Einmal wurde in einer medizinischen Einrichtung ohne mein Wissen oder Einverständnis ein HIV-Test durchgeführt, der nicht in erkennbarem Zusammenhang zum Anlass des Besuchs stand und meiner Ansicht nach durchgeführt wurde, weil ich mit meinem Partner da war.“*
- ❖ *„Es ist sehr schwer einen Therapeuten zu finden, welcher sich mit transgener Themen auskennt. Mein jetziger Therapeut hat kaum Erfahrung mit dem Thema und auch offensichtlich kein Training auf dem Gebiet. Immerhin steht er dem Ganzen positiv gegenüber. Es ist trotzdem schade, wenn die Zukunft deines Lebens von einer nicht qualifizierten Person abhängt. Mein Endokrinologe hat hingegen viel Erfahrung und Training auf dem Gebiet und ich fühle mich dort sehr gut aufgehoben. Auch meine Hausärztin kennt sich überraschend gut aus.“*
- ❖ *„Das Aufrufen im Wartezimmer mit der ‚falschen‘ Anrede outet mich unfreiwillig öffentlich.“*
- ❖ *Ich wurde sogar schon als Frau aufgerufen und angesprochen, als meine Krankenkassen-Karte das noch nicht widerspiegelte! Das habe ich als sehr positiv empfunden!*
- ❖ *„Ich gehe nicht zum Arzt, weil die Vorstellung, von einem ‚Experten‘ nicht als das Gender angesehen zu werden, das ich bin, mich mehr verunsichert als meine gesundheitlichen Probleme, und ich weiß nicht, ob oder welche transfreundlichen Ärzte es in meiner Umgebung gibt“*

Neben dem allgemeinen Gesundheitsbereich wurden Fragen speziell zur Pflege und dem Alter gestellt. Gut 12 % der befragten LSBTIQ* geben an, einen besonderen Unterstützungsbedarf aufgrund ihres Alters, einer Behinderung oder einer schweren oder chronischen Krankheit zu haben. Darunter sind 48 Befragte mit schwerer oder chronischer Krankheit, 22 Befragte mit einer Behinderung und 3 Befragte mit altersbedingten Einschränkungen (Mehrfachnennungen waren möglich). Dies zeigt, dass für einen nicht geringen Teil der Menschen neben der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität auch andere Herausforderungen bestehen. Wie jeder Mensch haben sie mehrdimensionale Persönlichkeitsmerkmale und können potentiell Opfer von Mehrfachdiskriminierung werden. Politik und Selbsthilfegruppen müssen auch diese komplexen Konstellationen in ihren Angeboten berücksichtigen.

Nach ihren Erfahrungen im Bereich der Pflege, Betreuung oder speziellen Wohnformen für Ältere und eingeschränkte Personen gefragt, sagt die große Mehrheit dieses Personenkreises von 91 %, dass sie vom Personal respektvoll behandelt wurden / werden. Rund zwei Drittel berichten von positivem Klima: Bei 72 % wurden Partner*innen selbstverständlich als Angehörige betrachtet; 67 % konnten gegenüber anderen Bewohner*innen von ihrem Leben und ihren Beziehungen erzählen; 62 % konnten darüber offen mit dem Fachpersonal sprechen.

Ähnlich dem Gesundheitsbereich berichten die Betroffenen auch hier, dass ein Mangel an Kompetenz bzw. Schulung bestünde. Nur gut jede*r Dritte sagt, das Fachpersonal sei ausreichend für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt geschult, 64 % verneinen dies. So reagierte das Fachpersonal auch in 39 % der Fälle unsicher. 21 % wurden unangenehme Fragen zu ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität gestellt, bei 14 % wurden diese absichtlich ignoriert oder tot geschwiegen; und 12 % der Pflegenden hätten diese als Krankheit oder Störung bezeichnet.

Ein letzter empirischer Befund gibt Anlass, nachzudenken, wie die Gruppe älterer, chronisch kranker und pflegebedürftiger LSBTIQ* besser über spezielle Angebote informiert werden

kann: Auf die Frage, ob ihnen pflegerische / betreuerische Dienste oder spezielle Wohnformen für LSBTIQ* bekannt seien, sagen 16 % ja, drei Vierteln sind diese unbekannt (Rest: weiß nicht).

Ungeachtet des Alters wurden alle Befragten offen danach gefragt, was sie sich für das Wohnen als LSBTIQ* im Alter wüssten. Die 263 Antworten, von denen einige auszugsweise dargestellt sind, lassen sich grob in drei Kategorien gruppieren: Erstens in solche, die ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität in einem Pflegeheim wohnen möchten, wie Heterosexuelle auch. Sie betonen dabei vor allem die Wichtigkeit von Respekt und kompetentem Umgang des Pflegepersonals. Zweitens solche, die in einem Wohnprojekt ausschließlich für Schwule oder ausschließlich für Lesben bzw. ausschließlich für ihre spezifische Gruppe wohnen möchten, um in einem sicheren Raum Gleichgesinnter alt zu werden; drittens eine Gruppe, die in einem gemischten Regenbogen-Wohnprojekt wohnen möchten, in dem Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* zusammenleben, gerne auch generationenübergreifend. Folgende Übersicht zeigt einige der offenen Angaben:

- ❖ *„Wahrscheinlich das, was sich alle unabhängig ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechts wünschen. Würdevolles Altern, möglichst lange selbstbestimmt und wenn ich Hilfe brauche, diese zu bekommen, ohne dass mein ‚Lebensstil‘ als seltsam betrachtet wird.“*
- ❖ *„Neben einer Pflege, die auch diesem Namen verdient (aber anderes Thema :-), wünsche ich mir eine offene Haltung, in der mein Lebensweg als wertvoll angesehen wird, wie auch die anderer Personen. Ich möchte über mein Leben reden können ohne Angst, abgewertet zu werden. Auch sollte meine Sexualität/Romantik lebbar sein, wenn sich die Gelegenheit ergibt. Ich wäre gern nicht der einzige Mensch, der lsbtiq* ist - aber es muss keine gesonderte Station sein - es gibt ja auch tolle cis-hetero Menschen.“*
- ❖ *„Lesbenwohnprojekt als genossenschaftliche Angebot / auch für kleine Budgets“*
- ❖ *„Einen großen Resthof auf dem Land, barrierefrei modernisiert, viele nette, unterschiedliche Menschen Wie ein Kinderheim, bloß halt für ältere, hilfebedürftige Menschen :)“*
- ❖ *„Für den Fall, dass ich einmal in einem Altersheim landen werde, wünsche ich mir natürlich, dass die Pflegekräfte dort entsprechend geschult und informiert sind, damit sie entsprechend mit transidenten Menschen (besonders mit denen ohne Geschlechtsangleichende Operation) ordentlich umgehen.“*
- ❖ *„Alten- und Pflegeheime und deren Mitarbeiter müssen speziell geschult werden. Prüfsiegel erarbeiten. Es sollte über LGBTIQ*-Wohngruppen nachgedacht werden.“*
- ❖ *„Wir müssen uns darüber Gedanken machen, dass Schwule im Pflegefall oder im vorangeschrittenen Alter bei betreutem Wohnen ein anderes Pflegekonzept brauchen. Stichwort Seniorenresidenz für Schwule. Würde bei dem Thema auch aktiv mitarbeiten.“*

6.6 Polizei und Justiz

Dem Polizei- und Justizbereich kommt bei den geschilderten Diskriminierungserfahrungen eine wichtige Rolle zu. Umso entscheidender ist es zu wissen, ob sich lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen in Schleswig-Holstein bei derartigen Übergriffen vertrauensvoll an Polizei und Justiz wenden können. Gesetzlich ist dies bei fast allen abgefragten Diskriminierungsformen der Fall. Praktisch aber zeigen viele Studien, dass – wie bei anderen Opfern auch – nicht jede Straftat gemeldet wird und dass in der LSBTIQ*-Community im Besonderen Vorbehalte gegenüber den Strafverfolgungsbehörden andauern.

Die Befragung „Echte Vielfalt“ gibt nun erstmals Einblick in Zahlen aus Schleswig-Holstein. Die Fragen und Antworten umfassen die Häufigkeit von Übergriffen auf LSBTIQ*, die Anzeigequote bei der Polizei, Erfahrungen mit Polizei und Justiz sowie Hinderungsgründe bei denjenigen Befragten, die trotz Gewalterfahrung keine Anzeige erstattet haben.

Das Kernergebnis: 16 % – also jede*r sechste LSBTIQ*-Befragte – hat nach eigenen Angaben innerhalb der vergangenen fünf Jahre psychische, körperliche oder sexuelle Gewalt oder eine andere Straftat aufgrund der eigenen sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität erfahren. Damit liegt die Quote der schleswig-holsteinischen Befragten, die Opfer von Gewalt oder Verbrechen geworden sind, auf absolut vergleichbarem Niveau mit den Ländern Brandenburg (Befragung im Jahr 2017: ebenfalls jede*r Sechste betroffen) sowie Baden-Württemberg (2014, dito).

Dabei fällt auf, dass Trans* und Inter* nach eigenen Angaben leicht häufiger Opfer von Straftaten in Schleswig-Holstein werden. Jede*r vierte bis fünfte (22 %) berichtet davon. Auch Lesben geben eine häufigere Betroffenheit an; 21 % der lesbischen Befragten sind in den vergangenen fünf Jahren Opfer einer Straftat geworden. Demgegenüber berichten das nur 14 % der schwulen Befragten.

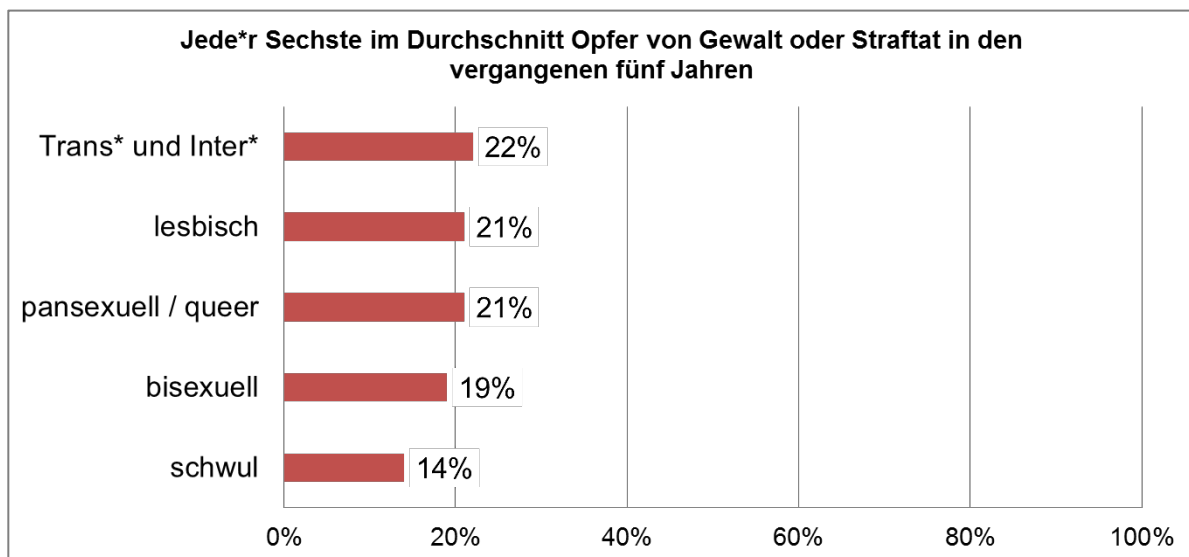


Abbildung 21: Anteil der Opfer von Straftaten in den vergangenen fünf Jahren
 Fragewortlaut: „Haben Sie in den letzten 5 Jahren psychische, körperliche oder sexuelle Gewalt oder ein anderes Verbrechen aufgrund Ihrer sexuellen Orientierung und/oder Ihrer geschlechtlichen Identität erfahren [...]“? N = 514.

Daneben fällt auf, dass im Stadt/Land-Vergleich die berichtete Opferrate in Orten unter 5.000 Einwohner*innen mit 23 % am höchsten ist, Dörfer damit die häufigsten Orte der Straftaten bilden. Auch Altersunterschiede werden in dieser Frage sichtbar. Mit 22 % Opfern ist die Altersklasse über 50 Jahren am häufigsten betroffen (wobei diese Unterschiede statistisch nicht alleine darauf zurückzuführen sind, dass diese Altersgruppe häufiger in Orten unter 5.000 Einwohner*innen lebt).

Was passiert in all diesen Fällen? Von den Befragten mit Gewalt- oder anderweitigen Viktimisierungserfahrungen in Schleswig-Holstein hat nur eine deutliche Minderheit, nämlich 26 %, Polizei oder Justiz eingeschaltet. Das heißt im Umkehrschluss, dass drei Viertel der Betroffene

nen keine Anzeige erstattet haben. Diese niedrige Anzeigequote ist auch aus anderen Bundesländern bekannt (siehe Abbildung). Schleswig-Holstein liegt hier gemeinsam mit Rheinland-Pfalz am unteren Ende der Anzeigebereitschaft.

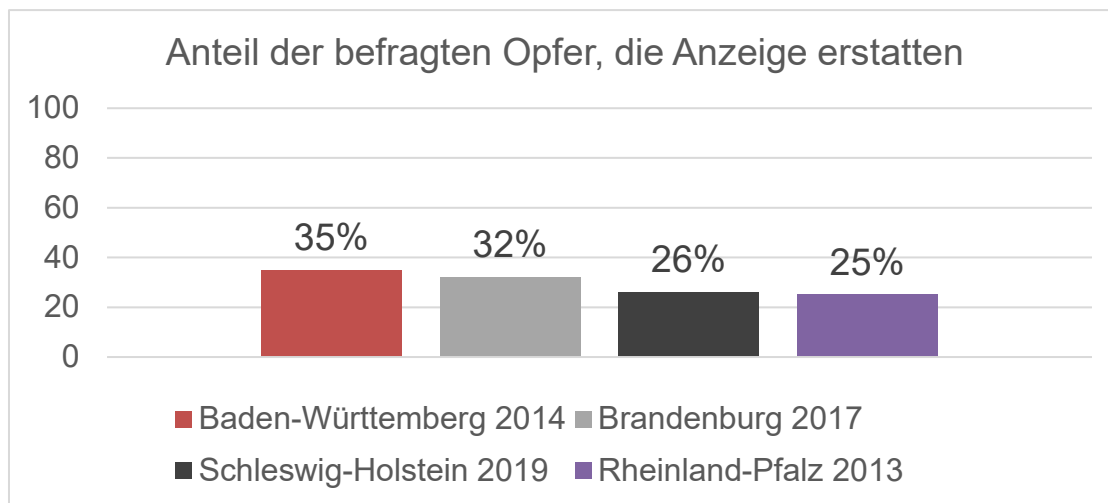


Abbildung 22: Anzeigequoten im Bundesland-Vergleich
Fragewortlaut siehe oben. Dargestellte Antwortoptionen: Ja, und die Polizei und/oder Justiz / und/oder Anwält*in eingeschaltet. N in SH = 81.

Dabei sind schwule Opfer in Schleswig-Holstein etwas häufiger zur Polizei gegangen (35 %), als lesbische sowie bisexuelle (jeweils 25 %), trans* und inter* (21 %) und pansexuelle (13 %) Opfer. Da die Fallzahlen je Identität zwischen 8 und 28 Befragten liegen, sind diese Unterschiede von einigen Prozentpunkten allerdings nicht überzubewerten.

Die Anzeigequote hängt weder systematisch mit dem Bildungsstand, noch mit der Wohnortgröße der Befragten zusammen. Dafür ist, unter Beachtung niedriger Fallzahlen (81 Befragte, die sich auf die Altersklassen verteilen), zu erkennen, dass die Anzeigequote unter 16 bis 20 Jährigen mit 15 % sowie unter 21 bis 30 Jährigen mit nur 12 % deutlich niedriger ist, als unter 31 bis 40 Jährigen (44 %) und 41 bis 50 Jährigen (57 %). In der ältesten Befragtengruppe der über 50 Jährigen liegt sie wiederum im Mittel bei 25 %. Auf Basis dieser Zahlen lässt sich vorsichtig sagen, dass gerade bei jüngeren LSBTIQ* im Land noch mehr Aufklärungsarbeit über Anzeigemöglichkeiten bei und Vertrauen zur Polizei nötig scheint.

Die Daten der Befragung geben auch einen guten Einblick in die Ursachen der niedrigen Anzeigebereitschaft. So gibt es eine Reihe von Hinderungsgründen, die auf alle, das heißt auch auf heterosexuelle cisgeschlechtliche Bürgerinnen und Bürger zutreffen können. Dazu gehört die Aussage, „ich dachte, die Ermittlungen würden sowieso nichts bringen“ – das sagen mit 93 % die meisten Betroffenen. Für 88 % hätte eine Anzeige einen hohen persönlichen Aufwand ohne einen entsprechenden Nutzen bedeutet. Gut jede*r Zweite sagt aus, Angst vor weiteren Repressalien durch die Täter*innen gehabt und deswegen nicht zur Polizei gegangen zu sein.

Eine zweite Reihe von Gründen aber scheint speziell für LSBTIQ* besondere Hinderungsgründe darzustellen. So befürchteten 24 % ein ungewolltes Outing, wenn sie Anzeige erstat-

tet hätten. Knapp jede*r Zweite gibt an, „ich habe mich geschämt, der Vorfall war mir peinlich“. Hier könnte Polizeiarbeit ansetzen und Angst vor Outings und Scham durch Zusicherung von Anonymität und Vertraulichkeit¹⁹ nehmen.

Eine andere, jüngere Bestrebung des Landes, nämlich seit September 2018 durch Ansprechpersonen für LSBTIQ*-Belange bei der Polizei eine höhere Anzeigequote zu erreichen, bedarf offensichtlich noch weiterer Werbung. Für 59 % der Befragten war es in den letzten fünf Jahren ein Hinderungsgrund, dass ihnen keine geeignete Ansprechperson bei der Polizei/Justiz bekannt war. Eine Aufgabe der LSBTIQ*-Ansprechpersonen ist es auch, Sensibilität und Wissen über strafrechtliche Relevanz verschiedener Handlungen zu schaffen. Dass dies eine sinnvolle Aufgabe ist, wird dadurch unterstrichen, dass 56 % der Befragten als Hinderungsgrund angeben, die Tat sei ihnen nicht als strafrechtlich relevant erschienen. Weitere 56 % haben sich schlicht nicht getraut.

Interessant ist, dass es eine dritte Art von Hinderungsgründen gibt, nämlich Befürchtungen, wie die Polizei reagieren würde (bei rund 50 Personen abgefragt, die keine Anzeige erstattet haben). Sie stehen in starkem Kontrast zu den tatsächlichen Erfahrungen derer (18 Personen), die Anzeige bei der Polizei erstattet haben. Die folgende Grafik veranschaulicht diese Diskrepanz: So hatten ganze 83 % die Befürchtung, dass die Angelegenheit bei der Polizei nicht ernst genommen worden wäre – und gingen deswegen nicht zu einer Wache. Demgegenüber sagen zwei Drittel derjenigen, die zur Polizei gegangen sind, dass sie dort ernst genommen wurden. Ebenso viele fühlten sich respektvoll behandelt. Und während jede*r Zweite Sorge hatte, durch die Polizei selbst diskriminiert zu werden, sagen 71 %, dass ihr Fall sachlich und kompetent bearbeitet wurde. Nur ein Viertel der Befragten gibt die negative Erfahrung an, die Polizei habe die Anzeige nicht aufgenommen (Gründe dafür nicht erfragt).

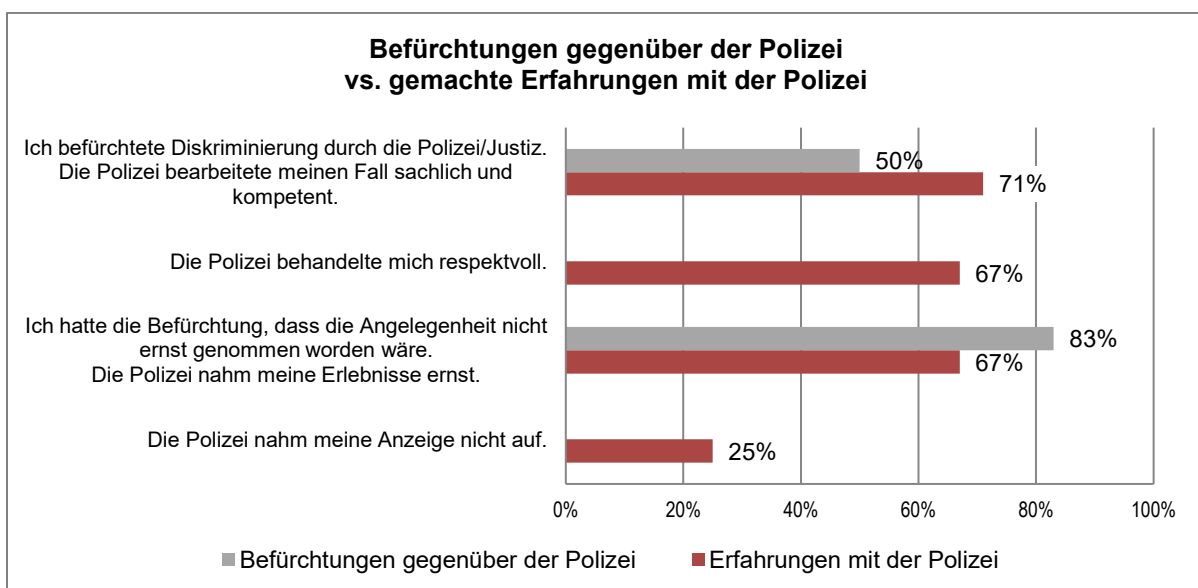


Abbildung 23: Erfahrungen vs. Befürchtungen gegenüber der Polizei

¹⁹ Hinweis: Die Zusicherung von Vertraulichkeit liegt nicht im Ermessen der Polizei. In begründeten bestimmten Fällen, z.B. der Schwerekriminalität oder Organisierten Kriminalität, kann die Staatsanwaltschaft beim zuständigen Gericht die vertrauliche Behandlung der Zeugenaussage beantragen. Eine Anonymität von Prozessbeteiligten kommt in einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht in Betracht.

Fragewortlaut: „Welche Erfahrungen haben Sie bei der Bearbeitung Ihres Falls mit der Polizei gemacht?“ (n= 11-12, trifft voll und ganz/weitgehend zu); sowie Frage „Warum haben Sie die Polizei / Justiz / Anwält*in nicht eingeschaltet? Antworten: „trifft voll und ganz/weitgehend zu“. N = 49 – 56 unter nicht-Meldern, 16 – 18 unter Meldern.

Diese Diskrepanz zwischen Befürchtungen und mehrheitlich positiven tatsächlichen Erfahrungen mit der Polizei und dem Rechtswesen ist ein weiterer Hinweis darauf, wie wichtig gezielte Vertrauensarbeit mit der LSBTIQ*-Community ist. Insgesamt lässt sich aus diesem Kapitel ein Handlungsbedarf ableiten, um Straftaten gegenüber LSBTIQ* im Land zu reduzieren und, im Falle von erlittenen Straftaten, die Anzeigenquote zu erhöhen.

7. Erfahrungen der Angehörigen von LSBTIQ*

Die bisher in diesem Bericht geschilderten Ergebnisse basieren auf den Antworten befragter LSBTIQ* in Schleswig-Holstein. Um zu untersuchen, ob auch ihre Familien, ihre Eltern, Geschwister, Kinder oder weiteren Verwandten mit Vorurteilen und Diskriminierung zu kämpfen haben, hat sich die Befragung auch an Familienangehörige von LSBTIQ* im Land gerichtet. Ihre Erfahrungen und Einstellungen werden in diesem Kapitel geschildert.

Zunächst wird das Verwandtschaftsverhältnis der befragten Angehörigen zu ihrem LSBTIQ*-Familienmitglied beleuchtet, um so ein Gefühl dafür zu bekommen, wie die Antworten der Angehörigen einzuordnen sind. Denn es lässt sich vermuten, dass enge Verwandte, beispielsweise Eltern oder Kinder, anders antworten als entfernte Verwandte, wenn sie von den Erfahrungen in ihrem Umfeld berichten.

7.1 Status der Angehörigen zu ihrem Familienmitglied

Neben 587 LSBTIQ* haben – erstmalig für eine vergleichbare Studie auf Bundeslandebene – auch 175 Schleswig-Holsteiner*innen, die eine*n schwulen, lesbische, bisexuelle*n, trans*, inter* oder queeren Verwandte*n haben, an der Befragung „Echte Vielfalt“ teilgenommen. Da mit ihren Antworten Neuland betreten wird, fehlen Vergleichsdaten zu ihrer Einordnung.

Aus einer deutschlandweit repräsentativen Befragung von 2.000 Bürger*innen aus dem Jahr 2015 ist allerdings bekannt, dass eine große Mehrheit der Schleswig-Holsteiner*innen im Umfeld auf homosexuelle Menschen trifft. Nur knapp ein Viertel der Repräsentativbefragten 2015 gibt an, keine schwulen oder lesbischen Kontakte zu haben.²⁰

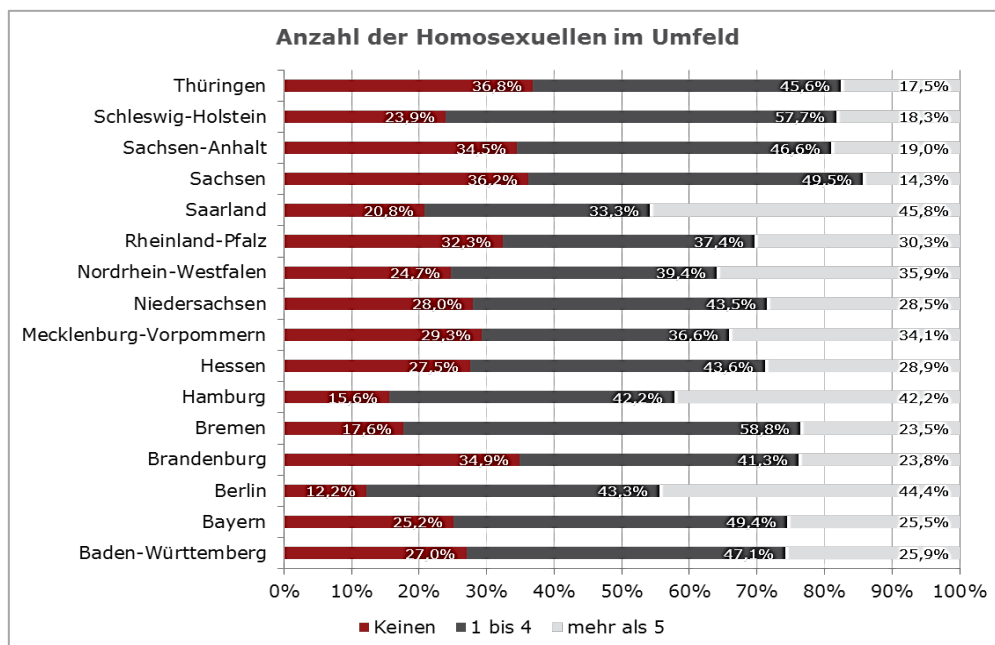


Abbildung 24: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung 2015 zu sexueller Vielfalt im Bekanntenkreis (Quelle: Change Centre Foundation 2015) N = 2.000

²⁰ Vgl. Change Centre Foundation (2015): Queeres Deutschland 2015. Zwischen Wertschätzung und Vorbehalten.

Der Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ist damit kein Thema für eine kleine Minderheit. Mindestens die Perspektive der direkten Verwandten von LSBTIQ* in einem Pilot-Studienteil zu beleuchten, scheint vor dem Hintergrund dieser Zahlen lohnenswert.

Von den an der Befragung Echte Vielfalt teilnehmenden 175 Angehörigen haben nun 133 zunächst darüber berichtet, in welchem Verwandtschaftsverhältnis sie zu ihrem LSBTIQ*-Familienmitglied stehen. Sofern mehr als ein Familienmitglied zur Gruppe der LSBTIQ* gehört, was aus einigen Antworten der befragten Angehörigen sichtbar wird, wurde gebeten, die Angabe auf das am nahe stehendste Familienmitglied zu beziehen.

Die meisten Angehörigen berichten von einem*r LSBTIQ*-Cousin*e in ihrer Familie, gefolgt von Geschwistern und Tanten/Onkeln. Mit 5,3 % (7 Befragte) haben überraschend wenige Eltern teilgenommen. Summiert man Eltern, Kinder und Geschwister, zeigt sich, dass sie eine Minderheit unter den Befragten bilden. Die Mehrheit der Angehörigen steht in keinem engen Verwandtschaftsverhältnis („Kernfamilie“) zu ihrem Verwandten, was Auswirkungen auf das Antwortverhalten haben kann. Siehe dazu Kapitel 7.1.

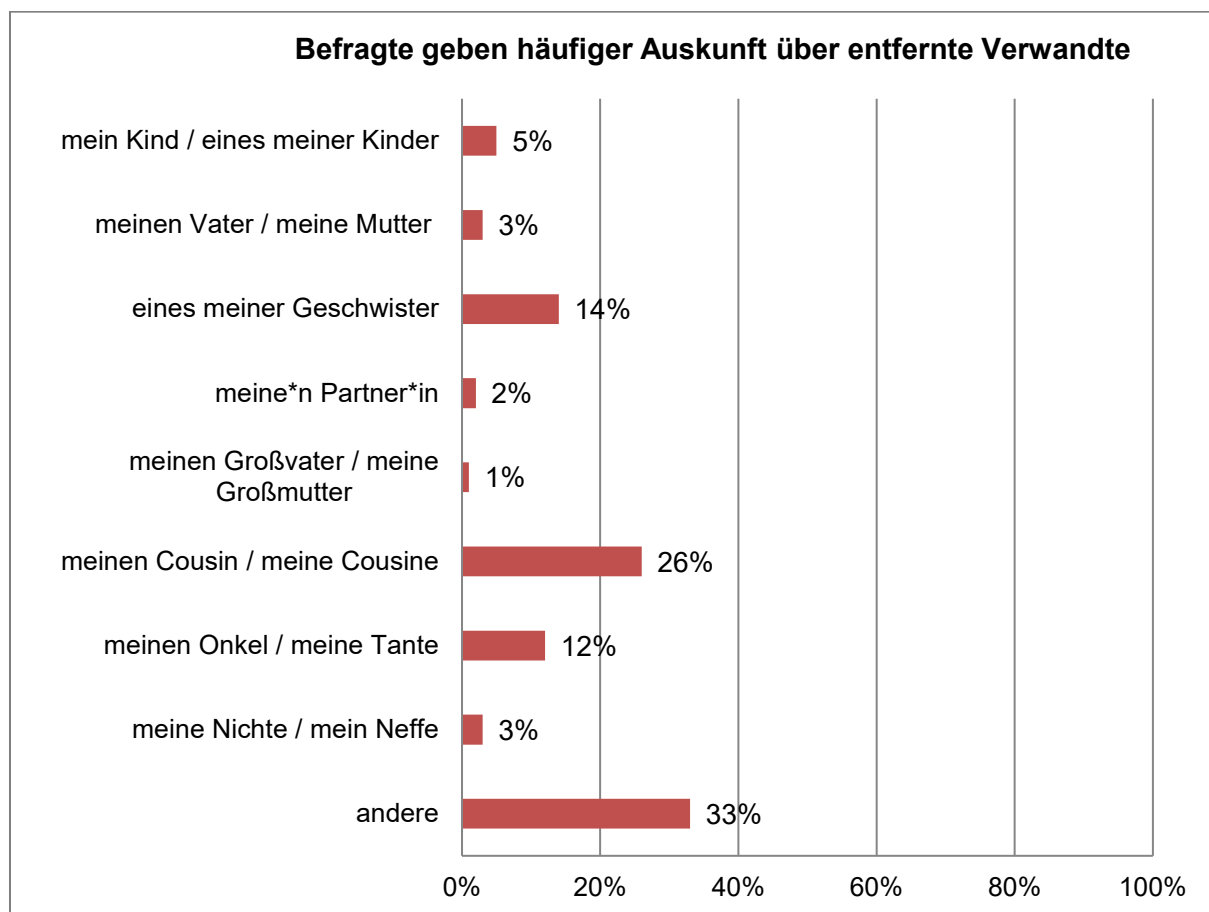


Abbildung 25: Verwandtschaftsverhältnis der befragten Familienangehörigen
 Fragewortlaut: „Vielen Dank für Ihre Antwort. Falls Sie mehrere schwule, lesbische, bisexuelle, queere, trans*- oder intergeschlechtliche Personen in Ihrem engen Familienkreis haben, beziehen Sie Ihre folgenden Antworten bitte immer auf diejenige Person, die Ihnen am nächsten steht bzw. mit der Sie einen größeren Teil der Zeit zusammen erleben. Können Sie uns bitte sagen, in welchem Familienverhältnis Sie zu dieser Person stehen? Wie Sie wissen, ist diese Befragung vollständig anonym, so dass wir keine Rückschlüsse auf Sie oder auf die Person ziehen können. Es handelt sich um...“ N = 133.

Dass 33 % der Angehörigen keines der abgefragten Verwandtschaftsverhältnisse angekreuzt haben, ist sicher zum einen darauf zurückzuführen, dass sich einige Befragte nicht, wie mit der Studie intendiert, auf den engen Familienkreis bezogen haben, sondern, wie die offenen Angaben nahe legen, auch auf beste Freund*innen. Zum anderen zeigen die Texteingaben der Befragten, dass sie sich entgegen des Fragetexts auf mehrere Verwandte beziehen wollten. Dies zeigt, dass es für zukünftige Studien eine Herausforderung bleibt, über die Kernzielgruppe der LSBTIQ* hinaus, Personen für eine Studienteilnahme über Lebenssituation und Diskriminierungserfahrungen von LSBTIQ*-Verwandten zu interessieren.

Gefragt wurden die Familienangehörigen auch nach der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ihres Familienmitglieds. Die Hälfte berichtet im Ergebnis von einem schwulen Familienmitglied, gut jede*r Fünfte von einem lesbischen. Die wenigen Angaben zu Heterosexualität beziehen sich auf transgeschlechtliche Familienmitglieder. Die folgende Aussage zeigt dies stellvertretend: „Sie war lesbisch, ist aber nun ein Junge und steht auf Frauen.“

Drei Prozent der befragten Angehörigen (absolut: 4) geben an, ein transsexuelles, 7 % (9 Angehörige) ein transgender und 2 % (3 Angehörige) ein intersexuelles Familienmitglied zu haben. 12 Angehörige sind sich darüber hinaus unsicher, ob ihr*e Verwandte trans*- oder intergeschlechtlich ist.

7.2 Sicht der Familienangehörigen auf ein Coming-Out in der Familie

Wie erleben schleswig-holsteinische Familienangehörige des Coming-Out ihres*r Verwandten? Stehen sie dem positiv gegenüber, haben sie Vorbehalte? Und legen sich diese Vorbehalte im Laufe der Zeit? Diesen Fragen geht das folgende Unterkapitel nach.

Es zeigt sich nach Angaben der Familienangehörigen hier ein überwiegend positives Bild. Insgesamt scheint es wenig Vorbehalte im Familienkreis zu geben. Theoretisch lässt sich vermuten, dass solche Vorbehalte unter engen Familienangehörigen größer sein müssten als bei entfernten Verwandten. Daher wird in der Betrachtung zwischen diesen beiden Gruppen differenziert. Als enge Verwandte wurden definiert: eigene Kinder, eigene Eltern, eigene Geschwister oder Partner*in, da sie für einen entscheidenden Lebensabschnitt in der Regel zusammen mit ihrem LSBTIQ*-Angehörigen in einem Haushalt leben. Als entfernte Verwandte wurden Onkel und Tanten, Cousins und Cousinen, Schwiegereltern, Nichten und Neffen, in einem Fall Großeltern (n = 1) sowie sonstige kategorisiert.

Im Ergebnis zeigen sich tatsächlich unterschiedliche Reaktionen je nach Enge des Verwandtschaftsstatus. So sagen insgesamt drei Viertel der befragten Angehörigen, dass sie sich für ihre*n LSBTIQ*-Verwandte*n über das vollzogene Coming-Out gefreut hätten. Unter den engen Verwandten sind es aber nur sechs von zehn, die sich für ihr*n LSBTIQ*-Verwandte*n gefreut haben, 40 % verneinen dies. Dass entfernte Verwandte ein Coming-Out eher neutral zur Kenntnis nehmen (82 %), als es enge Verwandte (67 %) tun, klingt plausibel. Auf beiden Seiten ist auch die Neugier und Informationssuche (57 % respektive 55 %) eine mehrheitlich vorhandene Reaktion.

Die negativen Reaktionen allerdings kommen deutlich häufiger bei einem Teil der engen Verwandten vor. Hilflosigkeit (28 %) sowie die Hoffnung, dies sei eine Phase des*r Angehörigen, die vorübergehen könne (27 %) – mit diesen Reaktionen sieht sich jede*r Vierte bis Fünfte, der*die sich gegenüber der Familie outet, offensichtlich konfrontiert.

Enge Verwandte sorgen sich auch stärker um die eigene Rolle. Jede*r Fünfte machte sich Gedanken, was andere nun über sie denken könnten, 17 % fragten sich, was sie vermeintlich „falsch gemacht hätten“. Ignorieren (15 %), Scham („mir war die Situation vor der Außenwelt peinlich“, 15 %) und Schock („mein Weltbild wurde auf den Kopf gestellt“, 16 %) sind Reaktionen, die bei gut jedem sechsten befragten Familienmitglied ausgelöst wurden. Bei einigen Eltern kam auch die Sorge auf, keine Enkelkinder bekommen zu können – obwohl dies ja, wie viele Regenbogenfamilien zeigen, kein logischer Schluss sein muss.

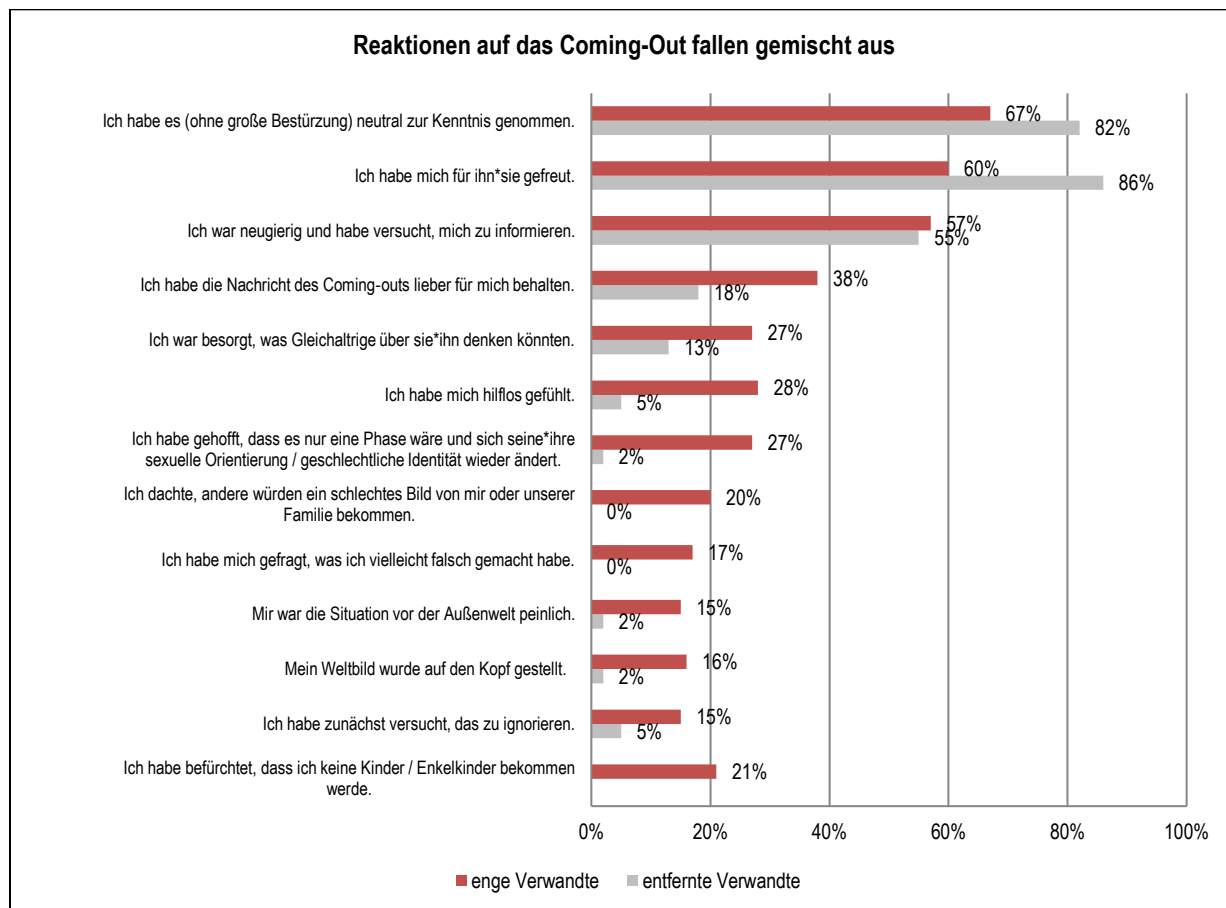


Abbildung 26: Reaktionen auf das Coming-Out aus Sicht der Familienangehörigen
 Fragewortlaut: „Können Sie sich noch erinnern, wie Ihr erster Gedanke, Ihre erste Reaktion auf das Coming-out Ihres Familienmitglieds ausfiel?“ N = 63 – 71

Angehörige wurden sodann gefragt, wie ihre heutige Sicht auf das Coming-Out ihres Familienmitglieds ist.²¹ Auch hier fällt das Bild sehr positiv aus – eine große Mehrheit geht damit heute gut um. Ein harter Kern von 10 – 20 % der engen Verwandten allerdings scheint weiterhin Probleme mit der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität ihres Kindes, Elternteils, Geschwisters oder des*der Partner*in zu haben. So sagt jede*r Fünfte weiterhin, dass Coming-Out sei ihm*ihr persönlich noch peinlich. Auch stimmen nicht alle der Aussage zu, es solle jede*r (also das Familienmitglied) so leben, wie er*sie es für richtig hielte (89 % unter engen Verwandten), das heißt, 11 % halten es für falsch. Nicht alle halten das Coming-Out für einen richtigen Schritt (88 %), das heißt 12 % tun dies nicht. Jede*r achte wünscht

²¹ Allerdings ist nicht zu bestimmen, wie lange das Coming-Out her ist, welche Zeitspanne die Angehörigen also im Lernprozess mit dem Coming-Out bis zum Befragungszeitpunkt zur Verfügung hatten.

sich, das Familienmitglied hätte sich nicht geoutet und 8 % sagen, dies hätte ihr eigenes Leben sehr zum Negativen verändert.

Aufgrund der kleinen Fallzahlen lassen sich die positiven bzw. negativen Reaktionen nicht weiter nach Enge des Verwandtschaftsgrads *und* der sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität des geouteten Familienmitglieds differenzieren. So bleibt offen, ob sich Reaktionen auf die offen gelegte sexuelle Orientierung von denen der geschlechtlichen Identität im engen Familienkreis unterscheiden oder ähneln.

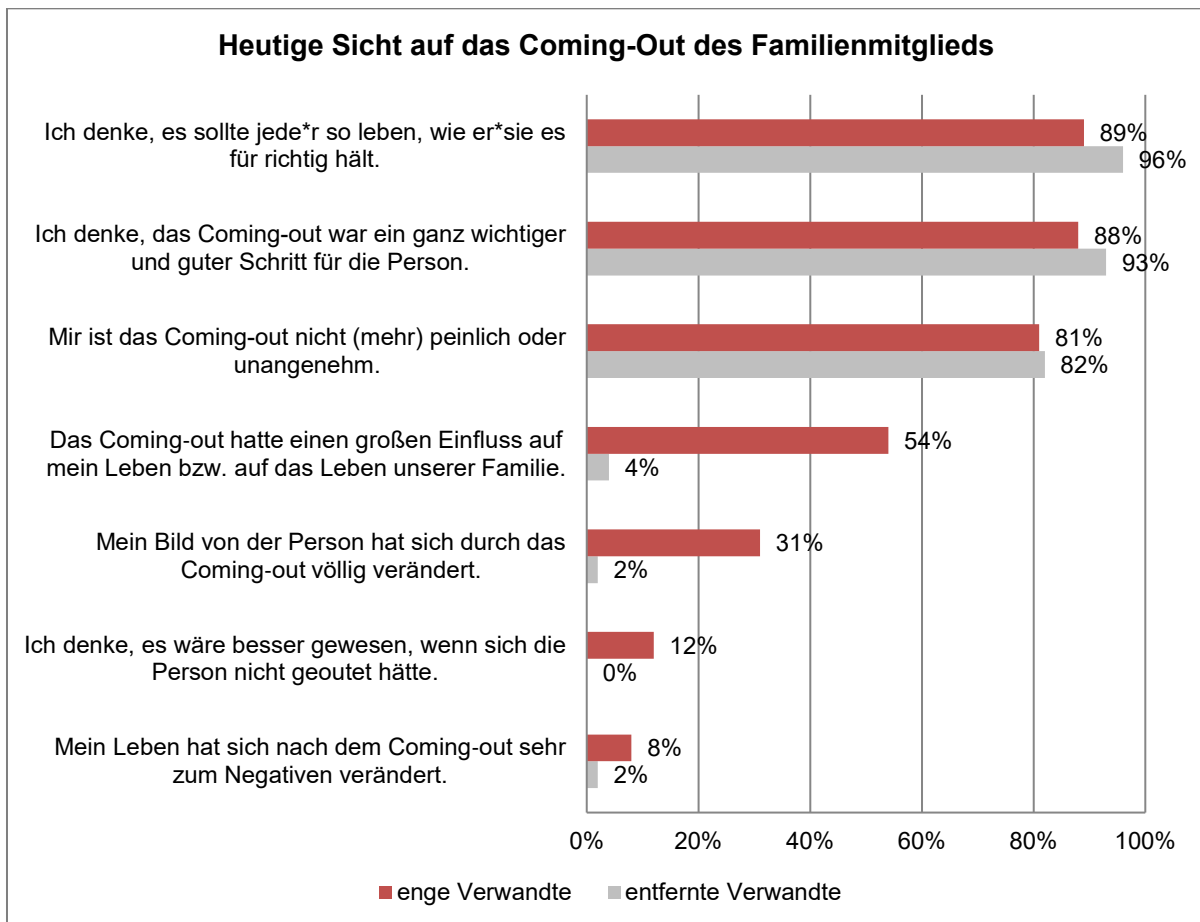


Abbildung 27: Heutige Sicht der Angehörigen auf das Coming-Out
 Fragewortlaut: „Und wie sehen Sie das Coming-out Ihres Familienmitglieds heute?“ N= 69 – 71

Eines ist klar: Für gut die Hälfte der Familien sagen die befragten Angehörigen, das Coming-Out habe ihr Familienleben nachhaltig verändert. Im Großteil der Fälle – das lässt die Gesamtschau der Ergebnisse stichhaltig vermuten – hin zum Positiven.

7.3 Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen der Familienangehörigen

Neben den Diskriminierungen, die lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen direkt erleben, können auch ihre Angehörigen Ausgrenzung, Ablehnung und Nachteile erfahren, können sprichwörtlich „in Sippenhaft“ genommen werden. Auch sie gilt es bei Antidiskriminierungsmaßnahmen des Landes im Blick zu haben.

Nach Aussage der befragten Familienangehörigen in Schleswig-Holstein hat jede*r Fünfte als Angehörige*r eines schwulen, lesbischen, bisexuellen, trans- oder intergeschlechtlichen oder queeren Familienmitglieds aufgrund seiner*ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität in den letzten 5 Jahren negative Reaktionen wie z.B. Benachteiligungen, Ablehnungen oder Ausgrenzungen erfahren. Knapp drei Viertel verneinen dies, 6 % sind sich unsicher. Hier spielt der Verwandtschaftsgrad überraschend keine Rolle. Sowohl 19 % der engen, als auch 19 % der entfernten Verwandten berichten davon, selbst oder ihre*seine Familie Opfer negativer Reaktionen geworden zu sein – nur weil eines ihrer Familienmitglieder zur Personengruppe der LSBTIQ* gehört.

Von selbst erfahrener Diskriminierung berichten häufiger Familienmitglieder eines schwulen Angehörigen (22 % der befragten Familien), nur ganz selten einer lesbischen (4 %), bei bisexuellem*r Angehöriger*n keine Befragten (0 %). Auch Familien mit trans* Angehörigen geben überproportional häufig Diskriminierungserfahrungen an – aufgrund der geringen Fallzahlen wird hier auf Prozentangaben verzichtet.

Die häufigsten Formen der Diskriminierung von Angehörigen oder Familien aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität eines Familienmitglieds sind (Angaben jeweils „regelmäßig“ oder „mehrmals“, 16 Betroffene): Lächerlich-Machen der Person oder der Familie sowie herabsetzende Witze und Sprüche über die Familie (81 %), mangelnde Anerkennung (81 %), Vermeidung von Kontakt (75 %), Ausgrenzung und Ausschluss aus einer Gruppe (64 %), unfreiwilliges Outing des Familienmitglieds durch andere Menschen und Tuscheln in der Nachbarschaft (57 %), Bloßstellung der Familie (54 %), und schließlich Beleidigungen und verbale Angriffe gegenüber der Familie (44 %). Einige wenige Familien berichten sogar von körperlichen Übergriffen wie Rempeln, Schubsen, von körperlicher Gewalt wie Schlagen und Treten sowie in zwei Fällen von sexualisierter Gewalt.

Alle Familien wurden abschließend gefragt, in welchen Alltags- und Lebensbereichen sie aufgrund der Identität ihres Familienmitglieds negative Erlebnisse gemacht haben oder nur Positives erfahren haben. Im Ergebnis berichtet fast jede dritte Familie von Diskriminierung im Freizeitbereich, gefolgt vom öffentlichen Raum, beispielsweise in öffentlichen Verkehrsmitteln. Deutlich seltener tritt dies in speziellen Bereichen wie Gesundheit oder dem polizeilichen Bereich, ganz selten während der Inanspruchnahme von Dienstleistungen wie Frisörbesuchen auf.

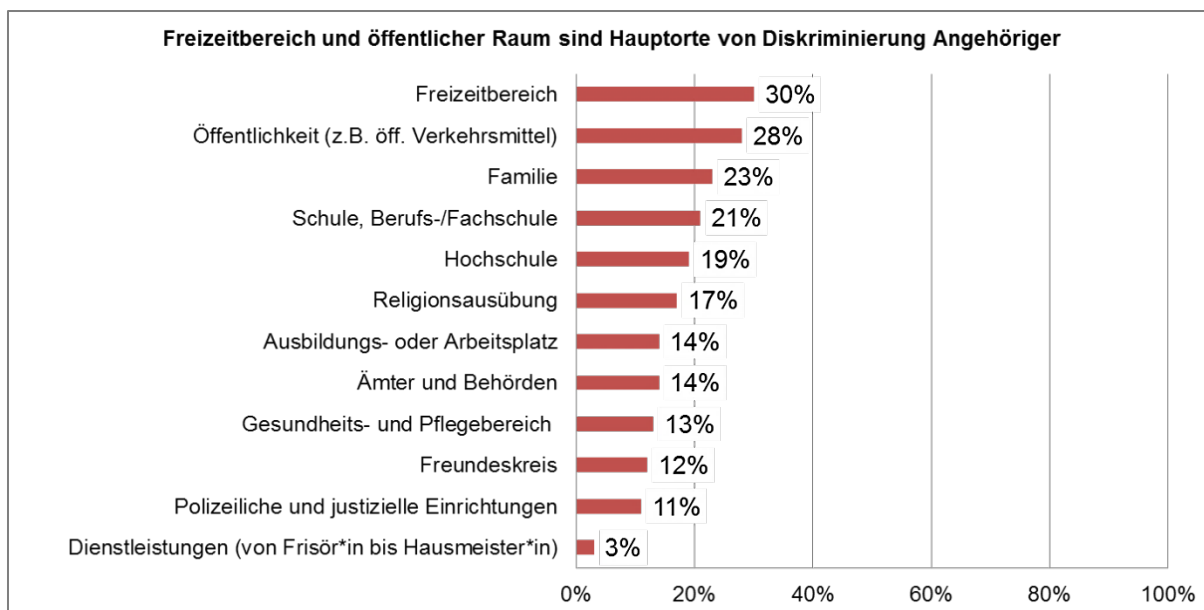


Abbildung 28: Orte von Diskriminierung Angehöriger

Fragewortlaut: „Wie häufig haben Sie oder andere Mitglieder der Familie als Angehörige Ihres schwulen / lesbischen / bisexuellen / queeren / trans- oder intergeschlechtlichen Familienmitglieds in den letzten 5 Jahren aufgrund seiner*ihrer sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität negative Erfahrungen in folgenden Lebensumfeldern gemacht?“ Antwortoptionen: „regelmäßig“, „mehrmals“, „ein Mal“, „nie“ (abgebildet sind die summierten Angaben für „regelmäßig“ und „mehrmals“). N = 59 – 75

Einige Berichte aus den offenen Antworten veranschaulichen beispielhaft die Erfahrungen, die Familien mit LSBTIQ*-Mitglied in Schleswig-Holstein machen:

- ❖ *„Mein Opa durfte nie erfahren, dass mein Bruder schwul ist. Als mein Bruder sich von seinem ersten Freund getrennt hat und bei einer Freundin untergekommen ist, haben einige Familienangehörige gehofft, dass mein Bruder von seiner Homosexualität geheilt wird. Mein Bruder ist jetzt mit einem Mann verheiratet und es hat sehr lange gedauert, bis sein Partner einen Namen in der Familie hatte. Unsere Eltern haben es akzeptiert.“*
- ❖ *„Gemobbt, abfällige Bemerkungen, Unverständnis, Ausdrücke wie: ‚widerlich‘, ‚gehört sich nicht‘, ‚schämen die sich nicht‘, ‚sind Menschen 2.Klasse“*
- ❖ *„Ein Familienmitglied kommentiert Trans* als fehlende/falsche Erziehung. Ein Freund macht sich lustig über „solche“ Leute. ‚Das sieht immer so witzig, aus wenn „die“ sich verkleiden!“*
- ❖ *„Großmutter darf es nicht erfahren.“*
- ❖ *„Ablehnung durch andere Familienmitglieder. Mitschüler wurden „benachrichtigt“, dass ein Transidenter Schüler in der Klasse ist. Mit dem Finger auf einen zeigen und lachen.“*
- ❖ *„Wenn Menschen erfahren, dass mein Partner transsexuell ist, gehen sie uns aus dem Weg oder beschimpfen uns als nicht ‚normal‘. Deswegen gehen wir auch sehr vorsichtig damit um, wem wir von der Transsexualität meines Partners erzählen.“*

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität nicht nur ein Thema für LSBTIQ* in Schleswig-Holstein ist. Die Studie „Echte Vielfalt“ zeigt zum ersten Mal auf, dass darüber hinaus auch eine Vielzahl von Angehörigen Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren. Die Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt kommt auch ihnen zu Gute.

8. Bekanntheit der Marke „Echte Vielfalt“ und der aus dem Landesaktionsplan geförderten Maßnahmen

„Echte Vielfalt“ ist das kurze Motto des Aktionsplans für Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten des Landes Schleswig-Holstein. Fünf Jahre nach der Verabschiedung des Aktionsplans sind eine Reihe an Maßnahmen realisiert worden. Auch wenn diese Befragung keine elaborierte Wirkungsstudie zu einzelnen Maßnahmen bildet, so können in diesem Rahmen die Grundvoraussetzungen für die Wirkung des Landesaktionsplans abgefragt werden, nämlich Bekanntheit des Mottos sowie der Bildmarke, Bekanntheit geförderter Maßnahmen und Wünsche zur Verbesserung der Angebote.

8.1 Bekanntheit des Slogans und der Bildmarke „Echte Vielfalt“

Im Sinne einer ersten Teil-Evaluierung der Maßnahmen aus dem Landesaktionsplan „Echte Vielfalt“ zielte ein Fragekomplex dieser Studie auf die Wahrnehmung der Maßnahmen wie auch der Dachmarke „Echte Vielfalt“.

Im Ergebnis geben 41 % der Befragten an, den Slogan „Echte Vielfalt“ gut zu kennen. Weitere 30 % sagen, ihn zu kennen, sich aber an nichts Genaues erinnern zu können. Damit ist er beinahe drei Viertel der Befragten bekannt. Ein Viertel der Befragten hingegen kennt den Slogan nicht (25 %), weitere 4 % sind sich unsicher.

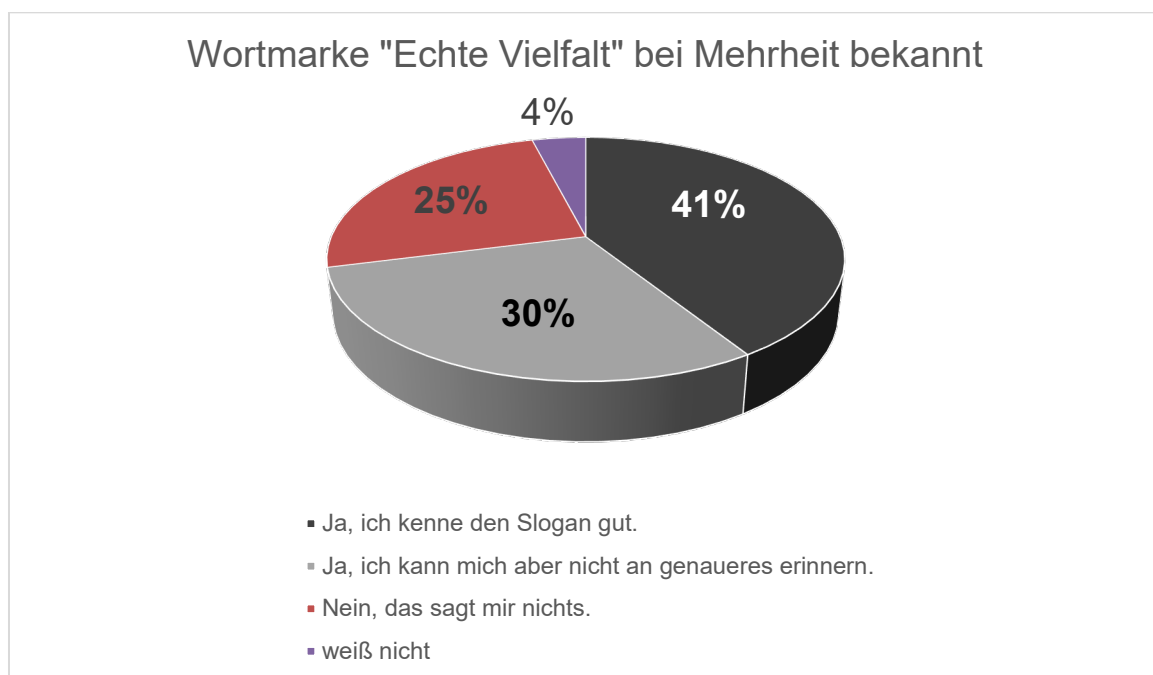


Abbildung 29: Bekanntheit der Wortmarke "Echte Vielfalt"
Fragewortlaut: „Haben Sie schon einmal den Slogan ‚echte Vielfalt‘ gehört?“ n = 567

Neben der Wortmarke bzw. dem Slogan werden Veranstaltungen, die aus Mitteln des Aktionsplans gefördert werden, auch mit einem Logo, einer Bildmarke gekennzeichnet. Diese stellt den geografischen Umriss Schleswig-Holsteins in Regenbogenfarben dar.



Abbildung 30: Die Bildmarke (Logo) "Echte Vielfalt"

Die Bekanntheit dieses Logos „Echte Vielfalt“ erzielt im Ergebnis ähnlich hohe Befragungswerte. Eine relative Mehrheit von 41 % der Befragten kennt das Logo sicher und weiß, wo sie es gesehen hat. Weitere 18 % geben an, es zu kennen, können sich aber nicht an den Kontext erinnern. 12 % sind sich unsicher, 29 % der Befragten kennen die Bildmarke nicht.

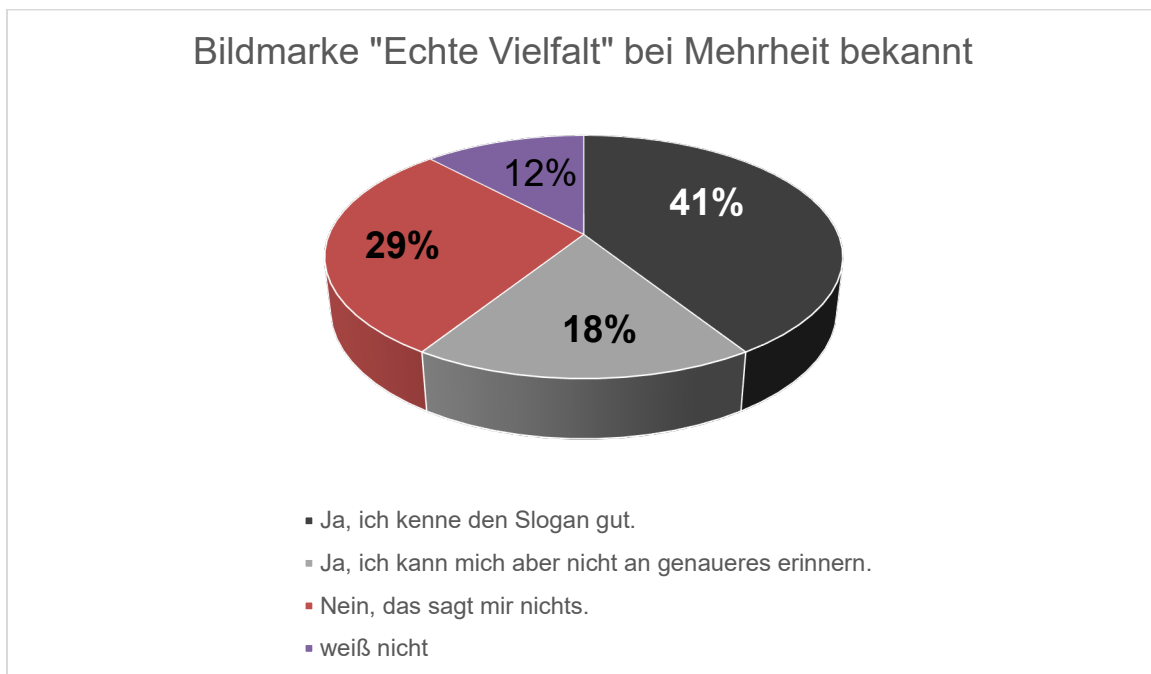


Abbildung 31: Bekanntheit der Bildmarke "Echte Vielfalt"

Fragewortlaut: „Haben Sie das Logo ‚Echte Vielfalt‘ schon einmal gesehen?“ n = 567

Unter den befragten LSBTIQ* ist die Bekanntheit sowohl des Slogans (44 % der LSBTIQ* kennen ihn sicher, gegenüber 33 % der Angehörigen) als auch der Bildmarke (43 % zu 27 %) erwartungsgemäß etwas höher als bei den teilnehmenden Familienangehörigen. Schwule, Lesben und Trans* zeigen ähnlich hohe Erinnerungswerte, nur bei bisexuellen Befragten scheint die Bekanntheit etwas geringer.

Es fällt außerdem auf, dass die Bekanntheit des Slogans linear mit dem Alter der Befragten zunimmt: So sagen 61 % der ältesten Befragtengruppe, den Slogan sicher zu kennen, während in der jüngsten Gruppe nur gut jede*r Vierte ihn zu kennen angibt. Da der Slogan selbst nicht älter als 5 Jahre ist, kann die höhere Bekanntheit unter älteren Befragten nur darauf zurückzuführen sein, dass sie diesem tatsächlich häufiger begegnet sein müssen, bspw. weil sie von Maßnahmen, die den Slogan tragen, eher erreicht wurden. Für die Bildmarke / das Logo gilt ähnliches, mit Abstrichen in der Zielgruppe der 41-50 Jährigen.

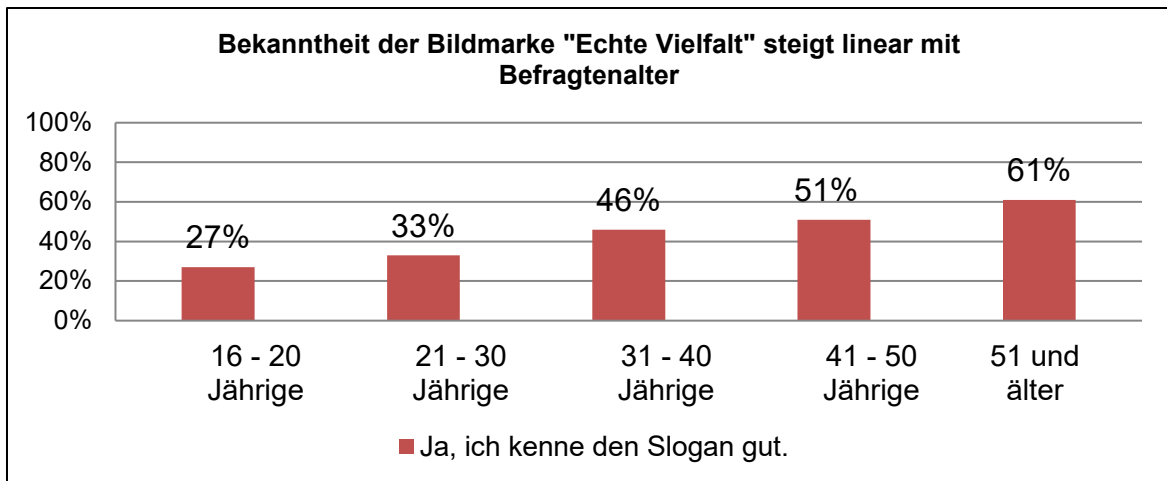


Abbildung 32: Bekanntheit der Wortmarke "Echte Vielfalt" je Altersgruppe
 Fragewortlaut: „Haben Sie schon einmal den Slogan ‚echte Vielfalt‘ gehört?“ n = 545

Bekanntheit des Slogans und des Logos fallen zudem in Dörfern unter 5.000 Einwohner*innen am niedrigsten aus. Dort kennen ihn nur 32 bis 33 % der Befragten, die damit mehr als 10 Prozentpunkte unter der durchschnittlichen Bekanntheit liegen.

Diejenigen Befragten, die das Logo „Echte Vielfalt“ zu kennen angeben, wurden konkreter gefragt, wo sie es gesehen hätten. Vier von fünf haben es sowohl bei einem Christopher Street Day, als auch auf Plakaten bereits einmal gesehen. Damit liegen diese beiden Erscheinungsorte noch vor den digitalen Kanälen wie Facebook (71 %). Auf der Website des Netzwerks „Echte Vielfalt“ selbst haben das Logo zwei Drittel der Befragten gesehen, ebenso wie auf Websites anderer Vereine. Dass diese eine höhere Reichweite in der Zielgruppe der LSBTIQ* haben, als die Websites von Landesministerien, überrascht kaum. Mit 41 % Bekanntheit liegt der Zugang über eine Ministeriums-Website dennoch hoch.

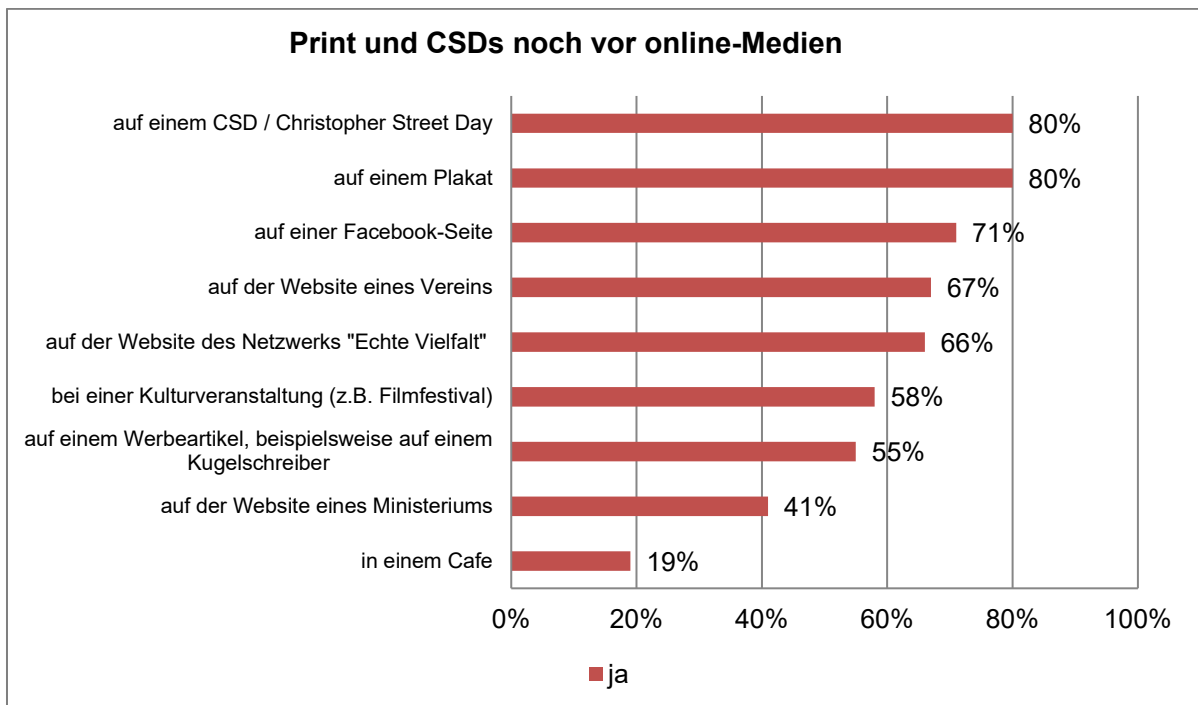


Abbildung 33: Erinnernte Medienkanäle des Logos "Echte Vielfalt"
 Fragewortlaut: „Sie haben angegeben, das Logo "Echte Vielfalt" schon einmal gesehen zu haben. Wo haben Sie es gesehen?“ N = 176 - 205

Zusammenfassend lässt sich die Bekanntheit der Dachmarke „Echte Vielfalt“ als hoch einschätzen. Eine Mehrheit der LSBTIQ*-Zielgruppe, wie auch ihrer Familienangehörigen, hat laut Befragung Kontakt zu Bild- sowie Wortmarke, und das über diverse Kanäle. Ob die Zielgruppe auch durch die aus Mitteln des Landesaktionsplans geförderten Maßnahmen und Angebote erreicht wird, zeigt das folgende Unterkapitel.

8.2 Ungestützte und gestützte Bekanntheit der geförderten Maßnahmen

In der Evaluation wie auch der Marktforschung versteht man unter ungestützter Erinnerung die Abfrage der interessierenden Größe, bspw. eines Angebots, ohne dabei Hinweise durch Nennung einzelner Angebote zu geben. Im Fragebogen heißt es „Welche Aktionen des Netzwerks „Echte Vielfalt“ für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen sind Ihnen in Schleswig-Holstein bekannt?“ Sie kann auf diese Weise am besten feststellen, woran Befragte zuerst denken, was ihnen zuerst einfällt, was sie am stärksten mit der abgefragten Größe assoziieren.

Was die befragten LSBTIQ* und ihre Familienangehörigen am stärksten mit Aktionen des Netzwerks „Echte Vielfalt“ verbinden, zeigen folgende prototypische offene Antworten. Insgesamt wurden am häufigsten CSDs in verschiedenen Städten, Aktionswochen und Rainbow-Walks, die schleswig-holsteinische Trans* und Inter*-Tagung SHITT, kulturelle Veranstaltungen wie Lesungen und Filmfestivals, Aufklärungsbroschüren und Quizze, Stammtische und das Netzwerk bzw. die Geschäftsstelle „Echte Vielfalt“ sowie Selbsthilfevereine genannt – teilweise verbunden mit positiver und negativer Kritik:

- ❖ *„Aufklärungsarbeit in Schulen, Mitarbeit in Netzwerken“*
- ❖ *„Trans* Filmfestival - Veranstaltungsreihe der ‚Westküste denkt Queer‘ - Veranstaltungen im Rahmen der CSD Wochen – Lesungen“*
- ❖ *„Info-Broschüre ‚Wortschatz‘, war sehr verständlich, hat bei der Arbeit und Nachbarn sehr geholfen. Bündnis gegen Homophobie (ist leider eingeschlafen)“*
- ❖ *„CSD's in Lübeck, Flensburg, Kiel und Heide, Fußballturnier Queerbeet Husum, Konzert & Party Husum, Disco-Veranstaltungen über LSVD in Flensburg, Arbeitskreis Vielfalt Flensburg, Veranstaltungen von Westküste denkt queer, Rainbowdays Flensburg, etc.“*
- ❖ *„Besonders herausragend: - Treffen Runder Tisch 'Echte Vielfalt' --> bringt Community voran - Geschäftsstelle 'Echte Vielfalt' --> stärkt Angebote in SH - Projektmittel im Rahmen des sog. Landesaktionsplans 'Echte Vielfalt' (bin z.B. Fan von SHITT, Queer Refugees & Migrants und der Frauen/Lesben-Förderung - besonders alle Community- und Empowerment-Angebote)“*
- ❖ *„Ich weiß, dass es einen Aktionsplan gibt, die einzelnen Veranstaltungen kenne ich nicht. Soweit ich weiß, werden auch CSD Veranstaltungen mit unterstützt.“*
- ❖ *„Leider habe ich dieses Netzwerk trotz enger Bindung an und häufiger Anwesenheit in S-H sowie Mitgliedschaft in zwei Vereinen in S-H noch nicht wahrgenommen.“*
- ❖ *„In dem Verein in dem ich aktiv als Beraterin für den Einstieg in die Transition für transidente Menschen aktiv bin, bekomme ich immer wieder mit, dass bei Besprechungen von unterschiedlichen Aktionen der Begriff ‚echte Vielfalt‘ fällt. Einzelne Aktionen könnte ich jetzt aber nicht aufzählen.“*

Die gestützte Bekanntheit dagegen gibt gezielt eine Liste von Antwortvorgaben, bspw. einzelne Angebote vor, um durch die Befragten ankreuzen zu lassen, ob sie diese kennen oder nicht („Sind Ihnen folgende Aktionen des Netzwerks "Echte Vielfalt" bekannt oder kennen Sie diese nicht?“). Sie kann die Bekanntheit unter allen Befragten quantifizierend messen.

Die Ergebnisse der gestützten Bekanntheit fallen je geförderter Maßnahme durchaus unterschiedlich aus. Auch hier weisen die Christopher Street Days die größte Bekanntheit auf, gefolgt von kulturellen Veranstaltungen. Das Trans*-Filmfestival kennt gut jede*r Dritte LSBTIQ*, von den befragten Trans* und Inter* sogar eine Mehrheit von 52 %. Auch die Schleswig-Holstein Inter*-Trans Tagung ist mit 42 % unter TI* (alle Befragte: 22 %) sehr bekannt. Das Lesben-Frühlingstreffen ist in der Zielgruppe der Lesben doppelt so bekannt (56 %), als unter den übrigen SBTIQ* (28 %). Zudem ist ein Großteil der Maßnahmen unter LSBTIQ* (rote Balken) erwartungsgemäß bekannter als unter ihren Familienangehörigen (graue Balken), mit Ausnahme des Rainbow Walks.

Bei der Interpretation ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass nicht alle Maßnahmen an alle Zielgruppen gerichtet, teilweise regional sehr fokussiert und mit unterschiedlichen hohen Fördersummen ausgestattet sind / waren. Daher ist ein direkter Vergleich der Reichweiten nicht zulässig.

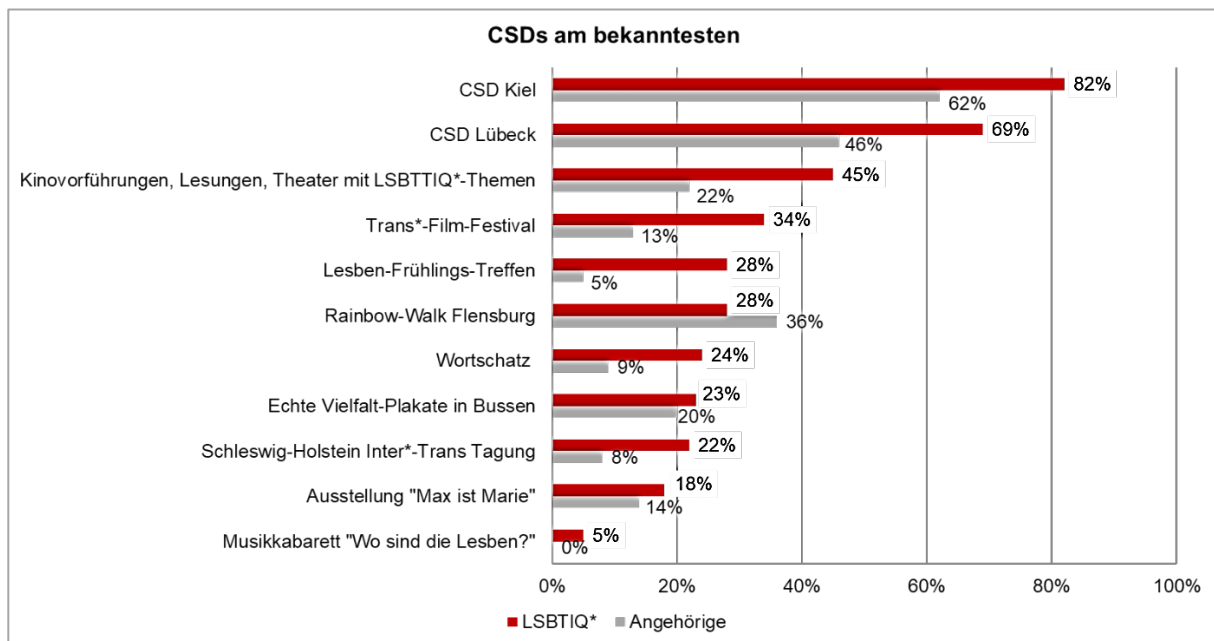


Abbildung 34: Gestützte Bekanntheit der geförderten Maßnahmen
Fragewortlaut: „Sind Ihnen folgende Aktionen des Netzwerks "Echte Vielfalt" bekannt oder kennen Sie diese nicht?“ Antwortoptionen: „Kenne ich“, „kenne ich nicht“, „bin mir nicht sicher“, erstere hier abgebildet. N = 562

In der Summe lässt sich sagen, dass die Maßnahmen und die Marke „Echte Vielfalt“ bei einer Gesamt-Fördersumme von 213.996,23 € zwischen 2014 und Frühjahr 2019 eine große Reichweite erzielen und damit sehr mittel-effizient wirken. Die höchste Reichweite erzielen sie allerdings unter denjenigen Befragten, die sich in einem Verein oder einer Initiative für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* oder queere Menschen engagieren und organisiert sind. Unter den Nicht-Engagierten bzw. nicht-organisierten Befragten liegen die Bekanntheitswerte mit nur einer Ausnahme (Rainbow-Walk Flensburg) durchweg niedriger, teilweise sogar um ein Vielfaches (insbesondere bei Kinovorführungen, Lesungen und Theater mit LSBTIQ*-Themen), wie die folgende Abbildung zeigt. Der Bekanntheitsgrad unter allen LSBTIQ* in Schleswig-Holstein dürfte vermutlich näher an dem Wert der nicht-organisierten, als an dem der für LSBTIQ*-Belange engagierten Befragten liegen.

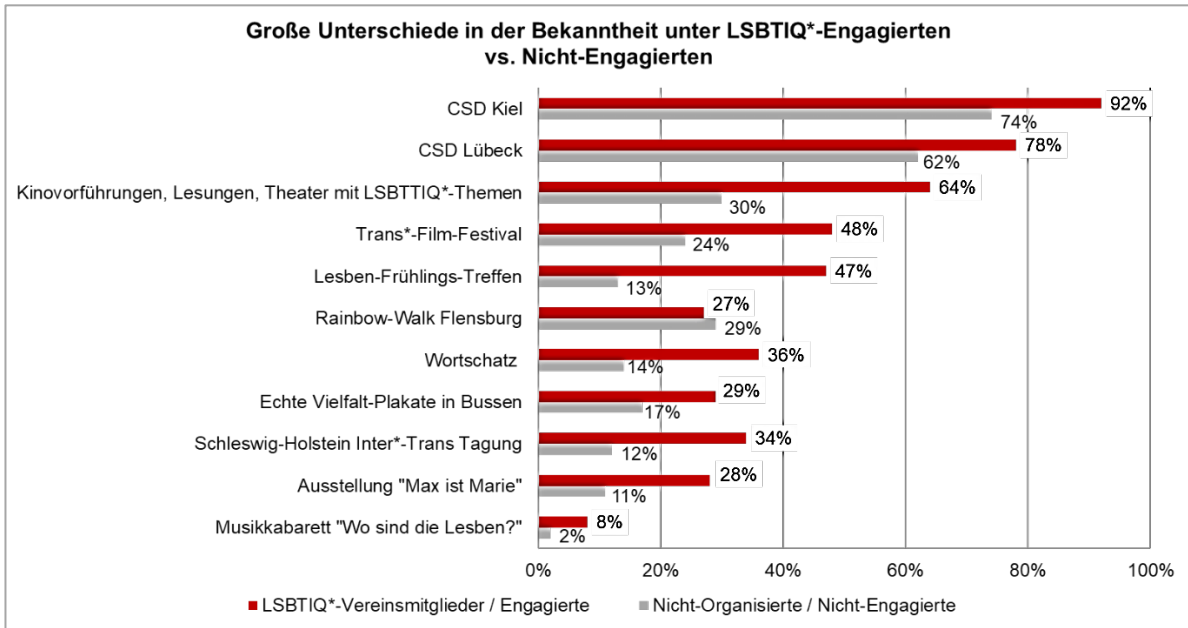


Abbildung 35: Gestützte Bekanntheit der geförderten Maßnahmen unter Engagierten vs. Nicht-Engagierten

Fragewortlaut: „Sind Ihnen folgende Aktionen des Netzwerks "Echte Vielfalt" bekannt oder kennen Sie diese nicht?“ Antwortoptionen: „Kenne ich“, „kenne ich nicht“, „bin mir nicht sicher“, erstere hier abgebildet. Sowie „Sind Sie Mitglied in einem LSBTIQ*-Verein oder einer LSBTIQ*-Initiative bzw. engagieren Sie sich ehrenamtlich oder bei besonderen Anlässen für die Belange von LSBTIQ*?“ N = 485

9. Angebots- und Verbesserungswünsche aus Sicht der Befragten

Der Aktionsplan der Landesregierung hat eine Reihe von Maßnahmen gefördert. Auch auf Bundesebene ist in den vergangenen Jahren besonders die rechtliche Gleichbehandlung von LSBTIQ* weiter vorangeschritten. Dennoch zeigen die in dieser Studie berichteten Diskriminierungserfahrungen, dass eine landesweite Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt noch nicht erzielt ist. Welche Angebote sind aus Sicht der Befragten erstrebenswert, welche Verbesserungsvorschläge haben sie, um dies zu erreichen?

Auch diese Frage wurde offen und geschlossen gestellt. Unter den geschlossen abgefragten Angeboten liegen Bildungsangebote wie Aufklärungsbesuche in Schulen oder Informationsbroschüren auf Rang eins. Mit 97 % Zustimmung ist dies eine Forderung, die so gut wie alle befragten LSBTIQ* unterstützen. Damit liegt eine Maßnahme ganz vorne, die sich an die Zielgruppe der Mehrheitsgesellschaft richtet.

Unter den befragten Angehörigen wird nur eine Maßnahme als wichtiger angesehen, nämlich das Angebot von Selbsthilfegruppen für LSBTIQ*. Politische Interessenvertretung ist den meisten Befragten wichtiger als beispielsweise Sportangebote oder die von einer Minderheit gewünschten Gottesdienste und religiösen Veranstaltungen.



Abbildung 36: Zustimmung zu Angeboten für bessere Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Fragewortlaut: „Welche Aktionen und Angebote wünschen Sie sich zukünftig verstärkt, um echte Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten in Schleswig-Holstein zu erleben und sichtbar zu machen?“ Antwortoptionen: „sehr wichtig“, „eher wichtig“, „eher unwichtig“, „völlig unwichtig“ (abgebildet sind die summierten Angaben für „sehr wichtig“ und „eher wichtig“. N = 460 – 507.

Überraschend hoch wird zudem die Wichtigkeit von Aktionen für ältere LSBTIQ* eingeschätzt – und dass bei einer sehr jungen Gesamtstichprobe. Unter älteren Befragten über 50 selbst sagen 93 %, sie wünschten sich mehr Angebote. Weitere auffällige Altersunterschiede in den Angebotswünschen zeigen sich überraschend bei der Nachfrage nach Gottesdiensten

und religiösen Veranstaltungen, die von deutlich mehr jüngeren Befragten gewünscht werden (16 – 20 Jährige: 46 %, 21 – 30 Jährige: 40 %), als von älteren Befragten (über 50 Jährige: 31 %); sowie bei dem Wunsch nach mehr kulturellen Freizeitangeboten (16 – 20 Jährige sowie 21 – 30 Jährige: je 71 % vs. über 50 Jährige: 95 %). Letzteres kann aber auch durch unterschiedliche Freizeitstile von Altersklassen an sich zustande kommen. Je älter die Befragten (mit Ausnahme der ältesten Gruppe), desto stärker auch der Wunsch nach mehr LSBTIQ*-Sportangeboten.

Überraschend nicht zu erkennen: systematische Stadt-Land-Unterschiede. LSBTIQ* in schleswig-holsteinischen Groß-, Mittel- und Kleinstädten sowie Dörfern zeigen keine signifikant ausgeprägten Unterschiede in dem, was sie für eine bessere Sichtbarkeit im Land für wichtig erachten – weder bei schulischer Aufklärung, noch bei Begegnungsmöglichkeiten, noch bei Gesundheitsangeboten, wie man in ländlichen Strukturen hätte vermuten können. Die Förderung dieser Angebote ist auf hohem Zustimmungsniveau schlicht Konsens.

Des Weiteren wurde offen gefragt, welche Angebote und Aktionen die Befragten für eine bessere Sichtbarkeit von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Echten Norden wünschen. Insgesamt haben 94 Befragte darauf – teils sehr ausführlich – geantwortet. Das Antwortspektrum reicht von Forderungen in einzelnen gesellschaftlichen Feldern, bspw. Aktionen im KiTa-Bereich, über gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie Extremismus-Prävention oder die Förderung intersektionellen Denkens²², bis hin zu politischen Forderungen wie Bundesratsinitiativen.

In diesen offenen Antworten²³ ist das Meinungsspektrum deutlich vielfältiger, als es die geschlossene Abfrage mit hohem Zustimmungskonsens gezeigt hat. Es werden teils auseinandergelungene Wünsche geäußert. Insbesondere der Gegensatz zwischen gruppenspezifischen Angeboten (ob für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*männer oder Trans*frauen differenziert oder die Gruppe der LSBTIQ* insgesamt) versus eine Integration in Angebote der Mehrheitsgesellschaft findet sich an vielen Stellen. Die folgende Übersicht zeigt einige der offenen Antworten:

- ❖ *„immer da sichtbar sein, wo etwas stattfindet ... einfach ganz normal dazugehören - nicht nur in ‚Sonderveranstaltungen‘, sondern in allen Foren einfach dabei sein“*
- ❖ *„Ich halte wenig davon, die angesprochenen Gruppen zu isolieren. Ich finde, dass reine LSBTIQ*-Angebote oft das Ziel der gesellschaftlichen Teilhabe verfehlen, weil man sich damit selbst ausgrenzt. Bei allen Angeboten muss darauf geachtet werden, dass sie sich nicht ausschließlich an die LSBTIQ*-Zielgruppe richten, dass die Menschen nicht unter sich bleiben möchten, sondern als ganz normaler Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden.“*
- ❖ *„Eine zielgruppengerechte Veranstaltung während der Kieler Woche“*
- ❖ *„einen Preis für lesbische Sichtbarkeit“*

²² Intersektionalität beschreibt die Verschränkung verschiedener Persönlichkeitsmerkmale, wie bspw. Alter und Geschlecht und Bildungsstand, die spezifische Teilformen der Diskriminierung, bspw. für junge, bildungsferne Männer, in den Blick nimmt.

²³ Bei der Auswertung der offenen Antworten konnte aus forschungsökonomischen Gründen keine quantifizierende Inhaltsanalyse durchgeführt werden. Stattdessen wurden die dargestellten Aussagen erstens bei möglichst ähnlichen, häufigen Nennungen prototypisch herausgegriffen ("most-similar"). Zweitens wurden umgekehrt auch solche Aussagen dargestellt, die die Breite des Antwortspektrums aufzeigen können („most-different / least similar“).

- ❖ *„Mehr Sichtbarkeit von Bisexuellen. Es gibt die Achse Mann/Frau und homo/heterosexuell. Aber es gibt viel mehr dazwischen! Echte Vielfalt eben.“*
- ❖ *„Angebote für queere Geflüchtete / queere Migrant*innen, Informieren der Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst“*
- ❖ *„Aufklärungskampagnen bei Arbeitgeber*innen und Unternehmen (z.B. über IHK oder Handwerkskammern), Schulung von Medienschaffenden über diskriminierungsfreie Berichterstattung“*
- ❖ *„Aktionen gegen Intoleranz von religiösen und radikal Denkenden“*
- ❖ *„Angebote für jüngere und ältere LSBTIQ*, die gesundheitlich beeinträchtigt/schwerbehindert sind! Sie scheinen auch fast gar nicht zu existieren!“*
- ❖ *„Informationsbroschüren und Aufklärungsbesuche in Schulen sind ein guter Anfang, aber in der Schule muss im Unterricht selbst über queere Themen und queere Sexualität informiert werden. Dazu zählt v.a. der Sexualkundeunterricht, der mir als Lesbe fast gar nichts gebracht hat, aber auch Normalisierung queerer Menschen in anderen Fächern. Akzeptanz kann nur weitergegeben werden, wenn Vielfalt als Teil der Gesellschaft gesehen wird, nicht als Sonderthema. (Wie wär's denn mal mit einer nicht-heterosexuellen Figur in einem Schulbuch? Oder ein paar Eklogen von Vergil im Lateinunterricht?) Schön fände ich es auch, wenn man im Geschichtsunterricht über queere Geschichte informiert würde. Gerade die queere Geschichte des 20. Jh., vom Holocaust bis zu Stonewall und §175, ist nur sehr, sehr wenigen, queeren wie nicht-queeren Menschen auch nur ansatzweise bekannt. Als Studentin fällt mir ebenfalls auf, dass queere Themen selbst dann nicht zur Sprache kommen, wenn sich das Thema einer Vorlesung um Geschlecht und Sexualität dreht. Das muss sich ändern. Weiterbildung von Lehrkräften an Schulen und Universitäten bezüglich queerer Themen wäre ein großer Schritt.“*
- ❖ *„Veröffentlichung für Selbsthilfeangebote von Transgender, so dass Jugendliche sie sehen können, auch in ländlichen Regionen, wo sie oft hilflos auf sich gestellt sind und zum Teil suizidale Gedanken haben.“*

Eine andere offene Frage richtete sich speziell an die befragten Familienmitglieder, die eine LSBTIQ*-Angehörige*n im Familienkreis haben. Sie wurden gefragt, was sie sich für Familien von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren Schleswig-Holsteiner*innen wünschen würden. Die meisten Nennungen liegen im Bereich Akzeptanz, „alles Liebe und Gute“, „normal“ leben zu können. Aber auch vereinzelt ablehnende Haltungen eigener Familienmitglieder werden geäußert:

- ❖ *„Dass sie frei und unbeschwert in unserer Gesellschaft leben können.“*
- ❖ *„Dass sie nicht mehr als besondere Gruppe adressiert und wahrgenommen werden, sondern als selbstverständlicher Teil einer vielfältigen Gesellschaft jenseits eines nur rechnerisch existierenden Durchschnitts.“*
- ❖ *„Dass sie genauso wie andere Familien behandelt werden. Dass sie nicht so offen knutschend, aufreizend auftreten wie manche auf dem CSD. Das schadet dem Normalitätsgedanken gegenüber obigen Personen. Dass sie sich nicht ausgegrenzt fühlen. Dass sich keiner mehr deswegen umbringt. Dass es eines Tages keine Outings mehr gibt, weil es normal ist.“*
- ❖ *„Den Mut früh, ganz offen zu sprechen.“*
- ❖ *„Ich würde mir wünschen das LSBTIQ sich einer Seelsorge oder psychologische Hilfe leichter suchen können, denn oft sind tiefliegende seelische Verletzungen oder andere Probleme vorhanden. Ebenfalls könnten dort Beweggründe für das Coming-Out oder auch Gründe für die ‚andere‘ Orientierung als das klassische Familienbild, besprochen werden. Ich finde sowohl nach dem Coming Out meiner Mutter, als auch jetzt (12 Jahre) später, dass es nicht der richtige Weg war. Aber auch wenn ich es falsch finde LSBTIQ zu sein (denn ich bin von der Ehe zwischen Mann und Frau überzeugt), behandle ich jeden der zutreffenden Personen mit Anstand, Respekt, Nächstenliebe und Interesse, wie jedem anderen Menschen auch.“*

- ❖ *„Mehr Offenheit für andere Perspektiven und die Eltern bestärken, ihre Kinder zu unterstützen und deren Lebensweg zu akzeptieren. Schließlich suchen sie sich ihre sexuelle Orientierung nicht aus und haben in der Gesellschaft leider mit ausgrenzende Maßnahmen oder Vorschriften zu rechnen. So sollte das mindestens das Zuhause ein Ort der Akzeptanz und emotionalen Geborgenheit sein und bleiben.“*
- ❖ *„Möglichkeiten sich zu informieren. Dass keiner eine Schuld trägt. Dass es keine Krankheit ist.“*
- ❖ *„Wirkliche Akzeptanz ohne blöde Sprüche und Beurteilung. Einfach, dass es ganz normal ist und man nicht nur in diesen Kategorien wie hetero, homo, inter, trans denkt.“*

Zum Ende des Fragebogens wurden alle teilnehmenden LSBTIQ* in Schleswig-Holstein gebeten, Maßnahmen zu nennen, die sich zur Verbesserung ihrer aktuellen Lebenssituation im Land wünschen. Diese Aufforderung hat mehr als 600 Nennungen hervorgebracht. Die Adressat*innen sind durchaus vielfältig: Es sind sowohl landesweite, teils bundesrechtliche Forderungen, wie auch regionale und lokale Hinweise, bspw. der Wunsch nach Ansprechpersonen in Flensburg, bei der Hansestadt Lübeck etc. Auf Landesebene sind vielfach Maßnahmen zur Anerkennung und Sichtbarkeit gewünscht, bspw. eine „Resolution im Landtag -> dass die Politik zu uns öffentlichkeitswirksam steht“. Neben staatlichen Institutionen wird auch an die Verantwortung aller Bürger*innen und organisierten Vereine appelliert: „Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus und andere Menschenfeindlichkeit“ braucht es in Schleswig-Holstein. Hier sei die Mehrheitsgesellschaft gefragt.

Übergreifend wird mehr Aufklärungsarbeit gefordert. Schüler*innen wie auch Eltern und pädagogisches Personal sollten besser informiert werden, wozu, so etliche Befragte, auch eine auskömmliche Finanzierung von Schulaufklärungsprojekten wie SCHLAU gehöre. Finanzielle Sicherung wird auch für die Arbeit der Beratungsstellen im Land gefordert. Auch die Gesundheitsversorgung müsse LSBTIQ*-sensibler und -kompetenter werden – eine Forderung, die durch die Befunde im Kapitel „Gesundheit, Pflege und Alter“ teilweise gestützt wird.

Andere Maßnahmen richten sich ebenfalls an die in der Befragung adressierten Handlungsfelder: So seien Behörden weiter zu schulen, insbesondere die Polizei zum Thema Hasskriminalität zu sensibilisieren. Die Zielvorstellung eines Befragten bringt dies auf den Punkt: „Öffentlicher Dienst bildet sich zur Muster-Arbeitgeber*in für LSBTIQ* weiter“. Auch in der Flüchtlingshilfe seien LSBTIQ* besser zu schützen.

Für die Anerkennung sexueller Vielfalt werden sowohl rechtliche Defizite wie mangelnde Gleichbehandlung bei der Stiefkind-Adoption oder künstlichen Befruchtung genannt, wie auch die Anerkennung von Regenbogenfamilien Elternmodellen bei Arbeitgeber*innen im privatwirtschaftlichen Bereich, ebenso wie „deutlich wahrnehmbare Positionierung der verschiedenen Gewerkschaften in Schleswig-Holstein für dieses Thema, Installation von Gruppenvertretungen für LSBTIQ*-Mitglieder innerhalb der Gewerkschaften“.

Im Bereich der geschlechtlichen Vielfalt bezieht sich ein größerer Teil der Antworten auf gewünschte Änderungen des Transsexuellengesetzes, leichtere Personenstands- und Namensänderung, sowie Recht auf entsprechende medizinische Versorgung für Trans* als wichtigste Maßnahme. Auch die Anerkennung der Geschlechtervielfalt durch entsprechende Formulare und Toiletten in allen Behörden, einschließlich Schulen und Hochschulen, wird vielfach genannt.

10. Zusammenfassende Bewertung der Ergebnisse

Mit den Ergebnissen der Befragung „Echte Vielfalt“ liegen erstmals landesweit Zahlen zur Lebenssituation, den Erfahrungen und den Wünschen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren Menschen in Schleswig-Holstein vor. Sie, sowie Familienangehörige, die ein LSBTIQ*-Mitglied in der Familie haben, haben im Frühjahr 2019 anonym Auskunft über ihre Situation gegeben.

Unser Dank gilt allen Beteiligten für ihre Mühe und Offenheit. Beinahe 1.000 Teilnehmende zeugen von einem hohen Engagement und Auseinandersetzung mit dem Thema und bilden eine solide wissenschaftliche Grundlage für die weitere Arbeit der Landesregierung.

Die Antworten zeigen in der Summe Positives, wie auch Grund für weiteres politisches und gesellschaftliches Handeln auf.

Positiv festzuhalten sind insbesondere

- die hohe Outing-Quote, also das offene Ausleben-können der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität. Jede*r Zweite ist bis zum 20. Lebensjahr gegenüber mindestens einer Person geoutet. Einschränkend muss dazu bilanziert werden, dass eine Mehrheit der LSBTIQ* nicht in jedem Lebensbereich offen leben zu können glaubt – so sind in der Schulzeit, in der Arbeitswelt oder im Kontakt mit Ärzt*innen viele ungeoutet. Die Studie liefert hierfür viele berichtete Gründe.
- Weiterhin positiv festzuhalten bleibt, dass eine Mehrheit der befragten Angehörigen berichtet, das Coming-Out ihres Familienmitglieds positiv aufgenommen zu haben. Von den engen Verwandten haben sich 60 % über diesen Schritt gefreut. Sie sagen, dass sich ihr Familienleben dadurch verändert habe und 90 % meinen, dass es für ihre*n Angehörige*n ein guter und richtiger Schritt gewesen sei.
- Von einem positiven Umgang mit ihrem Anliegen berichtet auch eine deutliche Mehrheit derjenigen befragten LSBTIQ*, die nach einer Straftat Anzeige bei der Polizei erstattet haben. Zwei Drittel von ihnen bewerteten das Verhalten der Beamt*innen als kompetent, respektvoll; sie seien ernst genommen worden.
- Ein positives Klima nimmt die Mehrheit der Befragten auch im Gesundheitswesen wahr. Mehr als zwei Drittel (69 %) empfinden in Arztpraxen und Krankenhäusern eine Vertrauensbasis, die ein Ansprechen der eigenen sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ermöglicht.
- Im Bereich der kulturellen Freizeit und des Sports sind wenige Diskriminierungserfahrungen geschildert worden (insgesamt 73 % ohne negative Erfahrungen).
- Ebenfalls erfreulich ist die hohe Bekanntheit der Maßnahmen sowie der Dachmarke „Echte Vielfalt“ in der Zielgruppe. Über drei Viertel kennen den Slogan und das Logo. Geförderte Aktionen wie die CSDs, aber auch kulturelle Veranstaltungen sowie das Trans*-Film-Festival (34 %) oder die Schleswig-Holstein Inter*-Trans Tagung mit 42 % unter TI* (alle Befragte: 22 %) sind sehr bekannt. Trotz unterschiedlicher Förderhöhen und damit eingeschränkter Vergleichbarkeit lässt sich bilanzieren, dass die Maßnahmen in der Summe ihre Zielgruppen erreichen (organisierte LSBTIQ* besser als Nicht-Organisierte) und für Hilfestellung, wie auch für Sichtbarkeit von LSBTIQ* im Echten Norden sorgen.

Unter den kritischen Befunden lassen sich subsumieren:

- eine zwar im Bundesländer-Durchschnitt liegende, aber dennoch gesellschaftlich nicht akzeptable Diskriminierungsquote von 51 % –jede*r zweite Befragte hat in den vergangenen fünf Jahren Diskriminierung aufgrund seiner*ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität erfahren.
- Die Quote jener, die nach eigenen Angaben in den letzten fünf Jahren Opfer psychischer, körperlicher oder sexueller Gewalt oder einer anderen Straftat aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität geworden sind, liegt mit 16 % im Länderdurchschnitt. Dies betrifft also jede*n Sechste*n. Dabei ist auffällig, dass Trans* und Inter*-Personen nach eigenen Angaben etwas häufiger Opfer von Straftaten in Schleswig-Holstein werden als Lesben, Schwule und Bisexuelle im Land. Jede*r vierte bis fünfte (22 %) TI* berichtet davon. Die berichtete Anzeigequote unter LSBTIQ* liegt mit 26 % eher am unteren Ende des Ländervergleichs, hinter Baden-Württemberg mit 35 % und Brandenburg mit 32 %.
- Der Ort, in dem Wissen (Aufklärung) und Einstellungen bzw. Werte (Respekt, fairer Umgang miteinander) gelernt werden und den die Landespolitik im Besonderen gestalten kann, ist das Schulwesen. Nach Angaben der Befragten lernt nur eine kleine Minderheit – selbst der heute 16 bis 20 Jährigen – häufiger als ein Mal biologische Grundlagen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt im Unterricht. In anderen Fächern kommt diese noch seltener vor. Diskriminierung erlebt – auch unter den heutigen Schulgänger*innen – rund jede*r Dritte, die Hälfte davon von Gleichaltrigen, aber 41 % von ihnen nach eigenen Angaben auch seitens des Lehrpersonals. Mehr als jede*r zweite betroffene Schüler*in oder Student*in (57 %) berichtet, dass ihnen dabei niemand zu Hilfe kam. Unterstützung und Hilfestellung durch pädagogisches Personal erfolgte sehr selten, nämlich bei nur 15 % der Betroffenen.
- Nachholbedarf beim Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt scheint auch einen großen Teil des ärztlichen Fachpersonals zu bestehen. So positiv das Klima im Gesundheitswesen empfunden wird (siehe oben), so drastisch fällt das Urteil der Befragten über die fachliche Kompetenz ihrer Ärzt*innen und Ärzte aus. Dass sie bei einem besonderen Bedarf aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität kompetent informiert und beraten wurden, dem stimmt nur eine deutliche Minderheit von 34 % zu. Fast zwei Drittel der befragten LSBTIQ* haben keine adäquate Beratung erhalten. Die angeführten Beispiele der Befragten sollten Anlass für konkrete Schulungen bieten.
- Schließlich zeigt sich in der Arbeitswelt – und hier insbesondere auch im öffentlichen Dienst, dass LSBTIQ* in vielen Fällen keine gleichberechtigten Arbeitskräfte sind. Dass die berichtete Diskriminierung im öffentlichen Dienst mit durchschnittlich 38 % höher ausfällt als in der Privatwirtschaft mit 26 %, sollte öffentlichen Auftraggebern wie der Landesregierung selbst ein Hinweis für Diversity-Trainingsbedarf sein. Auffällig ist, dass mit 45 % Betroffenen der Anteil diskriminierter Lesben im öffentlichen Dienst besonders hoch ausfällt und hier ggf. Mehrfachdiskriminierung auch aufgrund des Geschlechts eine besondere Herausforderung bildet.

Auf Basis der Befunde lassen sich folgende Handlungsempfehlungen ableiten. Sie richten sich in großen Teilen an die Landesregierung selbst, aber auch an LSBTIQ*, die Mehrheits- und die Zivilgesellschaft mit dem Ziel, ein gutes Leben – ungeachtet der sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität – im Echten Norden führen zu können:

- **Handlungsbedarf 1: Übergriffe auf LSBTIQ* reduzieren, Hasskriminalität bekämpfen und Anzeigequoten erhöhen.** Das Land Schleswig-Holstein verurteilt Übergriffe auf lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen scharf. Um die Quote der Übergriffe zu senken, muss Hasskriminalität konsequenter verfolgt werden. Damit dies gelingt, muss auch die Anzeigequote entsprechender Straftaten steigen. Hier gilt es, die Ansprechpersonen für LSBTIQ* der Polizei in der Zielgruppe bekannter zu machen. Auch die Diskrepanz zwischen Befürchtungen und mehrheitlich positiven tatsächlichen Erfahrungen mit der Polizei und dem Rechtswesen ist ein weiterer Hinweis darauf, wie wichtig gezielte Vertrauensarbeit mit der LSBTIQ*-Community ist.
- **Handlungsbedarf 2: Trans*-Belange stärker in den Blick nehmen.** Nicht nur bei der Quote von Straftaten auf sie, auch in jedem der untersuchten Lebensfelder sind trans* und inter* Schleswig-Holsteiner*innen nach eigenen Erfahrungsberichten prozentual häufiger Diskriminierung ausgesetzt. Hier gilt es, bereits im schulischen Kontext für mehr Aufklärung und Respekt zu sorgen; Arbeitgeber*innen zu sensibilisieren, um unter anderem auch die höhere Erwerbslosenquote unter Trans* und Inter* zu senken; zielgruppenspezifische Gesundheitsangebote unter den Allgemeinmediziner*innen bekannter zu machen, damit diese an qualifizierte Stellen weitervermitteln können; sowie die Rahmenbedingungen für Selbsthilfe und die politische Vertretung von TI* zu stärken.
- **Handlungsbedarf 3: Fachkräfte besser qualifizieren.** Damit in vielen der genannten Lebensbereiche Verbesserungen Breitenwirkung erzielen können, bedarf es einer besseren Ausbildung und Weiterqualifizierung des Fachpersonals dort, wo Menschen mit Menschen in Verantwortungsverhältnissen arbeiten. Dies gilt vorrangig für Lehrkräfte in Schulen sowie für pädagogisches Personal wie auch Schulsozialarbeiter*innen, um junge LSBTIQ* in einer prägenden Phase weder selbst zu benachteiligen, zu diskriminieren (bspw. durch falsche Verwendung von Pronomen und Vornamen), noch bei Vorfällen wegzuschauen und ihnen ein verständnisvolles Klima für ihr Coming-Out zu ermöglichen; sowie für Ärzt*innen, medizinisches und pflegerisches Personal, um LSBTIQ* eine kompetente Versorgung bieten zu können und Fehlbehandlungen zu vermeiden. Hier zeigen die offenen Angaben konkrete Beispiele von Wissensmängeln wie Verhütung gegen sexuell übertragbare Krankheiten auch für Lesben und weibliche Bisexuelle, medizinisch nicht-indizierte Hormonbehandlungen sowie Pathologisierung auf.
- **Handlungsbedarf 4: Defizite in der Gleichbehandlung von LSBTIQ*-Arbeitnehmer*innen, vor allem öffentlichen Bediensteten, angehen.** Die Ergebnisse zeigen, dass es gerade im öffentlichen Dienst, der sich zumindest was die Landesregierung betrifft, im Landesaktionsplan gegen Homo- und Transphobie eine Selbstverpflichtung auferlegt hat, noch deutliche Umsetzungsschwächen gibt. Diskriminierung am Arbeitsplatz sollte mit Schulungen insbesondere von Vorgesetzten und Menschen mit Personalentscheidungsbefugnis vorgebeugt werden.
- **Handlungsbedarf 5: Angebote zur Aufklärung der Mehrheitsgesellschaft stärken, LSBTIQ* nicht als Sonderfall herausstellen.** In vielen offenen Antworten spiegelt sich der Wunsch vieler Befragter wider, aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität bzw. der ihrer Verwandten nicht als Sonderfall betrachtet zu werden. Sie möchten schlicht ihr Leben leben. Oftmals richten sich geförderte Angebote aber ausschließlich oder fokussiert an und auf sie. Das heißt nicht, dass es keine gezielten Angebote, Selbsthilfe und Treff-

punkte für junge und alte LSBTIQ*, auch zur Sichtbarkeit im Echten Norden (siehe Handlungsbedarfe 6 und 7) braucht. Es heißt, dass sich mehr Maßnahmen zur Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an die Mehrheitsgesellschaft richten müssen – schließlich der Angebotswunsch Nummer eins unter den Befragten. Dabei kann stärker als bisher aufgezeigt werden, dass diese Vielfalt auch Cis- und Heterosexualität einschließt und LSBTIQ* keine Randgruppe, sondern – auch mit ihren Familien – in der Mitte der schleswig-holsteinischen Gesellschaft, ob Stadt oder Dorf, stehen.

- **Handlungsbedarf 6: Gezielte Angebote für junge und ältere LSBTIQ* fördern.** Neben der Aufklärung der Mehrheitsgesellschaft bleiben weiterhin gezielte Angebote für LSBTIQ* und ihre Familien ein wichtiges Element der Aufklärung. Die Analyse hat gezeigt, dass a) jüngere LSBTIQ* zwischen 16 und 20 Jahren sowie zwischen 21 und 30 Jahren seltener von Angeboten und der Marke „Echte Vielfalt“ wissen, dabei aber häufiger von Diskriminierung berichten und in ihrem Alter grundsätzlich hohen Bedarf für Austausch unter Gleichgesinnten haben; Jugendhilfe und Jugendzentren sollten Angebote für diese Zielgruppe stärken. Gezeigt hat sich auch, dass b) Angebote für ältere LSBTIQ* überraschend häufig gewünscht werden.
- **Handlungsbedarf 7: Hohe Bekanntheit der „Echte Vielfalt“-Angebote ausbauen.** Mit der Marke „Echte Vielfalt“ hat das Land Schleswig-Holstein eine auf Basis der Ergebnisse gut etablierte Marke geschaffen, die zur Landesidentität als „Echter Norden“ passt. Das in den vergangenen fünf Jahren mit wenigen Mitteln aufgebaute Angebot, das unter dieser Dachmarke subsumiert ist, sollte weiter gestärkt werden, um nachhaltige Effekte zu erzielen. Die Professionalisierung einer koordinierenden Geschäftsstelle ist in diesem Zug zu begrüßen. Es gilt nun, in Zusammenarbeit der zuständigen Ressorts der Landesregierung mit der Geschäftsstelle und den Trägern von Maßnahmen die in dieser Studie herausgearbeiteten Ergebnisse und Handlungsempfehlungen, ggf. in einer Fortschreibung des Landesaktionsplans für die kommenden Jahre, in konkrete Angebote zur Aufklärung sowie weitere Maßnahmen zu übersetzen.

Literaturverzeichnis

Dieses Literaturverzeichnis listet allein die in der Studie indirekt und direkt zitierten Quellen zu queeren Themen auf. Natürlich gibt es darüber hinaus noch zahlreiche weitere Studien, Umfragen und Broschüren über LSBTIQ*. Um einen umfassenderen Überblick über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowie Diskriminierungserlebnisse und Einstellungen zu LSBTIQ* in Deutschland zu erlangen, sind beispielsweise die Online-Auftritte der Antidiskriminierungsstelle des Bundes als auch des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland zu empfehlen.

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017): "Out im Office?!" Erste Ergebnisse zur Arbeitssituation lesbischer, schwuler, bisexueller und Trans*-Beschäftigter in Deutschland. URL: <http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/>
- Change Centre Foundation (2015): Queeres Deutschland 2015. Zwischen Wertschätzung und Vorbehalten. Meerbusch.
- Dieckmann, Janine / Steffens, Melanie (2014): Herausforderungen und Umgangsweisen von Familienmitgliedern nach einem Späten Coming-out in der Familie. URL: [http://www.bildungsberatung.lsvd.de/texte/LSVD-Studie Spates Comingout Dieckmann Steffens 2014.pdf](http://www.bildungsberatung.lsvd.de/texte/LSVD-Studie_Spates_Comingout_Dieckmann_Steffens_2014.pdf)
- Institute of Medicine (2011): The Health of Lesbian, Gay, Bisexual, and Transgender People: Building a Foundation for Better Understanding. Washington, DC: The National Academies Press. URL: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/books/NBK64806/>
- Krell, Claudia / Oldemeier, Kerstin (2015): Coming-out – und dann...?! Ein Forschungsprojekt des Deutschen Jugendinstituts zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen und jungen Erwachsenen. URL: [http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2015/DJI Broschuere ComingOut.pdf](http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2015/DJI_Broschuere_ComingOut.pdf)
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2018): Queeres Brandenburg. Ergebnisse der Online-Befragung zur Lebenssituation von LSBTIQ* in Brandenburg. URL: [https://masgf.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Studienbericht_Queeres BB_final.pdf](https://masgf.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Studienbericht_Queeres_BB_final.pdf)
- Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (2014): Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTIQ-Menschen in Baden-Württemberg. URL: [https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads Offenheit und Akzeptanz/Onlinebefragung Aktionsplan Akzeptanz_2014.pdf](https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Offenheit_und_Akzeptanz/Onlinebefragung_Aktionsplan_Akzeptanz_2014.pdf)
- Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (2013): Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen in Rheinland-Pfalz. Auswertungsbericht zur Online-Befragung von Juni bis Oktober 2013. URL: <https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/Langfassung.pdf>
- Office for National Statistics (2019): Sexual identity, UK: 2017. Experimental Official Statistics on sexual identity in the UK in 2017 by region, sex, age, marital status, ethnicity and socio-economic classification. URL: <https://www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/culturalidentity/sexuality/bulletins/sexualidentityuk/2017>
- The Williams Institute, UCLA School of Law (2019): LGBT Demographic Data Interactive. URL: https://williamsinstitute.law.ucla.edu/visualization/lgbt-stats/?topic=LGBT_about-the-data
- Zweck, Betina / Glemser, Axel (2018): SOEP-IS 2016 – Methodenbericht zum Befragungsjahr 2016 des SOEP-Innovationssamples. URL: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.579466.de/diw_ssp0481.pdf

Glossar

Begriff	Erklärung
Bisexualität, bisexuell	Sexuelle Orientierung, die sich in ihrem Begehren in einem Zweigeslechtersystem auf beide Geschlechter bezieht, also auf männlich und weiblich. Bisexuelle sind Männer und Frauen, die sich in Männer und Frauen verlieben und diese begehren können.
Cisgeschlechtlich	Cis – dt.: „diesseits“. Bezeichnung für Menschen, die sich dem Geschlecht zugehörig fühlen, das ihnen bei Geburt zugewiesen wurde.
Coming-out	Englisch für „herauskommen“. Coming-out heißt der Prozess, in dem einer Person ihre sexuelle Orientierung oder ihre geschlechtliche Identität bewusst wird (= inneres Coming-out) und er*sie diese ggf. ihrem*seinem sozialen Umfeld mitteilt (= äußeres Coming-out). Ein Coming-out ist bedingt durch die heteronormative Struktur von Gesellschaft. Den Weg des Coming-out muss nur jemand gehen, der*die nicht in die gesellschaftlichen Normen zu Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung passt.
CSD	abkürzend für Christopher-Street-Day. CSDs können Demonstrationen, Paraden oder Straßenfeste von LSBTIQ*-Menschen umfassen, auf denen für die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt geworben wird. Seinen geschichtlichen Ursprung hat der CSD am 28. Juni 1969 in der Christopher Street in New York, als sich Trans*-Menschen, Lesben, Bisexuelle und Schwule aktiv gegen willkürliche Polizeirazzien im Szene-Lokal Stonewall zur Wehr setzten.
Eingetragene Lebenspartnerschaft	Seit 1. August 2001 bestehende Form der rechtlichen Anerkennung lesbischer und schwuler Paare. Obwohl im Alltag häufig als „Homo-Ehe“ bezeichnet, handelt es sich bei der Eingetragenen Lebenspartnerschaft nicht um „Ehe“ im rechtlichen Sinne, da diese trotz vieler rechtlicher Angleichungen in den vergangenen Jahren nicht mit der „Ehe“ gleichgestellt war (z. B. im Adoptionsrecht). Erst Mitte 2017 stimmte der Deutsche Bundestag für eine Öffnung der Ehe für homosexuelle Menschen und räumte ihnen damit dieselben Rechte wie heterosexuellen Ehepaaren ein.
Geschlechtsidentität	Unter ‚geschlechtlicher Identität‘ wird das tief empfundene innere und persönliche Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Geschlecht verstanden. Dieses Geschlecht kann mit dem Geschlecht, dem der betroffene Mensch bei seiner Geburt zugewiesen wurde, übereinstimmen, teilweise übereinstimmen, zeitweise übereinstimmen oder nicht übereinstimmen.

Begriff	Erklärung
Heteronormativität, heteronormativ	beschreibt eine Gesellschaftsstruktur, in der davon ausgegangen wird und in der es als das ‚Normale‘ gilt, dass es lediglich zwei Geschlechter gibt, deren Begehren sich zwangsweise aufeinander bezieht und deren Geschlechtsausdruck entsprechend ‚männlich‘ (für Männer) bzw. ‚weiblich‘ (für Frauen) auszufallen hat.
Heterosexualität, heterosexuell	Eine sexuelle Orientierung, die sich in ihrem Begehren in einem Zweigeschlechtersystem auf das andere Geschlecht bezieht. Heterosexuelle Menschen sind Männer/Jungs, die sich in Frauen/Mädchen verlieben und diese begehren und Frauen/Mädchen, die sich in Männer/Jungs verlieben und diese begehren.
Homophobie	Einstellungen, Verhalten oder Aussagen, die Lesben oder Schwule bzw. Menschen, die für lesbisch oder schwul gehalten werden, abwerten.
inter*	Das Sternchen * steht in diesem Fall für die verschiedenen Begrifflichkeiten für inter* Menschen: * kann stehen für „-geschlechtlich“, „-sexuell“, „-sex“ etc. Inter* Menschen haben Körper, die sich in einem Zweigeschlechtersystem hinsichtlich ihrer chromosomalen, hormonalen oder anatomischen Merkmale nicht eindeutig in eine der beiden gesellschaftlich anerkannten geschlechtlichen Kategorien „Mann“ oder „Frau“ einordnen lassen. Wie alle anderen Menschen können auch Inter* sich als Männer, als Frauen oder anders erleben und definieren.
Lesbe, lesbisch	Eine sexuelle Orientierung, die in einem Zweigeschlechtersystem das gegenseitige Lieben und Begehren von Frauen/Mädchen beschreibt.
Nicht binär	Nicht binär sind Menschen, die weder dem männlichen, noch dem weiblichen Geschlecht zuzuordnen sind oder sich selbst nicht in einem Zweigeschlechtersystem verordnen bzw. eine solche Einordnung ablehnen.
Pansexualität, pansexuell	Eine sexuelle Orientierung, die aus dem Zweigeschlechtersystem ausbricht und sich in ihrem Begehren auf alle Geschlechter bezieht, also nicht nur auf Menschen, die sich als Männer oder Frauen identifizieren.
Queer	Englisch für „schräg, seltsam“ und ursprünglich im englischsprachigen Raum Schimpfwort für LSBTIQ* und für solche, die dafür gehalten wurden. Mittlerweile hat sich die LSBTIQ*-Bewegung den Begriff positiv angeeignet und verwendet ihn 1) als Gegenentwurf zur Kategorisierung von Menschen in Bezug auf Geschlecht, Begehren und Beziehungsform (z.B. transgeschlechtlich, lesbisch oder monogam) und 2) wird „queer“ des öfteren als Sammelbezeichnung für

Begriff	Erklärung
	Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans*menschen verwendet.
Regenbogenfamilie	Familien, in denen mindestens ein Elternteil nicht heterosexuell oder cisgeschlechtlich ist.
Schwuler, schwul	Eine sexuelle Orientierung, die in einem Zweigeschlechtersystem das gegenseitige Lieben und Begehren von Männern/Jungs beschreibt.
sexuelle Identität	Sexuelle Identität hier: Oberbegriff für geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung.
sexuelle Orientierung	Sexuelle Orientierung einer Person sagt etwas darüber aus, in welche Menschen sie sich verliebt und sexuell anziehend findet. Man kann die sexuelle Orientierung einer Person weder ansehen, noch kann man für andere Personen festmachen, welche sexuelle Orientierung sie haben. Darüber hinaus kann man sich für eine sexuelle Orientierung nicht entscheiden.
transgeschlechtlich, trans*	Beschreibt Menschen, deren Geschlechtsidentität nicht mit ihrem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt. Es umfasst Menschen, die sich ‚gänzlich‘ mit ‚dem anderen‘ Geschlecht identifizieren als auch Menschen, die sich weder als Mann noch als Frau fühlen. Das Sternchen * steht in diesem Fall für die verschiedenen Begrifflichkeiten für trans* Menschen: * = -ident, -sexuell, -männlich/-weiblich, -frau/-mann, -gender, etc..